

2,50 DM



AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT

SONDERHEFT 1 / 1989

VON DER
INTIFADA



ZUM

PALÄSTINA
STAAT



Inhalt

<i>Klaus D. Fischer</i> Die Chancen nutzen!	II
<i>Wolfram Bröner</i> Proklamation des Staates Palästina im Zeichen des Ölzweigs Palästina-Daten Nahost-Resolutionen der UNO Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina Politische Erklärung des 19. Nationalrats	III V VI IX XI
<i>Ivesa Lübben-Pistofidis</i> Ein Jahr Intifada Menschenrechtsverletzungen der Besatzer	XIII XVI
<i>Janet Bruin</i> Samstag in Ramallah	XVIII
<i>Karim El-Gawhary</i> Unabhängige Landwirtschaft im Werden Spendenaktion für ein Kühlhaus	XXIV XXV
<i>Interview mit Jumanah Odeh</i> Die medizinischen Hilfskomitees sind lebenswichtig	XXVI
<i>Ingrid El-Masry</i> Die US-Nahostpolitik und die Haltung der EG US-Lösungsvarianten zum Nahostkonflikt EG-Position zum Nahostkonflikt	XXVIII XXX XXXI
<i>Kenneth Lewan</i> Die bundesdeutsche Nahostpolitik	XXXIII
<i>Edward Cody</i> Ibrahim Souss – Eine spitze Feder für die PLO Aktions- und Materialspiegel	XXXVI XXXVII

Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Derik, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks F. Arndt, Janet Bruin, Klaus D. Fischer, Kenneth Lewan, Ivesa Lübben-Pistofidis.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51. Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Druck: Plambeck & Co, Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtspar-kasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Redaktionsschluss: 8. Dezember 1988

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Middle East Report

Titel: Gestaltung Udo Tremmel, Foto von Georg Stein.

Fotonachweis: USN & WR, Archiv DRITTE WELT, Time, W. Bröner, MERIP, Database Project, PRV, M. Meyborg, Front-line

Die Chancen nutzen!



Klaus D. Fischer

Mit vollem Recht heißt es in der von der 19. Sitzungsperiode des Palästinensischen Nationalrats proklamierten Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina: „Aufgrund der Intifada und ihrer irreversiblen Impulse ist die Geschichte Palästinas an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt.“

Die politische Initiative liegt heute in Händen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und ihrer Verbündeten. Die „Kinder der Steine“ hatten sie im günstigen Moment der Entkrampfung des Ost-West-Verhältnisses, des beginnenden Anlaufs, Regionalkonflikte politisch beizulegen, ergriffen und an ihre nationale Führung weitergeleitet.

Mittlerweile haben 75 Regierungen den Staat Palästina anerkannt. Um seinen Sprecher, den PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat, hören zu können, verlegte die UNO ihre Vollversammlung erstmals von New York nach Genf. Die einzigen Gegenstimmen kamen aus Tel Aviv und aus Washinton, dessen Einreiseverweigerung diesen beispiellosen Vorgang provozierte.

Während das israelische Establishment weiter nach rechts rückt, weiter auf die „Kinder der Steine“ schießen läßt, weiter das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes leugnet und jeden Kontakt mit der PLO strikt ablehnt und unter Strafandrohung stellt, bricht der neue Staat Palästina in seiner Geburtsurkunde den Teufelskreis des gegenseitigen Infragestellens der Existenzberechtigung, den Teufelskreis militärischer Lösungsversuche (siehe nachstehenden Beitrag):

„Der Staat Palästina erklärt hiermit, daß er an die Beilegung internationaler und regionaler Konflikte durch friedliche Mittel in Übereinstimmung mit der UN-Charta und UN-Resolutionen glaubt. Der Staat Palästina weist die Drohung mit oder die Anwendung von Gewalt, Macht oder Terrorismus gegen seine oder die territoriale Integrität eines anderen Staates zurück, ohne auf sein natürliches Recht auf die Verteidigung seiner territorialen Integrität und Unabhängigkeit zu verzichten.“

Der 1978 eröffnete Camp-David-Prozeß ist am Ende der Sackgasse angelangt, die israelische Besatzungsmacht weltweit isoliert und Washington an dem Punkt, sich zu fragen, wie lange die Schamfrist ohne Gesichts- und Positionsverlust eigentlich sein darf, bis einer internationalen Nahost-Konferenz gleichberechtigter Partner zugestimmt wird.

Natürlich wird die Dynamik dieses Befreiungs- und Friedensprozesses in hohem Maße von der Erwartungshaltung einer internationalen Öffentlichkeit gefördert, die nach den ersten globalen und regionalen Friedensabkommen schnelle Fortschritte für friedliche Regelungen in allen Teilen der Welt – zumal in einem solch brisanten – sehen will.

Bezeichnendes Symptom für diesen Vorgang ist die Tatsache, daß sich im Oktober 1988 drei der einflußreichsten Organisationen der US-amerikanischen Juden von der dortigen Israel-Lobby lösten und distanzieren und ein eigenes gemeinsames Büro in Washington eröffneten. Arthur Hertzberg, früher stellvertretender Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses äußerte gar im Vorfeld der Nationalratstagung: „Eine Lösung des Nahostkonflikts kann nur darin bestehen, daß die Amerikaner und Sowjets sie den streitenden Parteien aufzwingen. Wenn das nicht geschieht, kann die Lage nur schlimmer werden.“ (Present Tense, Juli/August 1988)

Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die sich erst unter dem Eindruck der Intifada gezwungen sah, die PLO „anzuerkennen“ (FAZ, 29.3.1988, siehe auch: AIB, Nr. 5/1988, S. 44f.), wünscht sich nun unter neuen Vorzeichen, „daß Amerika seine Verantwortung für den Nahen Osten neu entdeckt“ (FAZ, 6.12.1988). Eine „Pax Americana“ ist da vorläufig wohl vom Wunschzettel gestrichen.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN, SPD-Präsidiumsmitglied Wiczeorek-Zeul, der Chef-Lobbyist des Arabien-Business, FDP-Bildungsminister Möllemann und andere mehr sprachen sich spontan für die Anerkennung des Staates Palästina durch Bonn und Brüssel aus. Und die Solidaritätsbewegung? Keine Frage, sie ist auch dafür. Doch trotz gewissen Wachstums in der letzten Zeit ist die Palästina-Solidarität nach wie vor

eine Randerscheinung. Ihre Möglichkeiten sind allerdings enorm gewachsen.

Die Chancen jetzt auch wirklich zu ergreifen, kann m.E. nur bedeuten, sich auf die Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina zu stützen, die nationale Selbstbestimmung, friedliche Koexistenz, demokratische Gleichberechtigung und Achtung der Menschenwürde proklamiert und einfordert.

Boykott-Aufrufe gegen Israel sind moralisch verständlich, schränken aber heute die Möglichkeit gravierend ein, aus der bisherigen Nischen-Existenz herauszukommen; sie sind kontraproduktiv bei der Einwirkung auf die israelische Gesellschaft und für die notwendige Unterstützung ihres fortschrittlichsten Teils (der noch legal wirken kann); sie sind ohne unmittelbare Verknüpfung mit klaren Aussagen gegen den real existierenden antisemitischen Bodensatz dieser Gesellschaft bedenklich.

Dies sollten uns spätestens die Reaktionen mancher Stammtische (und anderer) auf die Jenninger-Rede zur Reichspogromnacht und auf seinen Rücktritt demonstrieren haben. Das gesellschaftliche Bewußtsein in diesem Lande wird nicht ausschließlich von der Friedens- und Solidaritätsbewegung geprägt. Antifaschismus und Antirassismus müssen ständig als integraler Bestandteil der Palästina-Solidarität erkennbar sein – und zwar primär als „Hausaufgabe“.

Internationalistisch handeln heißt heute, auch und gerade in der Bundesrepublik, einen politischen Druck zu entfalten mit Zielrichtung Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung, Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz.

Ein ausgezeichnetes Hebel dafür wäre es, Unterstützer-Unterschriften unter die gemeinsame Friedenserklärung palästinensischer und israelischer Künstler, Akademiker u.a. (Wortlaut siehe S.61) et.al. zu sammeln und zu publizieren. Damit könnte weit hinein in „alte“ und „neue“ soziale Bewegungen gewirkt werden, in kirchliche Kreise, in die SPD und FDP hinein – und natürlich in unsere sonst doch engagiert die Menschenrechte verteidigende Kultur- und Wissenschaftler-Szene hinein.

Und selbstverständlich gehört zum „kleinen Einmaleins“ hier wie in der Nicaragua-, Südafrika- und anderen Solidarität die materielle Unterstützung der Unterdrückten und Kämpfenden. An Projekten ist kein Mangel.

Die Chancen sind enorm gewachsen – nutzen wir sie!



Historischer Augenblick in Algier: Am 15. 11. 1988 ruft der Palästinensische Nationalrat den Staat Palästina aus

Wolfram Bröner

Proklamation des Palästina Staates im Zeichen des Ölzweigs Die Antwort des 19. Nationalrats auf die Intifada

Mit der Proklamation eines unabhängigen Palästina Staates setzte der Palästinensische Nationalrat, der vom 12.-15. November 1988 in Algier zu seiner 19. Sitzung zusammenkam, einen spektakulären Schlußpunkt. Es war die gebührende Antwort auf eine veränderte Ausgangslage in und um Israel/Palästina. Diese wurde in erster Linie hervorgerufen durch die Intifada, die seit Dezember 1987 währende palästinensische Aufstandsbewegung in den von Israel seit 21 Jahren besetzten Gebieten, der Westbank und dem Gaza-Streifen.

Aus eben diesem Grund stand dieser 19. Nationalrat von Algier unter dem Motto „Sitzung der Intifada“. Und er übertraf die in ihn gehegten Erwartungen insofern, als er die Staatsproklamation mit der bislang weitestgehenden Friedensbotschaft verband. Schon zum Auftakt der 19. Tagung des Nationalrats, des Exilparlaments und obersten Organs der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), rückte

Yassir Arafat diesen Zusammenhang in den Vordergrund. „Mit dem Stein und dem Olivenzweig“, so rief der Vorsitzende der PLO aus, „werden wir einen wirklichen Frieden im Nahen Osten erreichen. Wir werden diesen Kampf ... (fortführen), bis die Fahne Palästinas über dem Boden des arabischen Palästina und den Kirchen und Moscheen von Jerusalem weht.“

Der Wiederaufschwung des palästinensischen Befreiungskampfes und die Chance auf staatliche Unabhängigkeit, so Arafat weiter, seien das Verdienst „unserer Generäle mit den Steinen“, der Intifada, die es fortzuführen gelte. Zugleich sei die PLO verhandlungsbereit gegenüber Israel und den USA.¹

Unter diesen Vorzeichen stand denn auch die Annahme der Unabhängigkeitserklärung, mit der der Palästinensische Nationalrat (PNC) am Morgen des 15. November 1988 „die Gründung des Staates Palästina auf unserem palästinensischen Boden mit der Hauptstadt Jerusalem (Al Quds al-sharif)“ verkündete. In dem Dokument akzeptierte die PLO erstmals ausdrücklich die Resolution



„Kinder der Steine“ im Lager Kalandia nahe Ramallah: sie sind die Hoffnungsträger des Staates Palästina (oben); Stein des Anstoßes für die zeitweise Spaltung der PLO: jordanisch-palästinensisches Konföderationsprojekt, vereinbart zwischen Y. Arafat und König Hussein (unten)

181 der UN-Vollversammlung vom November 1947², welche das britische Mandatsgebiet Palästina in einen arabischen und jüdischen Staat (Israel, Unabhängigkeitsproklamation am 14.5.1948) teilte. Sie machte sich damit zugleich erstmals das Prinzip einer Zwei-Staaten-Lösung zueigen.

Diese, also die Errichtung eines Palästina-Staates in der Westbank und Gaza neben Israel, gilt als die Mehrheitsauffassung von Bevölkerung und Nationaler Führung der Intifada.³ Letztere hatten ein entsprechendes Papier des Arafat-Beraters Bassam Abu Sharif vom Juni 1988 weitgehend positiv aufgenommen, worin dieser ein palästinensisch-israelisches Zwei-Staaten-Lösungsmodell samt Übergangsschritten entworfen hatte.⁴ Einen großen Schritt in diese Richtung vollzog der 19. Nationalrat in Algier, indem er sich in seiner politischen Erklärung erstmals zur Anerkennung der Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973) des UN-Sicherheitsrats als Grundlagen für Nahost-Friedensverhandlungen durchrang. Er tat dies gekoppelt mit „der Garantie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes... an erster Stelle das Recht auf Selbstbestimmung“. Die umfassende Definition dieser nationalen Rechte der

PalästinenserInnen findet sich in den Resolutionen 3236 und 3375 der UN-Vollversammlung aus den Jahren 1974/75 (siehe Kasten). Verstärkend angefügt wird in dem PNC-Dokument eine Kernforderung von 242, die für die PLO wichtigste, nämlich die nach dem „Rückzug Israels aus allen palästinensischen und arabischen Gebieten, die es im Jahre 1967 besetzt hat, einschließlich des arabischen Jerusalem“. Die Resolution 338 vom Oktober 1973, die im Anschluß an den von Ägypten und Syrien gegen Israel eröffneten 4. Nahostkrieg zustandekam, bekräftigte die arabische Rückzugsforderung und die Notwendigkeit, in Friedensverhandlungen zur Durchführung von Resolution 242 einzutreten. Inbegriffen ist hier die Rückgängigmachung der Annexion Ost-Jerusalems (Juli 1980) und der syrischen Golanhöhen (Dezember 1981) durch die Regierung Begin.

Neu für die offizielle PLO-Position sind ferner die in der politischen Erklärung vorgeschlagenen Übergangsregelungen, jene besetzten Gebiete „für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen, um unser Volk zu schützen... eine umfassende politische Lösung und die Verwirklichung von Sicherheit und Frieden



für alle ... zu erreichen sowie dem palästinensischen Staat die Möglichkeit zu geben, auf diesen Gebieten tatsächlich seine Macht auszuüben“. Schließlich verneint die politische Erklärung das von Arafats Fatah zeitweilig favorisierte Konföderationsvorhaben

Territorium: Das historische Gebiet Palästinas, das der Völkerbund 1923 als „Mandatsgebiet“ an Großbritannien übergab, umfaßt 27.000 qkm. Davon entfallen auf den Staat Israel – gemäß dem Grenzverlauf vor dem Junikrieg 1967 – 20.073 qkm, auf die Westbank und den Gaza-Streifen 5.879 bzw. 378 qkm sowie auf Jerusalem 70 qkm.

Bevölkerung: Insgesamt gab es 1987 5,3 Mio PalästinenserInnen. Davon leben 1,7 Mio in den besetzten Gebieten (Westbank: 1.067.873; Gaza: 633.000), 645.000 in Israel. 1,25 Mio PalästinenserInnen sind in Jordanien ansässig. Weitere wichtige Exilländer sind der Libanon, Kuwait und Syrien. 2,2 Mio sind als Flüchtlinge registriert. Davon leben 800.000 in Lagern. In den besetzten Gebieten, der Westbank, dem Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem, wurden 151.000 Israelis in 167 Siedlungen angesiedelt (Stand: September 1986).

Hauptstadt: Jerusalem (al Quds)

Sprache: Arabisch

Religion: Vor allem Moslems, aber auch ein bedeutender Anteil ChristInnen.

Wirtschaft: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf betrug 1986 in den besetzten Gebieten schätzungsweise 1.162 \$. Von den in der Westbank bzw. im Gaza-Streifen arbeitenden PalästinenserInnen waren 1984 28,5% bzw. 16,5% in der Landwirtschaft, 15,9% bzw. 17,1% in der Industrie, 11,3% bzw. 8,5% im Bauwesen und der Rest in anderen Bereichen, vor allem Dienstleistungen, beschäftigt. Etwa 40% der Beschäftigten arbeiten in Israel, vor allem im Bauwesen.

Der industrielle Sektor ist rückständig und traditionell. In 1.400 großteils handwerklichen Betrieben, die 17.000 Lohnabhängige beschäftigen, werden vor allem landwirtschaftliche Produkte verarbeitet und Handwerkszeugnisse hergestellt. Der Anteil am BIP beträgt 8%, soviel wie zu Beginn der Besatzung. Die landwirtschaftliche Produktion wird durch den Landraub der Besatzer, die Wasserentnahme durch Israel und die SiedlerInnen und Produktionsvorgaben gehemmt. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP ging von 42% vor der Okkupation auf 20% zurück. Die Zahl der Beschäftigten nahm von 58.000 auf 38.000 ab. 52% des Landes in der Westbank und 34% im Gaza-Streifen befindet sich inzwischen in israelischen Händen. Die landwirtschaftliche Anbaufläche nahm von 1966-80 um 22% ab.

1984 gingen 65% der Exporte der besetzten Gebiete in Höhe von 299,4 Mio \$ nach Israel und 33% nach Jordanien. Dem stehen Importe in Höhe von 686,2 Mio \$ gegenüber, die zu 90% aus Israel kamen. Von 1968-85 erzielte Israel einen Handelsüberschuß von 4,4 Mrd \$. Weiteren Profit aus den besetzten Gebieten erzielt Israel durch überhöhte Steuern und die Einbehaltung der Sozialabgaben der in Israel beschäftigten PalästinenserInnen.

Lebensbedingungen: Die Kindersterblichkeit beträgt 38,5 pro 1.000 Lebendgeborene im Gaza-Streifen und 27,1 in der Westbank. Die Lebenserwartung liegt bei 63 Jahren, die Analphabetenrate bei ca. 25% (1984).

Politische Organisation: Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes im In- und Ausland anerkannt. Sie wurde 1964 unter maßgeblichem Einfluß der Arabischen Liga gegründet. Ihr Vorsitzender ist seit 1969 Yasser Arafat. Das höchste Organ der PLO ist der Palästinensische Nationalrat (PNC). Ihm

Palästina – Daten

gehören gegenwärtig 448 Mitglieder an, die nach dem Konsensprinzip bestimmt werden. Mitglieder sind Vertreter der verschiedenen politischen und militärischen Organisationen, von Gewerkschaften, Berufsverbänden, anderen Organisationen sowie Einzelpersonlichkeiten aus dem Exil und den besetzten Gebieten. An den in der Regel jährlich stattfindenden Tagungen nehmen jedoch meist nur etwa über 300 Mitglieder teil, da den Mitgliedern aus den besetzten Gebieten die Teilnahme verwehrt wird und einige politisch-militärische Organisationen die Sitzungen boykottieren.

Zwischen den Sitzungen des PNC tagt der 90köpfige Zentralrat. Ausführendes Organ ist das Exekutivkomitee mit 15 Mitgliedern. Die stärkste Organisation in der PLO ist die Fatah (Bewegung für die Befreiung Palästinas). Sie wurde 1959 von Yasser Arafat gegründet und steht auf nationalistischen Positionen. Sie nahm als erste Organisation bereits 1965 den bewaffneten Kampf gegen Israel auf. Sie verfügt über 3 Mitglieder im Exekutivkomitee, genießt aber die Unterstützung der Mehrzahl der sieben Unabhängigen.

Mit je einem Vertreter sind im Exekutivkomitee die drei nächststärksten Organisationen, die **Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)**, **Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)** und **Palästinensische Kommunistische Partei (PCP)**, die sich alle auf den Marxismus-Leninismus berufen, vertreten.

Die PFLP entstand 1967 aus der Bewegung Arabischer Nationalisten und wird von Georges Habash geführt. Durch ihre radikalen Positionen geriet sie wiederholt in Widerspruch zur Mehrheit der PLO und boykottierte sie zeitweise. 1984 schloß sie sich mit der DFLP, der PCP und der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF; Fraktion von Talat Jacoub) zur Demokratischen Alternative zusammen, um eine Demokratisierung der PLO auf antiimperialistischer Grundlage durchzusetzen.

Nach dem Arafat-Hussein-Abkommen (Februar 1985) war sie zeitweise Mitglied der prosyrischen Palästinensischen Nationalen Errettungsfront (PNSF). Dieser gehörten außerdem der Fatah-Revolutionärsrat Abu Musas, der 1984 aus einer Abspaltung der Fatah entstand, das PFLP-Generalkommando Ahmed Jibrils, das sich 1968 von der PFLP trennte, die 1968 von der syrischen Baath-Partei gegründete Saika und die 1967 entstandene Palästinensische Volkskampffront (PPSF) unter Samir

Ghoushe an. Beim 18. PNC 1987 kehrte die PFLP in das Exekutivkomitee zurück. Die Demokratische Front (DFLP) entstand 1969 als eine Abspaltung der PFLP, deren Positionen sie als nationalistisch kritisierte. Sie spielte neben der PCP eine wichtige Rolle bei der Wiedervereinigung der PLO 1987.

Die PCP entstand 1982. In ihr vereinten sich die palästinensischen KommunistInnen, die nach der Gründung Israels zum Teil der Jordanischen KP angehört hatten. Sie verfügt vor allem über großen Einfluß in den besetzten Gebieten. 1987 wurde sie erstmals ins PLO-Exekutivkomitee aufgenommen.

Dem Exekutivkomitee gehören außerdem je ein Vertreter der 1969 von der irakischen Baath-Partei gegründeten Arabischen Befreiungsfront (ALF) und ein Vertreter der PLF an, die 1977 aus einer Abspaltung der PFLP-GC entstanden war. Die PPSF ist wieder ein Teil der PLO, ohne jedoch im Exekutivkomitee vertreten zu sein.

Gruppen außerhalb der PLO sind der Fatah-Revolutionärsrat, die PFLP-GC, die Saika und der terroristische „Revolutionärsrat der Fatah“ unter Abu Nidal, der 1973 gegründet wurde.

Geschichte:

- 634 Eroberung des Gebietes Palästinas durch die Araber
- 1516 Einnahme Jerusalems durch das Osmanische Reich
- 1882 Beginn der zionistisch motivierten Einwanderung in Palästina
- 1918 Eroberung durch die Briten nach der Niederlage des Osmanischen Reiches
- 1933 Beginn der massiven jüdischen Einwanderung
- 1936 Arabischer Generalstreik. Unruhen dauern bis 1939
- 1942 Biltmore-Programm der Zionisten, in dem erstmals offen die Gründung eines jüdischen Staates anvisiert wird
- 1947 UN-Teilungsresolution
- 1948 Ende des britischen Mandats, Ausrufung des Staates Israel. Erster arabisch-israelischer Krieg. Die Gründung eines Palästina-Staates wird von Israel und Jordanien verhindert
- 1956 Israelisch-britisch-französischer Krieg gegen Ägypten
- 1964 Gründung der PLO
- 1967 Junikrieg. Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens, der Sinai-Halbinsel und der Golan-Höhen durch Israel
- 1970 Vertreibung der PLO aus Jordanien
- 1973 August: Gründung der Palästinensischen Nationalfront (PNF) in den besetzten Gebieten
- 1973 Oktoberkrieg
- 1974 Die Arabische Liga erkennt die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Beobachterstatus bei der UNO. 12. PNC beschließt ein Etappenprogramm
- 1976 Sieg der PLO-Anhänger bei Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten
- 1978 Separatabkommen von Camp David zwischen den USA, Israel und Ägypten
- 1982 Israelische Invasion im Libanon, u.a. um die PLO zu zerschlagen
- 1983 Spaltung der PLO
- 1985 Israelische Politik der „eisernen Faust“ in den besetzten Gebieten
- 1987 Wiedervereinigung der PLO. Beginn der Intifada im Dezember 1987
- 1988 Ausrufung des Staates Palästina auf dem 19. PNC am 15. November



mit Jordanien. Sie tut dies recht unauffällig, indem sie es als Eventualität hinter die Verwirklichung der eigenständigen palästinensischen Eigenstaatlichkeit, in eine ferne Zukunft verlegt.⁵

Bis zum vorausgegangenen 18. Nationalrat vom April 1987 in Algier hatte das Amman-Abkommen Arafats mit König Hussein (vom Februar 1985, jordanischer Lösungsweg) den eigentlichen Zankapfel abgegeben. Die einflussreichsten palästinensischen Linksgruppierungen, die Volksfront (PFLP), die Demokratische Front (DFLP) und die Palästinensische Kommunistische Partei (PCP), hatten damals von seiner Aufkündigung in erster Linie die Wiederherstellung ihres Bündnisses mit der Fatah, der Einheit der PLO abhängig gemacht.⁶ Diesmal kreiste die Debatte, bei der die Fatah, die DFLP und die PCP an einem Strang zogen, hauptsächlich um die Anerkennung der Resolution 242.

Die PLO hatte diese stets zurückgewiesen, weil sie die palästinensischen Rechte auf ein „Flüchtlingsproblem“ verkürzte. Nun sprach sich der Nationalrat mit großer Mehrheit (253 Für-, 46 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen) für die Abschlußerklärung und die Akzeptierung der UN-Entscheidung 242, aus. Damit wurde implizit das Existenzrecht Israels anerkannt und ein unbedingter Friedenswille der PLO demonstriert.

Die von George Habash geführte Volksfront lehnte die Zustimmung zu 242 ungeachtet des Zusatzes des Selbstbestimmungsrechts ab, weil solches seitens Washingtons und Israels nur die Einforderung weiterer einseitiger PLO-Zugeständnisse in Richtung Anerkennung Israels nach sich zöge. Habash bekundete aber trotz dieses Gegenvotums, die Volksfront wolle die Mehrheitsentscheidung, anders als im Jahr 1974, respektieren. Damals hatte sie, aus Protest gegen eine programmatische Änderung durch den PNC ihre Mitarbeit in der PLO aufgekündigt und die sog. Ablehnungs-

Indem die PLO erstmals die UN-Resolutionen 181, 242 und 338 als Verhandlungsgrundlage akzeptierte, demonstrierte sie ihren unbedingten Friedenswillen

front gegen den neuen Kurs gebildet. „Ich werde dagegen stimmen“, so Habash jetzt in der Politischen Kommission von Algier, „aber ich werde in den Reihen der PLO bleiben. Ich werde die Organisation nicht verlassen, diesen Gefallen werde ich den Israelis nicht tun. Wir müssen unserem Leitspruch 'Revolution bis zum Sieg', jenen hinzufügen: 'Einheit bis zum Sieg'.“⁷ Damit zollte er

Resolution 181 der UN-Vollversammlung vom 29. November 1947: Teilungsplan

Teilung mit wirtschaftlicher Union Teil I: Zukünftige Verfassung und Regierung von Palästina

A. Beendigung des Mandates – Teilung und Unabhängigkeit

1. Das Mandat für Palästina soll so bald wie möglich beendet werden, jedoch auf keinen Fall später als am 1. August 1948.

2. Die bewaffneten Kräfte der Mandatsmacht sollen allmählich von Palästina abgezogen und der Abzug so bald wie möglich abgeschlossen werden, jedoch auf keinen Fall später als am 1. August 1948.

Die Mandatsmacht soll der Kommission so früh wie möglich ihre Absicht, das Mandat zu beenden und alle Gebiete zu räumen, mitteilen.

Die Mandatsmacht soll die größten Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, daß ein Teilgebiet innerhalb des Territoriums des jüdischen Staates mit einem Seehafen und Hinterland, ausreichend, um günstige Bedingungen für eine größere Einwanderung zu schaffen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt – keinesfalls jedoch später als bis zum 1. Februar 1948 – geräumt wird.

3. Die beiden unabhängigen arabischen und jüdischen Staaten sowie das internationale Sonderregime für den Stadtbezirk von Jerusalem – ausführlich erläutert in Teil III dieses Planes – sollen zwei Monate nach abgeschlossenem Abzug der Streitkräfte der Mandatsmacht, auf jeden Fall nicht später als am 1. Oktober 1948, zu bestehen anfangen. Die Grenzen des arabischen und des jüdischen Staates sowie des Stadtbezirks von Jerusalem werden verlaufen wie weiter unten in Teil II und Teil III erläutert. (...)

(Quelle: S. Hadawi, Beschlüsse der Vereinten Nationen über das Palästina-Problem 1947-1965, Bonn 1967, S. 18-39, hier S. 20-21)

Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967

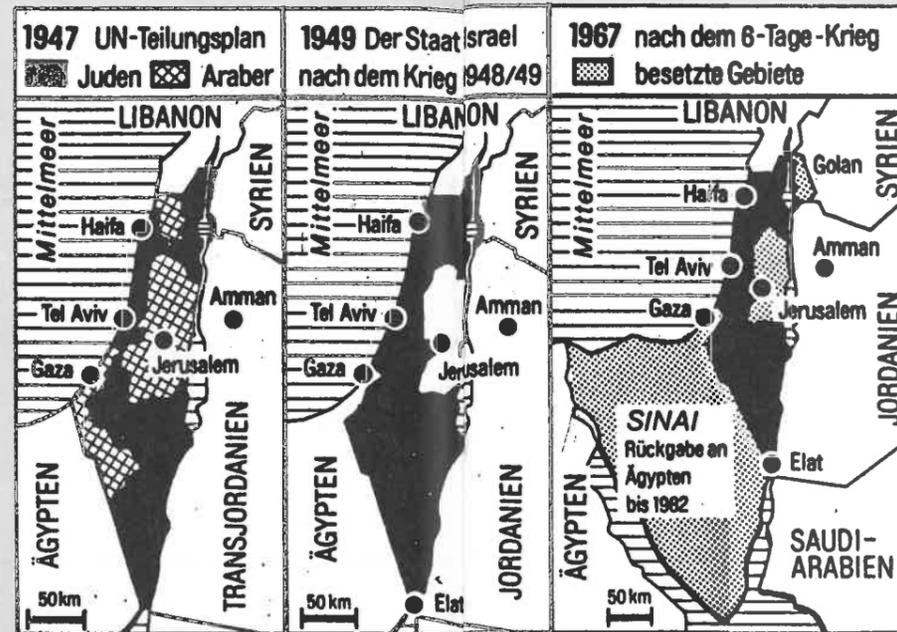
Der Sicherheitsrat bekundet seine ständige Besorgnis über die ernste Lage im Nahen Osten; betont die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern, und die Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben;

er unterstreicht ferner, daß alle Mitgliedstaaten durch die Annahme der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, gemäß Artikel 2 der Charta zu handeln;

1. bekräftigt, daß die Einhaltung der Prinzipien der Charta die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten erfordert, der die Anwendung der beiden folgenden Prinzipien umfaßt:

- a) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des jüngsten Konflikts besetzten Gebieten,
- b) Einstellung aller kriegerischen Erklärungen oder jeglichen kriegerischen Zustandes sowie die Respektierung und Anerkennung der Souveränität der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jedes Staates der Region und dessen Rechtes, im Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei

Nahost-Resolutionen der UNO



von Drohungen oder Gewaltakten, zu leben;

2. stellt ferner die Notwendigkeit fest, a) die freie Schifffahrt auf den internationalen Wasserstraßen der Region zu garantieren, b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen,

c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, welche die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen;

3. ersucht den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich nach dem Nahen Osten begibt, um dort Beziehungen mit den interessierten Staaten herzustellen und zu unterhalten mit der Aufgabe, ein Abkommen zu begünstigen und an den Bemühungen mitzuwirken, die auf eine friedliche, allgemein anerkannte Lösung gemäß den Bestimmungen und Prinzipien der vorliegenden Resolution abzielen;

4. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat so schnell wie möglich einen Bericht über die Bemühungen des Sonderbeauftragten vorzulegen.

(Quelle: Völkerrecht. Dokumente, Teil 2, Berlin 1980, S. 604)

Resolution 338 des UN-Sicherheitsrates vom 22. Oktober 1973

Der Sicherheitsrat

1. fordert alle an den gegenwärtigen Kämpfen beteiligten Parteien auf, sofort, nicht später als zwölf Stunden nach Annahme dieses Beschlusses in den Positionen, die sie jetzt einnehmen, jedes Feuer einzustellen und alle militärischen Aktivitäten zu beenden;

2. fordert alle betreffenden Parteien auf, unmittelbar nach der Einstellung des Feuers mit der Verwirklichung der Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates in allen ihren Teilen zu beginnen;

3. beschließt, daß sofort und gleichzeitig mit der Einstellung des Feuers die betreffenden Parteien Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufnehmen, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen.

(Quelle: Völkerrecht. Dokumente, Teil 3, S. 885)

Resolution 3236 der UN-Vollversammlung vom 22. November 1974

Die Vollversammlung, nach Beratung der Palästinafrage, nach Anhören der Darlegungen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der Vertretung des palästinensischen Volkes, nach Anhören weiterer Darlegungen während der Debatte,

tief besorgt darüber, daß bisher keine gerechte Lösung des Palästinaproblems erreicht wurde, und in der Erkenntnis, daß das Palästina-Problem weiterhin den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet, anerkennend, daß das palästinensische Volk in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen Anspruch auf Selbstbestimmung hat, ernste Besorgnis darüber ausdrückend, daß dem palästinensischen Volk der Genuß seiner unveräußerlichen Rechte, insbesondere sein Recht auf Selbstbestimmung, vorenthalten werden,

geleitet von den Zielen und Prinzipien der Charta, erinnernd an ihre einschlägigen Resolutionen, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung bestätigen,

1. bestätigt erneut die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, die einschließen:

a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne ausländische Einmischung;

b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität;

2. bestätigt ferner erneut das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und ihrem Grund und Boden, von dem sie vertrieben und enturzelt wurden, und verlangt ihre Rückkehr;

3. unterstreicht, daß die volle Respektierung und Verwirklichung dieser unveräußerlichen Rechte unerlässlich für die Lösung der Palästinafrage sind;

4. anerkennt, daß das palästinensische Volk ein Hauptbeteiligter bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist;

5. anerkennt ferner das Recht des palästinensischen Volkes, in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten

Nationen, mit allen Mitteln seine Rechte wiederzuerlangen;

6. appelliert an alle Staaten und internationalen Organisationen, ihre Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes um die Wiederherstellung seiner Rechte in Übereinstimmung mit der Charta zu verstärken;

7. ersucht den Generalsekretär, in allen Angelegenheiten, die die Palästinafrage betreffen, mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation Kontakt aufzunehmen;

8. ersucht den Generalsekretär, der dreißigsten Tagung der Vollversammlung über die Durchführung der vorliegenden Resolution Bericht zu erstatten;

9. beschließt, den Punkt „Palästinafrage“ auf die vorläufige Tagesordnung ihrer dreißigsten Tagung zu setzen.

(Quelle: UNO-Bilanz 1974/75, Deutsche Außenpolitik, Berlin, Sonderheft 1975, S. 175-176)

Resolution 3375 der UN-Vollversammlung vom 10. November 1975

Die Vollversammlung, nach Erörterung des Tagesordnungspunktes „Die Palästinafrage“;

Ihre Entschließung 3236 (XXIX) vom 22. November 1974, in der sie die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anerkannte, bestätigend;

in Anerkennung der Notwendigkeit, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen;

im Glauben, daß die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes gemäß den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen eine Grundvoraussetzung für die Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens in dem Gebiet ist;

in der Überzeugung, daß die Teilnahme des palästinensischen Volkes für jegliche Bemühungen und Verhandlungen wesentlich ist, die einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten zum Ziel haben;

1. ersucht den Sicherheitsrat, die erforderlichen Entschließungen und Maßnahmen zu erörtern und zu treffen, um das palästinensische Volk instandzusetzen, seine unveräußerlichen nationalen Rechte gemäß der Entschließung der Vollversammlung 3236 (XXIX) auszuüben;

2. fordert die Einladung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, des Repräsentanten des palästinensischen Volkes, gleichberechtigt mit den anderen Parteien in Übereinstimmung mit der Entschließung 3236 an allen Bemühungen, Verhandlungen und Konferenzen zum Nahen Osten teilzunehmen, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen abgehalten werden;

3. ersucht den Generalsekretär, die Kopräsidenten der Nahost-Friedenskonferenz von der vorliegenden Entschließung zu unterrichten und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Einladung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur Teilnahme an den Arbeiten der Konferenz wie auch an allen anderen Friedensbemühungen sicherzustellen;

4. ersucht den Generalsekretär, der Vollversammlung über diese Angelegenheit so bald als möglich einen Bericht vorzulegen.

(Quelle: Materials of the World Peace Council, Paris, November 1977)

auch den demokratischen Spielregeln innerhalb der PLO Respekt, die sich wiederum im Staat Palästina als demokratisch-pluralistischer Republik mit einer anerkannten parlamentarischen Opposition widerspiegeln sollen.

Vorbehalte meldete der PFLP-Generalsekretär in Algier außerdem dagegen an, daß in der – von der Minderheit mit bejahten – Unabhängigkeitsproklamation Bezug auf die UN-Teilungsresolution 181 genommen wurde. So



PLO-Verteidiger verlassen Ende August 1982 Beirut, nachdem die israelischen Invasoren die Stadt wochenlang belagert hatten

schränkte Habash in einem Interview am Rande des Nationalrats ein, daß die Resolution 181 „nicht die Basis unserer Unabhängigkeitserklärung ist. Deren Grundlage ist vielmehr das historische und natürliche Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat sowie die UNO-Resolutionen zur Palästinafrage in ihrer Gesamtheit.“⁸

Was sich hinter dieser Einschränkung eigentlich verbirgt, ist einesteils die fortwährende Gegnerschaft der Volksfront gegenüber der unaufhaltsam näher rückenden expliziten Anerkennung Israels durch die PLO. Andernteils steckt dahinter ihr Festhalten am von jeher unrealistischen strategischen Ziel der PLO, nämlich der Zerschlagung Israels und der Befreiung Gesamt-Palästinas, für welche sich die PFLP die Hintertüre offenhalten möchte.

Verglichen mit der vormals strikt ablehnenden Haltung der Volksfront gegenüber jedweder Zwischen(staats)lösung, die erstmals auf dem 12. Nationalrat vom Juni 1974 in Kairo entworfen und auf dem 13. PNC im Jahr 1977 weiter-



Delegierte des Nationalrats feierten am 15. 11. 1988 in Algier die Staatsgründung

entwickelt worden war⁹, signalisiert dennoch auch sie heute, unter dem Eindruck der Intifada, eine deutliche Annäherung an realistische Positionen.

„Wir müssen uns“, so Habash weiter, „jedoch im gegenwärtigen Stadium des Palästinakonflikts die politischen Ziele der Intifada klar vor Augen halten, nämlich die Gründung eines unabhängigen Staates in der Westbank und im Gaza-Streifen. Wir sind ja keine Narren und wissen, daß die Intifada nicht Gesamt-Palästina befreien kann, um dort einen demokratischen Staat zu errichten.“

Das palästinensische Volk, die PLO und auch wir von der Volksfront akzeptieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Palästinastaat in der Westbank und im Gaza-Streifen. Ob das eine endgültige Lösung ist, muß man abwarten...

Wenn alle Menschen, die in Palästina leben, irgendwann zu der Erkenntnis gelangen, daß es im Interesse aller ist, als Brüder in einem gemeinsamen Staat zu leben, dann wird die Idee des demokratischen Staates vielleicht doch noch einmal Wirklichkeit. Wann das sein wird, weiß ich nicht. Die dafür notwendige ideologische Auseinandersetzung wird jedoch sehr lange dauern.“¹⁰

Demgegenüber hängen die dem Nationalrat ferngebliebenen prosyrischen Gruppierungen, Abu Musas Fatah-Rebellen, Ahmad Jibrils Volksfront-Generalkommando und Al-Saika, auf libanesischem bzw. syrischem Boden weiter ihren Träumen von der Rückeroberung ganz Palästinas nach. Sie verurteilten die in Algier beschlossene neue politische Linie der PLO als „Hochverrat“ und kündigten Gegenaktivitäten an.¹¹

Die Zeiten sind jedoch unwiederbringlich vorbei, da diese Gruppierungen im Verein mit Syriens Streitmacht die PLO-Führung in existenzielle Nöte bringen

konnte. Dies galt nur, solange die PLO den Libanon als ihre eigentliche Bastion bzw. Ausgangsbasis gegen Israel ansah, solange sie den bewaffneten Befreiungskampf verabsolutierte, solange sie im Land der Zedern in diversen Stellungskriegen (Beirut 1982, Tripoli 1983), Lagerkriegen u.a.¹² verschlissen werden konnte.

Mit dem Einsetzen der Volkserhebung in der Westbank und Gaza im Dezember 1987 hat sich jedoch urplötzlich das Kampfformen palästinensischen Widerstands dorthin verlagert. Mit ihm vollzog sich eine Umgewichtung der von der PLO favorisierten Kampfformen von Verteidigungseinsätzen um Flüchtlingslager bzw. bewaffneten Guerillaaktionen, vom Libanon aus, zumeist ins israelische Kerngebiet, hin zum politischen Massenwiderstand (Streiks, Barrikadenkämpfe, Protestmärsche usw.) in den okkupierten palästinensischen Gebieten.

Folgerichtig gebührte nun der Nationalen Führung im Innern eine zusehends maßgeblichere Rolle bei der Entscheidungsfindung der äußeren PLO-Führungsorgane. Es verstärkte sich der

Palästinensische Jugendliche zeigen Flagge



Druck auf diese, sich entschiedener einer Zwei-Staaten-Lösung über den politischen Verhandlungsweg zuzuwenden. Seit August 1988 häuften sich die Stimmen von Aktivisten der Intifada, welche auf eine Initiative zur Erklärung der Unabhängigkeit drängten. Und diese sei vorzunehmen seitens der PLO-Spitze außerhalb.¹³

Dies verbaute auch jenen Kräften des rechten Fatah-Flügels, die etwa anlässlich des Treffens Arafats in Akaba am 22. Oktober 1988 mit König Hussein und Ägyptens Staatspräsident Mubarak eine jordanisch-palästinensische Konföderation neu aufzuwerfen suchten, den Weg. So stellte die Vereinigte Nationale Führung in ihrem Aufruf Nr. 28 vom 30. Oktober 1988 heraus, „daß es keinerlei Zugeständnis bezüglich der legitimen Rechte unseres Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates geben darf. Diese Rechte sind nicht verhandelbar.“ Gleichzeitig wandte sich die Untergrundführung der Intifada an den 19. Nationalrat in Algier mit dem Wink, die Bevölkerung vor Ort vertraue darauf, „daß die Resolutionen des Nationalrats uns eine neue Waffe sein werden, mit der wir die Intifada vorantreiben und unsere Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit zum Ausdruck bringen können“. Ihr Verlangen verband sie mit der Ankündigung verschiedener Aktivitäten zum Unabhängigkeitstag, dem 15. November 1988.¹⁴

Insofern konnte auch die Abwesenheit von 186 Delegierten aus der Westbank und Gaza beim 19. Nationalrat, da ihnen Israel die Ausreise versagt hatte, die Annahme ihrer authentischen Anliegen nicht aufhalten. Umgekehrt wurde durch die Intifada die Eigenständigkeit der PLO gegenüber den im Nahostkonflikt mitbeteiligten arabischen Regimes wieder auf solide Füße gestellt.

Ein Reflex hierauf war der Verzicht König Husseins am 31. Juli 1988 auf seine politische und administrative Zuständigkeit für die aufständische Westbank, die immerhin von 1950-67 durch

Jordanien annektiert worden war. Dieser Schritt bedeutete zugleich das „Aus“ für die von Washington, Amman und Israels Arbeiterpartei jahrelang gehätschelte „jordanische Option“.¹⁵ Die PLO sah sich damit auf neuartige Weise herausgefordert, die politische Verantwortung in einem Teil Palästinas selbst in die Hand zu nehmen.

Eben dies tat sie, in zielstrebigem Nutzung der günstigeren internationalen Rahmenbedingungen, die im Zuge des globalen Dialogs UdSSR-USA und des Vorankommens bei der Entschärfung von Regionalkonflikten herangereift waren. Folgerichtig beschloß der 19. Nationalrat neben der Unabhängigkeitserklärung die Bildung einer „provisorischen Regierung des Staates Palästina“, die vom PLO-Exekutivkomitee und -Zentralrat „ohne großen Verzug“ zu formieren sei.¹⁶



Von endlosen Lagerkriegen gezeichnet - palästinensische Flüchtlinge im Libanon

Indem der PNC zusätzlich zur Akzeptierung der Resolutionen 242 und 338 ausdrücklich auch „den Terrorismus in allen Formen“ verwarf, räumte er im übrigen die Standardvorwände Washingtons und Tel Avivs gegen die Aufnahme eines Dialogs mit der PLO beiseite.

„Der Ball liegt nun bei den Amerikanern“, hob Yassir Arafat zum Abschluß der Tagung von Algier hervor. „Unsere politische Stellungnahme ist geprägt von Mäßigung, Flexibilität und Realismus, die vorzuweisen der Westen von uns verlangt hat... Wir betteln nicht um Frieden. Wir suchen nach ihm auf einer mit allen anderen beteiligten Parteien gleichberechtigten Grundlage.“ Und in einem warnenden Ton setzte der PLO-Vorsitzende hinzu, er könne jederzeit wieder vor den Nationalrat treten und „erklären, daß sich die Mäßigung nicht ausgezahlt hat“.¹⁷

Manche westlichen Beobachter halten der PLO entgegen, sie habe die Grenzen

Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina

Zum Abschluß der 19. Tagung des Palästinensischen Nationalrats, des palästinensischen Exilparlaments und höchsten Organs der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), wurde am 15. November 1988 ein unabhängiger Staat Palästina proklamiert. Den Text der Unabhängigkeitserklärung verlas Yassir Arafat, Vorsitzender der PLO.

Palästina, das Land der göttlichen Botschaften an die Menschheit, ist die Heimat des palästinensisch-arabischen Volkes. Es wuchs hier auf, entwickelte sich und schuf seine menschliche und nationale Existenz durch eine ununterbrochene und unabänderliche organische Verbindung zwischen dem Volk, seinem Land und seiner Geschichte.

Fortwährend in seinem Lebensraum verwurzelt, hat das palästinensisch-arabische Volk seine nationale Identität geformt und sie mit einer Entschlossenheit, die an ein Wunder grenzt, verteidigt. Trotz der Tatsache, daß der Zauber dieses alten Landes und seine entscheidende Position an den Schnittstellen der Zivilisationen und Mächte Ambitionen, Habsucht und Invasionen auslöste, die das palästinensisch-arabische Volk daran hinderten, seine politische Unabhängigkeit zu erlangen, hat jedoch die dauernde Verbundenheit dieses Volkes mit seinem Land, dem Land seine Identität und dem Volk seinen nationalen Charakter verliehen.

Inspiziert durch die Vielfalt der Zivilisationen und die Mannigfaltigkeit der Kulturen und durch deren geistige und zeitliche Traditionen, entwickelte sich das palästinensisch-arabische Volk in vollständiger Einheit zwischen dem Menschen und seinem Land. Auf den Spuren der Propheten, die einander auf diesem gesegneten Boden folgten, lobpreisten sie von jedem Minarett den Schöpfer und riefen durch die Glocken der Kirchen und die Psalmen in den Tempeln zu Barmherzigkeit und Frieden auf.

Das palästinensisch-arabische Volk hat nicht aufgehört, mutig sein Heimatland zu verteidigen. Von Generation zu Generation waren aufeinanderfolgende Aufstände ein heldenhafter Ausdruck seines Strebens nach Freiheit und nationaler Unabhängigkeit.

In der Zeit, als die moderne Welt ihr neues Wertesystem formulierte, schlossen das regionale und internationale Kräfteverhältnis die Palästinenser vom gemeinsamen Schicksal aus. Es wurde erneut deutlich, daß nicht die Gerechtigkeit allein das Rad der Geschichte antreibt. So wurde der Wunde im palästinensischen Körper eine schmerzhaft Ironie hinzugefügt: Das Volk, dem die Unabhängigkeit vorbehalten wurde und dessen Heimat einer neuen Art von Besatzung unterworfen war, sah sich auch dem Versuch ausgesetzt, die Lüge zu verbreiten, Palästina sei „ein Land ohne Volk“.

Trotz dieser Geschichtsfälschung erkannte die internationale Gemeinschaft im Artikel 22 der Charta des Völkerbundes von 1919 sowie im Vertrag von Lausanne von 1923 implizit an, daß das palästinensisch-arabische Volk wie alle arabischen Völker, die sich vom Osmanischen Reich gelöst hatten, „ein freies und unabhängiges Volk“ sei. Trotz der historischen Ungerechtigkeit, die dem palästinensisch-arabischen Volk widerfuhr, indem es infolge der Resolution 181 (1947) der UN-Vollversamm-



Yassir Arafat verlas die Unabhängigkeitserklärung in Algier

lung, die Palästina in zwei Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, teilte, zerstreut und seines Rechts auf Selbstbestimmung beraubt wurde, sichert diese Resolution noch immer die Bedingungen der internationalen Legitimität, die das Recht des palästinensisch-arabischen Volkes auf Souveränität und nationale Unabhängigkeit garantiert.

Die schrittweise Besetzung der palästinensischen Gebiete und anderer Teile arabischen Territoriums durch die israelischen Streitkräfte sowie die Entwurzelung der Mehrheit der Palästinenser, indem sie durch organisierten Terrorismus willentlich vertrieben wurden und die, die blieben, der Unterdrückung der Besatzung und der Zerstörung der Grundlagen ihres nationalen Lebens unterworfen wurden, stellen flagrante Verletzungen sowohl der internationalen Gesetzlichkeit als auch der Charta der Vereinten Nationen und ihrer Resolutionen dar, die die nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Souveränität auf seinem nationalen Boden garantieren.

Im Herzen des arabischen Heimatlandes und in den nahen und fernen Orten des Exils hat das palästinensisch-arabische Volk nie seinen tiefen Glauben in das Recht auf Rückkehr und Unabhängigkeit aufgegeben. Weder Besatzung, Massaker noch Vertreibung konnten die Palästinenser ihres Bewußtseins und ihrer Identität entfremden. Sie setzten ihren entschlossenen Kampf fort und vertieften ihre nationale Persönlichkeit durch die Erfahrung eines unermüdbaren Ringens.

Dieser nationale Wille formte ihre politische Institution, die Palästinensische Befreiungsorganisation. Sie wird als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes von der internationalen Gemeinschaft, vertreten durch die Organisation der Vereinten Nationen und ihre Einrichtungen sowie andere regionale und internationale Instanzen, anerkannt.

Auf der Grundlage der unveräußerlichen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes, des arabischen nationalen Konsenses sowie der internationalen Legitimität führte die Palästinensische Befreiungsorganisation die Kämpfe ihres großen Volkes, das in einer beispielhaften

nationalen Einheit und einem unnachgiebigen Widerstand gegen die Massaker und Blockaden innerhalb wie außerhalb der Heimat verschmolzen ist. Dieser heldenhafte palästinensische Widerstand prägte sich im arabischen und internationalen Bewußtsein als eine der herausragendsten nationalen Befreiungsbewegungen unserer Zeit ein.

Die große Volkserhebung, die Intifada, die in den besetzten Gebieten weiter anwächst, hat zusammen mit der legendären Standhaftigkeit der Flüchtlingslager innerhalb und außerhalb der Heimat in der Weltöffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit und Verständnis für die Realität und die nationalen Rechte der Palästinenser geweckt. Durch die Intifada wurde eine ganze Epoche der Verfallschlangen und des ruhigen Gewissens entschleierte und die offizielle israelische Mentalität in Frage gestellt, die in Mythen und Terror Zuflucht sucht, um die palästinensische nationale Existenz zu leugnen.

Mit der Intifada und der angesammelten revolutionären Erfahrung haben die Palästinenser einen Wendepunkt in ihrer Geschichte erreicht. Das palästinensische Volk bekräftigt heute seine unveräußerlichen Rechte und ihre Ausübung auf dem palästinensischen Boden. Entsprechend der natürlichen, historischen und legalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes auf seine Heimat, Palästina, und gestützt auf die Opfer, die die aufeinanderfolgenden Generationen der Palästinenser für die Verteidigung der Freiheit und der Unabhängigkeit ihrer Heimat gebracht haben; auf der Grundlage der Entschlüsse der Arabischen Gipfel;

kraft der Vorherrschaft des internationalen Rechts und der internationalen Legalität wie sie in den Resolutionen der Organisation der Vereinten Nationen seit 1947 zum Ausdruck kommen;

in Ausübung des Rechts des palästinensisch-arabischen Volkes auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Souveränität über seinen Boden;

proklamiert der Palästinensische Nationalrat im Namen Gottes und des palästinensisch-arabischen Volkes die Gründung des Staates Palästina auf unserem palästinensischen Boden mit der Hauptstadt Jerusalem (Al Quds al-sharif).

Der Staat Palästina ist der Staat aller Palästinenser, wo immer sie auch seien. In diesem Rahmen werden sich ihre nationale und kulturelle Identität entwickeln, die volle Gleichheit der Rechte genießen, frei ihre Religionen ausüben und ohne Einschränkungen ihre politischen Überzeugungen ausdrücken können. Dort wird ihre menschliche Würde in einem demokratischen parlamentarischen System respektiert werden, das sich auf die freie Meinungsäußerung, die Freiheit, politische Parteien zu gründen, die Achtung der Rechte der Minderheit durch die Mehrheit und die Respektierung der Entscheidung der Mehrheit durch die Minderheit, stützen wird. Dieses Regime wird auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Abwesenheit jeglicher Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Religion, der Hautfarbe und des Geschlechts gegründet sein, im Rahmen einer Verfassung, die den Vorrang der Gesetzlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Es wird den geistigen palästinensischen Traditionen der Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen religiösen Gemeinschaften über Jahrhunderte hinweg entsprechen.

Der Staat Palästina ist ein arabischer Staat. Er ist ein untrennbarer Bestandteil der arabischen Nation, ihres Erbes, ihrer Zivilisation und ihrer Bestrebungen nach Befreiung, Entwicklung, Demokratie und Einheit. Indem er sein Engagement für die Charta der arabischen Liga und

seine Entschlossenheit, das gemeinsame arabische Handeln zu fördern, unterstreicht, ruft der palästinensische Staat die Kinder der arabischen Nation auf, ihm dabei zu helfen, seine effektive Errichtung zu vollenden, indem sie ihre Kräfte mobilisieren und ihre Anstrengungen intensivieren, um der israelischen Besatzung ein Ende zu bereiten.

Der Staat Palästina erklärt seine Zustimmung zu den Prinzipien und Zielen der Vereinten Nationen, zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und zu den Prinzipien und der Politik der Nichtpaktgebundenheit.

Der Staat Palästina versteht sich als friedliebender Staat und bekennt sich zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Er wird mit allen Staaten und Völkern für die Erreichung eines dauerhaften Friedens arbeiten, der auf Gerechtigkeit und der Respektierung der Rechte beruht. Dies wird die Entwicklung der schöpferischen Potenzen der Menschheit ermöglichen und denen die Angst vor der Zukunft nehmen, die gerecht oder zur Gerechtigkeit zurückgekehrt sind.

Im Rahmen seines Kampfes für die Einkehr des Friedens auf dem Boden der Liebe und des Friedens ruft der Staat Palästina die Vereinten Nationen auf, eine besondere Verantwortung für das palästinensisch-arabische Volk und seine Heimat zu übernehmen. Er ruft auch die Frieden und Freiheit liebenden Völker und Staaten der Welt auf, ihm bei der Verwirklichung seiner Ziele zu helfen und der Tragödie seines Volkes ein Ende zu bereiten, indem sie ihm Sicherheit garantieren und darauf hinwirken, der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete ein Ende zu bereiten.

Der Staat Palästina erklärt in diesem Zusammenhang, daß er an die friedliche Beilegung internationaler und regionaler Konflikte entsprechend der Charta und der Resolutionen der Vereinten Nationen glaubt. Er verurteilt die Androhung und die Ausübung von Macht, Gewalt und Terrorismus gegen seine eigene territoriale Integrität oder die eines anderen Staates, ohne auf sein natürliches Recht zur Verteidigung seines Territoriums und seiner Unabhängigkeit zu verzichten.

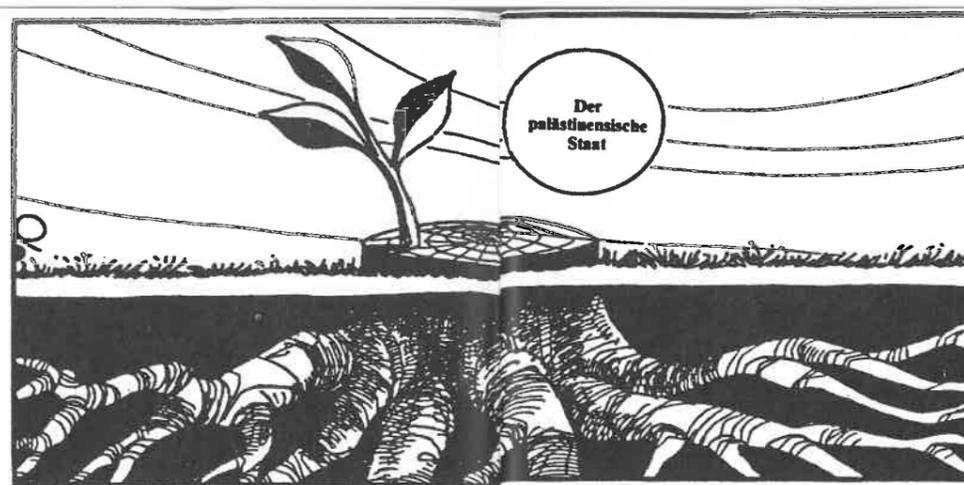
An diesem einmaligen Tag, dem 15. November 1988, an der Schwelle einer neuen Ära, verneigen wir uns respektvoll und still für die Seelen unserer Märtyrer und der Märtyrer der arabischen Nation, die mit ihrem heiligen Blut die Fackel dieser mächtigen Morgendämmerung entzündet haben. Sie haben ihr Leben geopfert, damit unsere Heimat leben kann.

Unsere Herzen werden vom glühenden Licht der gesegneten Intifada, von der legendären Standhaftigkeit jener in den Lagern, der Diaspora und dem Exil und von jenen erfüllt, die das Banner der Freiheit tragen: unsere Kinder, Alten und Jugendlichen, unsere Gefangenen, die auf unserem heiligen Boden in jedem Lager, jedem Dorf und jeder Stadt ausharren. Wir zollen der palästinensischen Frau, der heldenhaften Wächterin unserer Existenz, unseres Lebens und des Feuers, das uns antreibt, unsere Hochachtung.

Wir versprechen den Seelen unserer Märtyrer, den Massen unseres palästinensisch-arabischen Volkes, unserer arabischen Nation und allen friedliebenden und aufrichtigen Menschen der Welt, unseren Kampf für die Beendigung der Besatzung und die Erlangung der Souveränität und Unabhängigkeit fortzusetzen.

Wir rufen unser großes Volk auf, sich um unsere palästinensische Fahne zu scharen, auf sie stolz zu sein und sie zu verteidigen, damit sie auf immer das Symbol unserer Freiheit und Würde in einem Heimatland bleibe, das stets ein freies Heimatland für ein freies Volk bleiben wird.

(Quelle: Libération, Paris, 16.11.1988)



Aus: Al-Hayyat, London, 15. 11. 1988

des ausgerufenen Staates Palästina aus unlauteren Motiven heraus nicht festgelegt. Dabei wird freilich übersehen, daß Israel bei seiner Staatsproklamation 1948 eben dies auch unterließ und später nie nachholte. Ferner versicherte die PLO ihre Bereitschaft, über die Grenzfrage bei künftigen Verhandlungen ungebunden zu sprechen.

Mitte Dezember 1988 hatten den Palästinaastaat bereits 75 Staaten anerkannt. Und die PLO ließ ihre Absicht verlauten, bei der laufenden UN-Vollversammlung für diesen einen eigenen Sitz zu beantragen.¹⁸ Die Einreiseverweigerung für Yasir Arafat durch die scheidende Regierung Reagan kontrastierte mit entgegenkommenden Äußerungen des Außenministeriums und des Vizepräsidenten Bush, welche die Nationalrats-Ergebnisse „als ermutigend“ bezeichneten. Aus israelischen Regierungskreisen verlautete erst einmal nur Unnachgiebiges.¹⁸

„Die politische Hauptverantwortung“, so der Ausblick von Arafats Stellvertreter Abu Iyad, „liegt nun auf den Schultern der USA, da wir die Ziele von

**Mit dem Eintreten
für eine Zwei-Staaten-Lösung
bzw. eine gegenseitige Anerkennung
von Israel und Palästina ge-
raten Washington, Tel Aviv
in Zugzwang**

Schamir und den israelischen Extremisten nur allzu genau kennen... Es geht nicht darum, was Bush persönlich will oder nicht. Die veränderten Bedingungen im Nahen Osten werden die neue US-Regierung dazu zwingen, ihre Haltung gegenüber den Palästinensern zu überdenken.

Die allgemeine Ost-West-Entspannung, die Intifada und der Verzicht Husseins auf die Westbank machen eine neue Politik der USA unumgänglich. Die USA sollten ihre Chance nicht verpassen. Jetzt gibt es eine gute Chance, mit der PLO ins Gespräch zu kommen.“

Grundsätzlich sei, so Abu Iyad weiter,

die PLO-Führung zur wechselseitigen Anerkennung zwischen Israel und dem Staat Palästina bereit: „Sollte Israel unser Recht auf einen eigenen Staat akzeptieren, dann gibt es die Chance für eine gegenseitige Anerkennung. Die beste Möglichkeit, diese Frage zu lösen, besteht in der Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz.“¹⁹

Ungeachtet des vorausgegangenen Rechtsrucks bei den israelischen Parlamentswahlen könnte im Jahr 1989 der Nahe Osten im Zeichen des Ölzeigs stehen.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Palästina Bulletin, Bonn, 18.12.1988
- 2) Libération, Paris, 16.11.1988. Vollständiger Wortlaut siehe Kasten
- 3) Vgl. Interview mit Karem Kanafani in: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 14-20
- 4) Voller Wortlaut des Sharif-Papiers in: ebenda, S. 16
- 5) Palästina Bulletin, 18.11.1988
- 6) Siehe: Einschätzung von Leila Burhani und Dokumente in: AIB, Nr. 6/1987, S. 5-12
- 7) Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1988. Siehe auch: Al Fajr, Jerusalem, 21.11.1988
- 8) Wochenzeitung (WOZ), Zürich, 25.11.1988
- 9) Wortlaut beider politischen Programmdokumente der PLO von 1974 und 1977 in: W. Brönnner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt/M. 1979, S. 277-281
- 10) WOZ, 25.11.1988
- 11) Laut: An Nahar, Beirut, 21.11.1988 und Libération, 16.11.1988
- 12) Vgl. Libanon/Palästina-Beiträge in: AIB, Nr. 11-12/1982, 1 und 3/1984, 3 und 7/1985, 4, 6 und 11/1987
- 13) Siehe: International Herald Tribune (IHT), Paris, 16.8.1988
- 14) Al Hurriah, Nikosia/Damaskus, 6.11.1988, S. 11
- 15) Zu den diversen Lösungsvarianten der „jordanischen Option“ siehe: Beitrag von I. El-Masry in diesem Heft sowie AIB, Nr. 7/1985 und 7/1987
- 16) Gesonderte PNC-Resolution siehe in: Libération, 16.11.1988
- 17) IHT, 16.11.1988
- 18) Nach: Süddeutsche Zeitung, München, 25.11.1988; Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 26./27.11.1988; IHT, 2.12.1988 und Newsweek, New York, 12.12.1988
- 19) WOZ, 25.11.1988

Politische Erklärung

Auf dem Boden des heroischen Algerien und zu Gast bei seinem Volk und seinem Präsidenten, Chadli Ben Jedit, hat der Palästinensische Nationalrat (PNR) vom 12. bis 15.11.1988 seine 19. außerordentliche Sitzungsperiode einberufen, die Sitzung der „Intifada, der nationalen Unabhängigkeit und des Märtyrers Abu Jihad“, abgehalten. Diese Sitzung wurde mit der Proklamation der Gründung des palästinensischen Staates auf unserem palästinensischen Boden gekrönt – das natürliche Ergebnis des Kampfes eines tapferen und entschlossenen Volkes, der seit mehr als 70 Jahren andauert und große Opfer verlangt hat, die unser Volk auf dem Boden seiner Heimat und in deren Grenzen, in den Flüchtlingslagern und in der Diaspora erbracht hat...

Die Sitzungsperiode zeichnet sich dadurch aus, daß sie wegen der Intifada, dem nationalen palästinensischen Aufstand, einberufen wurde, der das herausragende Ereignis in der gegenwärtigen Geschichte der Revolution des palästinensischen Volkes ist, neben der legendären, heroischen Standhaftigkeit unseres Volkes in den Flüchtlingslagern und innerhalb und außerhalb unseres besetzten Landes. Seit den ersten Tagen der Intifada und im Laufe der letzten 12 Monate bis zum heutigen Tag wurde deutlich, daß das grundlegende Charakteristikum der Intifada unseres großen Volkes darin besteht, daß sie eine umfassende Volksrevolution ist, die alle Schichten erfaßt und den nationalen Konsens der Frauen, Männer, Greise und Kinder, der Flüchtlingslager, Dörfer und Städte in der Ablehnung der Besatzung und im Kampf für ihre Beendigung zum Ausdruck bringt.

In dieser glorreichen Intifada erreichte die feste nationale Einheit unseres Volkes und seine Verbundenheit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzig legitimen Vertretung unseres gesamten Volkes, wo immer es sich befindet, sei es innerhalb oder außerhalb der Heimat, ihren Höhepunkt. Diese Verbundenheit wurde verkörpert durch die Teilnahme der palästinensischen Massen und ihrer nationalen Institutionen und Verbände, der Gewerkschaften, Handwerker, Studenten, Bauern, Arbeiter, Frauen, Kaufleute, Grundbesitzer und Akademiker an der Intifada und durch die Bildung der Vereinigten Führung der Intifada und der Volkskomitees, die in allen Stadtteilen, Dörfern und Flüchtlingslagern ins Leben gerufen wurden. (...)

Durch die von der Revolution und der Intifada unseres Volkes geschaffenen Ergebnisse und Einflüsse auf regionaler und internationaler Ebene wurden die Richtigkeit und der realistische Charakter des nationalen Programms der PLO, die Besatzung zu beenden und das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates zu verwirklichen, bestätigt. Unterstrichen wurde auch, daß der Kampf unseres Volkes ein einschneidender Faktor ist, unsere nationalen Rechte den Krallen der Besatzung zu entreißen. Die Macht der Volksmassen wird durch ihre Komitees repräsentiert, die die Lage im Kampf gegen die Besatzungsmacht und deren zusammenbrechende Einrichtungen in der Hand hält.

Die internationale Gemeinschaft ist jetzt mehr als früher in der Lage, sich an einer politischen Lösung der Nahostfrage und ihrem Kern, der Palästinafrage, zu beteiligen. Die israelische Besatzungsmacht, unterstützt von der amerikanischen Administration, kann ihre Politik

der Mißachtung des internationalen Willens nicht fortsetzen, einem Willen, der sich heute in der Notwendigkeit, eine internationale Nahostfriedenskonferenz einzuberufen und dem palästinensischen Volk die Ausübung seiner nationalen Rechte zu ermöglichen, an erster Stelle sein Recht auf nationale Selbstbestimmung auf seinem Boden, einigt ist. Im Lichte all dessen und um die Standhaftigkeit unseres Volkes und der Intifada zu unterstützen sowie dem Willen unserer Massen innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat zu entsprechen und aus Treue zu den Gefallenen, Verletzten und Gefangenen beschließt der Palästinensische Nationalrat:

I. Auf der Ebene der Intensivierung und Fortsetzung der Intifada

- a) Bereitstellung der Mittel und Möglichkeiten, um die Intifada unseres Volkes auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu verstärken, um ihre Fortsetzung und Intensivierung zu garantieren;
- b) Unterstützung der Masseninstitutionen und -organisationen in den besetzten palästinensischen Gebieten;
- c) Verstärkung und Entwicklung der Volkskomitees, der zuständigen Massenorganisationen und gewerkschaftlichen Verbände, um ihre Wirkung und ihre Rolle zu verbessern, einschließlich der Kampfeinheiten und der Volksarmee;
- d) Festigung der nationalen Einheit, die während der Intifada erheblich verstärkt wurde;
- e) Verbesserung der Arbeit auf internationaler Ebene, um die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Deportierten zu erwirken sowie den Maßnahmen des offiziellen organisierten Terrors gegen unsere Frauen, Männer und Kinder Einhalt zu gebieten;
- f) Aufforderung der UNO, das besetzte palästinensische Land unter internationale Kontrolle zu stellen, um unsere Massen zu schützen und die israelische Besatzung zu beenden;
- g) Aufforderung an die palästinensischen Massen außerhalb der Heimat, ihre Arbeit zu intensivieren, zu erweitern und zu festigen und den palästinensischen Familien in der besetzten Heimat beizustehen;
- h) Aufforderung an die arabische Nation, ihre Massen, politischen Kräfte, Institutionen und Regierungen, ihre politische, wirtschaftliche und informationelle Unterstützung für die Intifada zu steigern;
- i) Aufforderung an die freiheitsliebenden und aufrichtigen Menschen in der ganzen Welt, unseren Massen, unserer Intifada und unserem Kampf beizustehen in der Begegnung der israelischen Besatzung und ihren offiziellen militärischen, faschistischen, terroristischen Willkürmethoden, die die Besatzungsarmee und die fanatischen, bewaffneten Siedler gegen unsere Massen, Universitäten, Schulen, Institutionen, nationale Wirtschaft und heiligen islamischen und christlichen Stätten verüben.

II. Auf politischer Ebene

Unter Berücksichtigung all dessen bekräftigt der Palästinensische Nationalrat aus seiner verantwortungsvollen Haltung gegenüber unserem palästinensischen Volk, seinen nationalen Rechten und seinem Willen zum Frieden heraus, gestützt auf die Proklamation der Unabhängigkeit vom 15.11.1988 und im Einvernehmen mit dem Willen der Menschheit nach internationaler Entspannung und atomarer Abrüstung sowie der Suche nach Beilegung der regionalen Konflikte mit friedlichen Mitteln,

die Entschlossenheit der PLO, eine umfassende politische Lösung für den arabisch-israelischen Konflikt und seinen Kern, die Palästinafrage, im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen und entsprechend den Prinzipien der internationalen Legitimität und des Völkerrechts und den Resolutionen der Vereinten Nationen sowie den jüngsten Beschlüssen des Weltsicherheitsrates 605, 607, 608 (Entscheidungen des Jahres 1988, in denen die palästinensischen Rechte bekräftigt und die Besatzerrepressalien verurteilt wurden; d. Red.) und den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen anzustreben, die das Recht des palästinensisch-arabischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines nationalen unabhängigen Staates auf seinem nationalen Boden garantieren und die Bedingungen für Frieden und Sicherheit für alle Staaten in der Region schaffen.

Um dies zu verwirklichen, betont der Palästinensische Nationalrat folgendes:

1. Die Notwendigkeit, eine wirkungsvolle internationale Konferenz zum Nahostkonflikt und seinem Kern, der Palästinafrage, unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sowie unter Teilnahme der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates und aller in der Region am Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich der PLO, der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, auf gleichberechtigter Ebene einzuberufen, in Anbetracht dessen, daß die internationale Konferenz auf Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 sowie der Garantie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes einberufen wird, an erster Stelle das Recht auf Selbstbestimmung der Völker und das Verbot, sich fremde Gebiete durch Gewalt oder militärische Invasion anzuzeigen, und in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage;

2. Rückzug Israels aus allen palästinensischen und arabischen Gebieten, die es im Jahre 1967 besetzt hat, einschließlich des arabischen Jerusalems;

3. Annullierung aller Annektionen und Einverleibungen sowie die Beseitigung aller Siedlungen, die Israel auf palästinensischem und arabischem Land seit 1967 errichtet hat;

4. Anstrengungen zu unternehmen, die besetzten arabischen Gebiete, einschließlich des besetzten Jerusalem, für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen, um unser Volk zu schützen und eine günstige Atmosphäre zu schaffen, um der Arbeit der internationalen Konferenz zum Erfolg zu verhelfen, und um eine umfassende politische Lösung und die Verwirklichung von Sicherheit und Frieden für alle in gegenseitigem Einverständnis und zur beiderseitigen Zufriedenheit zu erreichen sowie dem palästinensischen Staat die Möglichkeit zu geben, auf diesen Gebieten tatsächlich seine Macht auszuüben;

5. Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems gemäß den diesbezüglichen UN-Resolutionen;

6. Garantie der Religionsfreiheit und des freien Zugangs aller Religionen zu den heiligen Stätten in Palästina;

7. Die Verantwortung des Weltsicherheitsrats, die Sicherheit und den Frieden für alle betroffenen Staaten in der Region, einschließlich des palästinensischen Staates, zu garantieren.

Der PNR bekräftigt seine früheren Beschlüsse bezüglich der besonderen Beziehungen zwischen dem palästinensischen und jordanischen Brudervolk und unterstreicht, daß die zukünftigen Beziehungen zwischen dem jordanischen und dem palästinensischen Staat auf konföderativen Grundlagen, auf Freiwilligkeit und auf freier Wahl der Brudervölker basieren, um die historischen Bande und gemeinsamen lebens-

wichtigen Interessen beider Völker zu fördern. Der PNR bekräftigt erneut seine Verpflichtung gegenüber den UN-Resolutionen, die das Recht der Völker auf Widerstand gegen fremde Besetzung, Kolonialismus, Apartheid und ihren Kampf um Unabhängigkeit festzuschreiben und erklärt von neuem seine Ablehnung des Terrorismus in all seinen Formen einschließlich des Staatsterrors und betont seine Verpflichtung gegenüber seinen früheren Beschlüssen zu diesem Punkt und gegenüber den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz von 1988 und den UN-Resolutionen 159/42 von 1967 und 40/61 von 1985 und dem Inhalt der Kairoer Erklärung vom 6.11.1985.

III. Auf internationaler Ebene

Der PNR bekräftigt die Notwendigkeit der Einheit Libanons, seines Volkes, seines Landes und seiner Institutionen und tritt allen Versuchen entgegen, sein Land zu zerstückeln und das brüderliche libanesische Volk zu spalten. Der PNR bekräftigt außerdem die Bedeutung gemeinsamer arabischer Bemühungen, sich an Lösungen des Libanon-Problems zu beteiligen, die die Einheit des Libanon garantieren. Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit des Rechts der palästinensischen Bürger im Libanon, ihre politischen und informellen Aktivitäten auszuüben, Sicherheit und Schutz zu genießen und alle Formen der Konspiration und Aggression, die gegen sie und ihr Recht auf Arbeit und Leben gerichtet sind, zu bekämpfen sowie die Notwendigkeit, alle Bindungen zu schaffen, die ihr Recht auf Selbstverteidigung und Verwirklichung ihrer Sicherheit und ihres Schutzes garantiert.

Der PNR bekräftigt ferner seine Solidarität mit den libanesisch-islamischen nationalen Kräften in ihrem Kampf gegen die israelische Besetzung und deren Kollaborateure im Südlibanon. Er bringt seinen Stolz über die kämpferische Solidarität zwischen dem libanesischen und dem palästinensischen Volk im Widerstand gegen die Aggression und die israelische Besetzung in Teilen des Südlibanon zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang richtet der Rat seinen Gruß an die Standhaften in unseren Flüchtlingslagern im Libanon und in dessen Süden in ihrem Kampf gegen die Aggression und die Massaker, gegen Mord, Aushungerung, Zerstörung, Luftangriffe, Bombardierungen und Belagerung, die die israelischen Streitkräfte, die israelische Luftwaffe und die israelische Marine gegen die palästinensischen Flüchtlingslager und die libanesischen Dörfer verüben, die dabei von kollaborierenden Kräften in der Region unterstützt werden. Der Rat lehnt es ab, die Palästinenser im Libanon dauerhaft anzusiedeln; weil Palästina die Heimat der Palästinenser ist.

Der PNR bekräftigt die Bedeutung des Waffenstillstands zwischen Irak und Iran, um einen dauerhaften Frieden zwischen beiden Staaten und in der Golfregion zu erreichen und ruft zur Unterstützung der Bemühungen auf, die Friedensgespräche zum Erfolg zu führen und sie auf eine solide und stabile Grundlage zu stellen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Rat den Stolz des arabisch-palästinensischen Volkes und der gesamten arabischen Nation über die Standhaftigkeit des Bruderstaates Irak und seine Siege bei der Verteidigung der östlichen Flanke der arabischen Nation.

Der Nationalrat bringt seinen Stolz über den Beistand der Massen der arabischen Nation an der Seite des Kampfes des arabisch-palästinensischen Volkes und ihre Unterstützung für die PLO und die Intifada in der besetzten Heimat zum Ausdruck. Er betont die Bedeutung der kämpferischen Beziehungen zwischen den Kräften, Parteien und Organisationen der arabischen Befreiungsbewegung, um die Rechte der arabischen Nation und ihrer Massen auf Freiheit, Fortschritt, Demokratie und Einheit

zu verteidigen. Der Rat ruft dazu auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die patriotische Einheit zwischen allen Teilen der arabischen Befreiungsbewegung zu fördern. Der PNR richtet seinen Gruß und seinen Dank an die arabischen Staaten für ihre Unterstützung des Kampfes unseres Volkes und appelliert an sie, ihren Verpflichtungen aus den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz von Algier nachzukommen und die Intifada zu unterstützen. Wenn der Rat diese Bitte stellt, so drückt er damit sein großes Vertrauen in die Führer der arabischen Nation aus. Sie werden, wie wir es von ihnen gewohnt sind, eine Stütze und eine Hilfe für Palästina und sein Volk bleiben.

Der PNR bekräftigt das Bemühen der PLO um die arabische Solidarität im Rahmen der arabischen Nation und ihrer Staaten im Kampf gegen die israelische Aggression und die amerikanische Unterstützung für diese Aggression sowie um die Förderung der Stellung und der notwendigen arabischen Rolle, um Einfluß auf die internationale Politik zugunsten der arabischen Rechte und Fragen zu gewinnen.

Der PNR spricht allen Staaten, Kräften, Organisationen und internationalen Organisationen, die die palästinensischen nationalen Rechte unterstützen seinen Dank aus und bekräftigt seine Bemühungen, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der befreundeten Sowjetunion, mit der Volksrepublik China und den sozialistischen Staaten, den blockfreien, islamischen, afrikanischen, lateinamerikanischen und den übrigen Bruderstaaten zu intensivieren.

Der PNR betrachtet mit Genugtuung die positive Entwicklung der Haltung einiger westeuropäischer Staaten und Japans in eine neue Richtung der Unterstützung der Rechte des palästinensischen Volkes und begrüßt diese Entwicklung. (...)

Der PNR betrachtet mit großer Sorge das Erstarken der faschistischen und der extremistischen israelischen Kräfte und ihre lauten, öffentlichen Aufrufe zu einer Politik der Vernichtung und der individuellen und kollektiven Vertreibung. Der Rat ruft dazu auf, die Anstrengungen und Bemühungen auf allen Ebenen zu intensivieren, um dieser faschistischen Bedrohung und Gefahr entgegenzutreten, und bringt zugleich seinen Respekt für die tapfere Rolle der israelischen Friedenskräfte in ihrem Kampf zur Entlarvung der faschistischen und rassistischen Kräfte der Aggression zum Ausdruck sowie für ihre Unterstützung der heroischen Intifada und ihre Solidarität mit den Rechten unseres Volkes auf Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates. Der Rat bekräftigt seine früheren Beschlüsse bezüglich der Förderung und Entwicklung dieser demokratischen Kräfte.

Der PNR richtet sich an das amerikanische Volk und appelliert an seine verschiedenen Schichten, der Politik der amerikanischen Administration, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines heiligen Rechtes auf Selbstbestimmung, negiert, Einhalt zu gebieten. Der Rat appelliert an alle Schichten des amerikanischen Volkes, eine Politik zu fordern, die mit den Menschenrechten und den Prinzipien der internationalen Legitimität übereinstimmt und die den notwendigen Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten dient und die Sicherheit aller Völker der Region, einschließlich des palästinensischen Volkes, garantiert. (...)

Der Rat bekräftigt sein volles Vertrauen in den Sieg und die Rückkehr nach Jerusalem, der Hauptstadt unseres unabhängigen palästinensischen Staates.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, 18.11.1988, S. 2-9)



Barrikadenbau in Gaza

Ivesa Lübben-Pistofidis

Ein Jahr Intifada

Die Ausrufung des Staates Palästina war mehr als ein symbolischer Akt. Zwar gibt es bislang keine palästinensische Regierung, die die Hoheit über ein fest umrissenes Staatsgebiet innehat. Aber die am 8. Dezember 1987 in der Westbank und Gaza eröffnete Volkserhebung, die Intifada, hat sich Organe geschaffen, die die israelische Zivilverwaltung immer mehr in den Hintergrund drängen. Ivesa Lübben-Pistofidis, Bremen, freie Journalistin und Autorin der rororo-aktuell-Neuerscheinung „Kinder der Steine. Vom Aufstand der Palästinenser“, bilanziert 1 Jahr Intifada.

Das israelische Establishment kann heute seine Besetzung nur noch mit bloßer Militärgewalt aufrechterhalten: durch Massenverhaftungen, den Einsatz von Schußwaffen, durch Häusersprengungen, Deportationen und wochenlange Ausgangssperren. Die Kontrolle über das Alltagsleben der PalästinenserInnen hat sie längst an die „Vereinigte Nationale Führung des Aufstands“ und an ein ganzes Netz von Volkskomitees abgeben müssen.

Der Aufstand kam für alle überraschend, spontan, von niemandem geplant. Es gab weder eine politische Aktionsplattform noch irgendeine Perspektive.

Die ersten Proteste waren Reaktionen auf einen schon fast „alltäglichen“ Vorfall am Grenzübergang Eretz, an der „Grünen Linie“, die Israel vom Gaza-Streifen trennt. Ein von einem Siedler gesteuerter Lastwagen rammte, aus dem Gaza-Streifen kommend, ein Sammel-taxi mit palästinensischen Arbeitern, das

darauf wartete, in den Gaza-Streifen gelassen zu werden.

Vier Arbeiter starben. Sie kamen aus Jabalia, dem größten Flüchtlingslager des Gaza-Streifens. Die Beerdigung am 9. Dezember 1987 wurde zu einer Protestdemonstration gegen die Besatzungspraktiken.

Es hatte viele Aufstände im Gaza-Streifen gegeben. „Aber der Aufstand 1982 blieb zum Beispiel beschränkt auf die Flüchtlingslager Jabalia, Bureij und Rafah. Und es waren vor allem die Jugendlichen, die demonstrierten“, sagt Abu Majhul, der in der Nationalen Führung im Gaza-Streifen für Informationsfragen verantwortlich ist.

„Die jetzige Intifada war von Anfang an ganz anders. Es gab keinen Ort im Gaza-Streifen, der von der Bewegung ausgeschlossen war. Die Demonstrationen

hörten einfach nicht mehr auf. Es dauerte nicht bloß einen oder zwei Tage. Und noch etwas war anders. Alle Bevölkerungsschichten beteiligten sich, nicht nur Jugendliche. Und alle waren bereit weiterzumachen. Es wurde uns klar, daß die üblichen Forderungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen und nach Senkung der Besatzungssteuern der Kraft und der Breite der Bewegung nicht mehr angemessen waren. Die Opferbereitschaft der Menschen machte weitergehende Forderungen realistisch. Nachdem wir sorgsam geprüft hatten, was die Leute wollen und was sie zu geben bereit sind, entwickelten wir die folgenden Hauptparolen: 'Zerschlagung der Besatzung, die Forderung nach Abhaltung einer internationalen Nahostkonferenz und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates.' Die Probe aufs Exempel fand zwei Wochen später statt: „Wir riefen im ganzen Gaza-Streifen unter eben diesen Forderungen zu Demonstrationen auf.“ Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen. Kinder, Jugendliche, Frauen und alte Leute, Arbeiter und Studenten, Lehrer, Ingenieure, Rechtsanwälte und Ärzte gingen auf die Straße und warfen Steine auf vorbeifahrende israelische Militärpatrouillen.

Überall wurde demonstriert, in den Städten, in den Dörfern, in den Flüchtlingslagern. Aber zunächst war die Bewegung unkoordiniert und ohne Organisationsstrukturen. Es gab keine Absprachen zwischen den politischen Organisationen. „Zu Beginn waren die Volksmassen weiter als die politischen Organisationen. Es waren die Organisationen, die hinter den Massen hinterherliefen“, sagt Abu Majhul. „Es wurde notwendig den Aufstand zu organisieren. Er durfte nicht länger dem spontanen Gang der Dinge überlassen bleiben. Wir ergriffen überall die Initiative zur Bildung von Volkskomitees, in jedem Stadtteil, in jedem kleinen Dorf und in den Camps.“ Schon vorher begannen Kontakte zwischen den Führungen der verschiedenen politischen Organisationen im Gaza-Streifen, die dann die „Vereinigte Führung des Aufstandes“ bildeten. Als der Aufstand kurz darauf die Westbank erfaßte, konnten die dort arbeitenden politischen Kräfte von den Erfahrungen aus dem Gaza-Streifen profitieren. Vom ersten Tag an nahmen sie die Bildung von Volkskomitees in Angriff. Anfang Januar 1988 meldete sich erstmals eine „Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes“ mit einem Katalog von Sofortforderungen zu Wort. Dieser Nationalen Führung gehören Vertreter der in der Westbank und im Gaza-Streifen operierenden Organisationen Fatah, Demokratische Front (DFLP), Volks-

front (PFLP) und der Kommunistischen Partei (PCP) an. Im Gaza-Streifen gibt es auch eine Kooperation mit Jihad Islami, einer lokalen islamischen Organisation. Paradoxerweise waren es gerade die israelischen Maßnahmen zur Niederschlagung des Aufstandes, die die Komitees dazu zwangen, sich zunehmend um die Probleme des Alltagslebens zu kümmern. Nachdem klar war, daß die PalästinenserInnen durch den Einsatz von Schußwaffen nicht mehr einzuschüchtern waren, griff die Besatzungsmacht zu systematisch angewandten Kollektivstrafen.

Dazu gehörten Massenverhaftungen von Jugendlichen und die Verhängung von wochenlangen Ausgangssperren. Die Flüchtlingslager wurden von der Außenwelt abgeriegelt, die Strom-, Wasser- und Telefonleitungen gekappt, Lebensmittellieferungen verboten. Israelische Soldaten zogen durch die engen Gassen der Lager, zerstörten Wassertanks und warfen wahllos CS-Gaspatronen in die engen Häuser der Eingekesselten.

Die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung in den Lagern wurde zu einer Kernfrage für das Überleben der Intifada. Die ersten Versorgungskomitees entstanden. In Gebieten, die nicht unter Ausgangssperre standen, machten sich Volks- und Frauenkomitees daran, Lebensmittel und Geld zu sammeln, von dem Grundnahrungsmittel wie Reis, Zucker, Mehl und Trockenmilch gekauft wurden. Die Versorgungskomitees schmuggelten die Lebensmittel in die Lager.

Verteilung eines Aufrufs der Nationalen Führung in Nabulus (Westbank)



Andere Komitees entstanden. Die Komitees für die Verhafteten betreuen die Familien der Verhafteten. Sie setzen sich mit Menschenrechtsorganisationen in Verbindung und leisten Öffentlichkeitsarbeit über die Haftbedingungen. Ärzte- und Gesundheitskomitees gab es schon vor dem Aufstand. Aber seit der Intifada stehen sie vor neuen Aufgaben (siehe nachstehendes Interview mit J. Odeh).

Die erste große Kraftprobe zwischen der Nationalen Führung und der Besatzungsmacht war der Kampf um die Ladenöffnungszeiten. Nachdem Aufrufe der Nationalen Führung an die Händler zu Solidaritätsstreiks mit DemonstrantInnen und streikenden ArbeiterInnen nach anfänglichem Zögern auf ein zunehmend größeres Echo gestoßen waren, rief die Nationale Führung die Händler dazu auf, nur noch drei Stunden am Tag zu öffnen. Die ersten Händlerkomitees entstanden. Entsprechend den örtlichen Gegebenheiten legten sie die Ladenöffnungszeiten fest – im Gaza-Streifen beispielsweise von 8 bis 11 Uhr morgens. Ab 11 Uhr sind die Straßen wie ausgestorben.

Manche Läden wurden auf Befehl des Militärgouverneurs verschweißt, anderen Händlern horrendes Bußgelder auferlegt. Es ging darum zu beweisen, wer die Macht hat.

Nachdem der Konsens über die politischen Ziele des Aufstands hergestellt war, wurde es notwendig, eine den Bedingungen der Westbank und des Gaza-Streifens angepaßte Strategie des Widerstands zu entwickeln.



Israelische Militärs beim Einsatz gegen streikende Händler in der Westbank: Geschlossene Geschäfte werden aufgebrochen

In einem Strategiepapier mit dem Titel „Eßt und trinkt nur noch nationale Erzeugnisse“, das im Juni 1988 in den besetzten Gebieten von Hand zu Hand gereicht wurde, beschreibt die „Vereinigte Nationale Führung“ des Aufstands ein Konzept des Nationalen Ungehorsams.¹ Streiks der in Israel arbeitenden palästinensischen Arbeiter und der Boykott israelischer Waren sollen die Besatzung für die Israelis zu einem kostspieligen Abenteuer machen.

Die Nationale Führung hat konkrete Listen von Konsumgütern erstellt, zu denen es eine palästinensische Alternative gibt. Fertigungsgüter z.B. soll nicht mehr aus Israel importiert werden. Es würden genug Stoffe in der Westbank produziert, die lokal verarbeitet werden könnten. Das würde zudem die heimische Wirtschaft stimulieren und alternative Arbeitsplätze für PalästinenserInnen schaffen, die ihre Arbeit in Israel aufgeben hätten.

Nach 1967 führten die Israelis eine Mehrwertsteuer und andere Verbrauchssteuern ein, die von den Händlern an die Besatzungsmacht abgeführt werden müssen. Seit März 1988 organisieren die Händlerkomitees in der Westbank und im Gaza-Streifen einen Steuerboykott. Besitzer von Fabriken und Werkstätten sind in Absprache mit der Nationalen Führung und den lokalen Komitees vom Steuerboykott befreit. Die drohende Schließung ihrer Unternehmen würde Arbeitsplätze gefährden und die Entwicklung der nationalen Industrie behindern. Aber gerade das ist die Voraussetzung zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrades und damit des Boykotts der israelischen Waren.

In den ersten Wochen der Intifada riefen die palästinensischen Organisationen noch zu einem Totalstreik aller in Israel arbeitenden Palästinenser auf. Diese Orientierung erwies sich jedoch als unrealistisch, da alternative Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts von zehntausenden Familien nicht vorhanden waren. Heute rufen die alle zwei Wochen erscheinenden Erklärungen der Nationalen Führung zu genau festgeleg-

ten Streiktagen auf, normalerweise ein bis zweimal in der Woche.

Nur diejenigen Palästinenser, die vor dem Aufstand in den jüdischen Siedlungen in der Westbank und im Gaza-Streifen ihr Geld verdienten, haben ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Trotzdem arbeiten die meisten Arbeiter nur so viel, bis sie das allernötwendigste zum Leben kaufen können. Wenn sie etwas Geld verdient haben, setzen sie für ein bis zwei Wochen aus – solange das Geld reicht.

„Natürlich hasse ich es, mich abzurrackern, um ihr Land statt mein eigenes Land aufzubauen. Zu Beginn der Intifada blieb ich zwei Monate zu Hause. Heute bleibe ich dann zu Hause, wenn die Führung zu einem Generalstreik aufruft. Ich muß meine Familie durchbringen. Sonst verhungern sie.“

Die Führung wird uns sagen, wann die richtige Zeit gekommen ist, alle Verbindungen zur Besatzungsmacht abzubrechen und nicht mehr in Israel zu arbeiten. Dann werde ich glücklich sein, dem zu folgen, auch wenn ich und meine Familie hungern müssen. Aber die Zeit ist noch nicht reif für so drastische Maßnahmen“, sagt ein Arbeiter aus Dheische.²

Ziviler Ungehorsam hat noch einen zweiten Aspekt. Er bedeutet das „vollständige Sich-Abnabeln von der Besatzungsmacht, die Weigerung, sich ihren Gesetzen zu beugen und mit ihren Organen zusammenzuarbeiten“, heißt es in dem oben erwähnten Papier.

Schon am 3. Februar 1988 hatte die Nationale Führung die von der Besatzungsmacht eingesetzten Dorfräte zum Rücktritt aufgerufen. Einen Monat später rief sie die bei der Besatzungsmacht beschäftigten Polizisten, Steuer- und Zollbeamten auf, dem Schritt zu folgen.

Am 27. Mai erging ein gleichlautender Aufruf an die Angestellten in den Zulassungsstellen für PKWs. Die Komitees sollen darüber wachen, daß die Leute Gebühren und Geldstrafen für Verkehren und andere Delikte nicht mehr zahlen. Befehle der Soldaten zum Beispiel, die Straße zu fegen, an Stromleitungen befestigte palästinensische Fähnchen abzumontieren, sollen verweigert werden.

Dieses „Sich-Abnabeln von der Besatzungsmacht“, die Demontage ihrer zivilen Institutionen geht einher mit der Ausweitung der Funktionen der Volkskomitees, der neuen Volksmacht. Die Strategie des zivilen Ungehorsams setzt einen möglichst hohen Grad an Selbstversorgung voraus. Der Entwicklung der palästinensischen Landwirtschaft kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Die Dörfer versorgen die Flüchtlingslager bei Ausgangssperren mit Lebensmitteln, Überschüsse werden an die Volkskomitees in die Städte geliefert, seit den mei-

sten Dörfern der Export nach Jordanien verboten wurde. Landwirtschaftskomitees stellen den Bauern Saatgut zur Verfügung.

Sie ermuntern auch die Städter, jeden Quadratmeter Boden zum Anbau von Gemüse und Küchenkräutern zu nutzen. Zur Förderung der Kleintierzucht geben die Landwirtschaftskomitees Zuchtkaninchen und Zuchthennen an Familien weiter. Der erste Nachwuchs geht als Entgelt an die Komitees zurück.

Die Komitees streben an, daß sich mehrere Familien in einer Straße oder einem Viertel gemeinsam eine Kuh zulegen, damit die Milchversorgung auch bei längeren Ausgangssperren gesichert bleibt. In Ramallah haben Volkskomitees auf ehemaligen Parkplätzen und leerstehenden Baugrundstücken kollektive Gemüseärten angelegt, die von Freiwilligen bearbeitet werden. Die Ernte geht an die Volkskomitees, die sie an Bedürftige verteilen.

„Zurück zur Hausökonomie“, dies ist eine der Devisen der Nationalen Führung.

Mit dem Verbot der Volkskomitees wollte die israelische Regierung verhindern, daß die PLO mit ihrer Hilfe das durch die jordanische Abkoppelung entstandene Machtvakuum füllt

Um Impulse zu geben, organisierte die Universität Bir Zeit im Sommer 1988 eine Ausstellung „Nationaler Produkte“: Eingelegte Weinblätter, Mixed Pickles, getrocknete Kräuter, Olivenseife und Silwani-Bonbons. Landfrauenkomitees organisieren Schnellkurse im Marmeladeeinkochen.

Die ersten Dörfer, die sich am Aufstand beteiligten, hatten besonders unter dem israelischen Gegenterror zu leiden. Sie wurden wiederholt zu geschlossenen Militärzonen erklärt. Dann kamen Soldaten, zerstörten die Wasser- und Stromleitungen, Außenwände von Häusern und Brunnen.

Die Besatzungsmacht glaubte, die Dörfer als schwächstes Glied aus der Solidarität des Aufstandes herausbrechen zu können. Aber jedesmal, wenn sich die Soldaten wieder zurückzogen, hißten die Bauern die palästinensische Fahne und erklärten sich zum „Befreiten Gebiet“.

Heute haben Wachkomitees an den Eingängen der Dörfer rund um die Uhr Stellung bezogen. Nähert sich eine israelische Militärpatrouille, warnen sie die Dorfjugendlichen, die sich in die Berge zurückziehen oder sie mobilisieren die sog. Verteidigungskomitees, die es inzwischen in fast jedem Dorf gibt. Sie verteilen Nägel auf den Zufahrtsstraßen,

Menschenrechtsverletzungen der Besatzer

Mehr als 333 Tote, davon 242 Erschossene, 28 durch Schläge oder Elektroschocks Getötete, 23 Tränengasopfer, 33 bei Verhören Getötete sowie über 45.000 teils schwerverletzte PalästinenserInnen — dies ist nur ein Teil der Schreckensbilanz israelischer Besatzungspolitik in der Westbank und Gaza nach nahezu einem Jahr Intifada. (Database Project on Palestinian Human Rights, Chicago, Zahlenstand 9.10.1988) Zum ersten Jahrestag der Intifada, dem 8. Dezember waren es 340 Tote. Hektisch suchten die israelischen Militärs weltweit nach immer wirkungsvolleren Abwehrmitteln, um den „Aufstand der Kinder“ zu zerschlagen. Internationale Menschenrechtskodexe, die auch Israel unterzeichnet hat, spielten dabei keine Rolle mehr.

Es begann mit dem Einsatz automatischer M-16-Gewehre mit **Hochgeschwindigkeitsmunition**: „Bei dieser Munition tritt die Kugel in den Körper ein, nicht aber wieder aus, zerbricht beim Aufschlag in einzelne Stücke, zersplittert die Knochen und bewirkt extensive Verletzungen an Muskeln, dem Gewebe und den inneren Organen.“ (ai-Dokumentation, Nr. 8/1988)

Die Änderung der Richtlinien über den Schußwaffengebrauch vom 21. März 1988 erlaubte eine unmittelbare Feuereröffnung auf mit Brandsätzen „bewaffnete“ PalästinenserInnen. Die Zahl der Erschossenen stieg sprunghaft an, löste weltweite Empörung, auch unter amerikanischen Juden, aus.

Israels „schlagkräftiger“ Verteidigungsminister Rabin ordnete eine neue Strategie an: „Gewalt, Entschlossenheit und Prügel.“ Bilder der israelischen **Knochenbrecherstrategie** gingen um die Welt, lösten Entsetzen und Protest aus. Rabins zynischer Kommentar: „Wie sollen wir sie sonst überzeugen? Sollen wir ihnen Blumen zuwerfen?“

Schließlich eröffnete die israelische Regierung einen chemischen Krieg in den besetzten Gebieten — mit massivem Einsatz von Tränen- und neuartigen CS-Gasen. „Sie versuchen, die nächste Generation von palästinensischen Kindern schon umzubringen, bevor sie überhaupt geboren sind“, kommentiert Umm Hassan die über 300 Fehlgeburten allein in Gaza seit Beginn des flächendeckenden Einsatzes von CS-Gas (siehe: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 20-21). Es sind insbesondere Kleinkinder unter sechs Monaten, ältere Menschen, Schwangere und ohnehin von chronischen Krankheiten Betroffene, die dem israelischen Gaseinsatz zum Opfer fallen.

Die seit August 1988 eingesetzten, ebenfalls lebensgefährlichen **Hartplastikgeschosse** sind dagegen in israelischen Augen human. Selbst die Verletzung und Tötung unbeteiligter, unbewaffneter ZivilistInnen, die aktive Initiierung von gewalttätigen Auseinandersetzungen von seiten der israelischen Armee sind

inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden.

Ein Stück Normalität israelischer Besatzungspolitik sind auch zahlreiche Formen von **Kollektivstrafen** wie die Sprengung von über 100 Häusern, wochenlange Ausgangssperren, das Abschneiden ganzer Dörfer von der Wasser- und Stromversorgung, die Zerstörung agrarischer Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung (z.B. Vernichtung von Ernten, Entwurzelung von Olivenbäumen). Dies sind von der Weltöffentlichkeit weniger beachtete, eindeutige Verletzungen der 4. Genfer Konvention von 1947 über den „Schutz der Zivilbevölkerung“ im Kriegsfall, die auch Israel unterzeichnet hat. Eindeutige Menschenrechtsverletzungen stellen auch die Fälle der mehr als 4.000 in **Administrativhaft** genommenen PalästinenserInnen, die Zahl von bis September 1988 18.000 meist ohne Anklage oder Gerichtsprozeß Inhaftierten, die psychische und physische Folterung Festgenommener dar (vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, u.a. Art. 10, 12, 17).

3.500 palästinensische Gefangene befinden sich derzeit allein im Lager Ansar III in der Negev-Wüste unter unmenschlichen Bedingungen (siehe: Bericht von Felicia Langer). Ohne irgendwelche juristischen Formalitäten verhaftet, sind sie neben Ratten, Skorpionen und Insekten in kleinen Zelten zusammengepfercht, Temperaturschwankungen von 45° täglich, Hunger, Durst, physischer und psychischer Folter ausgesetzt.

Aber auch Teile der palästinensischen Bevölkerung, die der Verhaftung, Tötung und Folter bisher entgehen konnten, sind tagtäglich mit Menschenrechtsverletzungen und Besatzerwillkür konfrontiert. Zivile medizinische und soziale **Einrichtungen**, Wohlfahrtsverbände, Forschungsinstitute und Schulen werden willkürlich oder bei geringsten Anlässen wie friedlichen Demonstrationen für Wochen, Monate oder unbestimmte Zeit **geschlossen**. Medien, Presseorgane und Druckereien werden massiv in ihrer Arbeit behindert, zensiert oder für Monate und Jahre geschlossen.

Schon bald nach Beginn der Intifada wurden die massiven israelischen Menschenrechtsverletzungen im besetzten Palästina ständiges Thema der UNO und ihrer Sonderkommissionen. Am 3.11.1988 nach die UN-Vollversammlung eine Resolution an, die „Israels ständige Politik und Praxis der Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem palästinensischen Volk“ verurteilte. Immer wieder jedoch sind es die USA, die durch ihre permanente Veto-Politik im UN-Sicherheitsrat (so jüngst Anfang Februar 1988) wirksame Maßnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung verhindern und dem israelischen Besatzerregime den Rücken stärken.

Ingrid El-Masry

Um eine unabhängige Wirtschaftsentwicklung und die Versorgungsgrundlage zu verhindern, hat die Besatzungsmacht einen regelrechten Wirtschaftskrieg gegen die palästinensischen Dörfer eröffnet.

In 14 Dörfern in der Gegend von Tulkarem, Hebron und Nablus wurde den Bauern die Olivenernte verboten. Oliven sind ein wichtiges Grundnahrungsmittel für die PalästinenserInnen. Brot in Olivenöl und Gewürze getunkt ist schon ein bescheidenes Frühstück oder Abendbrot. In Olivenöl werden Auberginen oder Bohnen für den Winter eingelegt. Der Olivenanbau ist zudem der wichtigste Wirtschaftszweig in der Westbank.

Mehrere Olivenpressen wurden geschlossen oder durch die Verdoppelung der Steuern von 12.500 auf 25.000 \$ in den Ruin getrieben. Lastwagen, die bei der Olivenernte eingesetzt werden sollten, wurden beschlagnahmt.

Schon im Sommer 1988 hatte die Besatzungsmacht in Hebron die Weintrauben- und in Nablus die Feigenernte verboten. Wochenlange Ausgangssperren über den Dörfern in der Gegend von Qalqilya und Tulkarem ließen die Früchte auf den Bäumen verderben. Schafe und Ziegen verdursteten, weil die Bauern sie nicht zur Tränke führen konnten.

In anderen Dörfern wurden Weizen- und Linsfelder verbrannt. Allein bis Juni 1988 vernichteten Besatzungssoldaten über 12.000 Obst-, Nuß- und Olivenbäume. Der israelische Landwirtschaftsminister Arie Nachmahain drohte, er werde all denjenigen den Export verbieten, die mit den Volkskomitees zusammenarbeiten. Es sei inzwischen offensichtlich, daß „feindliche Elemente“ die Agrarorganisationen beherrschen.

In Jerusalem wurde ein Seminar der „Gesellschaft für Entwicklung“ verboten. Begründung: Die Gesellschaft führe Untersuchungen über den Aufbau eines parallelen Marktes durch.³

Heute gibt es überall und für alles Komitees. Sie regeln den Verkehr und schlichten Streitigkeiten. Als Reaktion auf die ständigen Schulschließungen haben Lehrer- und Schülerkomitees ein System von „Volksbildung“ aufgebaut. Die Kinder werden in Gruppen zusammengefaßt und in Privathäusern von ihren Lehrern oder Freiwilligen unterrichtet. Auch Politik, palästinensische Geschichte und Geographie — bislang in den Schulen verboten — stehen auf dem Lehrplan. Die Volksbildung bietet auch für Erwachsene Alphabetisierungskurse und politische Bildung an.

Die Frauenkomitees sind heute fast so etwas wie Sozialämter. Schon vor dem Aufstand wurde die Sozialarbeit im wesentlichen von Frauenorganisationen getragen. Sie unterhalten Kindergärten,

betreuen bedürftige Familien und schufen in Stickereiprojekten und Schneiderkooperativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen.

Seit Beginn der Intifada kamen neue Aufgaben hinzu: Betreuung der Familien von Märtyrern und Verhafteten. In Ramallah führten Frauenkomitees eine Volkszählung durch. Sie haben genaue Aufstellungen über sozial benachteiligte und kinderreiche Familien. Sie wissen, wo Kranke und Alte zu betreuen sind. In Zusammenarbeit mit den Gesundheitskomitees registrierten sie die Blutgruppen der Einwohner, damit sofort mögliche Blutspender für Schwerverletzte ausgemacht werden können.

Auf die Frage, ob die Intifada nicht den Leuten ungeheure Opfer abverlangt, meinte ein Journalist aus Jerusalem: „Eigentlich geht es uns heute besser. Sicherlich können wir uns keine Luxusdinge wie Fernsehapparate oder neue Autos mehr erlauben. Aber es gibt jetzt so etwas wie ein Netz sozialer Sicherheit. Niemand braucht mehr zu hungern oder sich den Kopf zu zerbrechen, wo er morgen für seine Kinder etwas zu essen herbekommt.“

Die Gesetze der Nationalen Führung garantieren auch den Arbeitern in palästinensischen Unternehmen ein Mindestmaß an sozialen Rechten: Lohnfortzah-



Die Familie Abu-Samil Assas vor den Trümmern ihres Hauses in Obeidiyah, nahe Bethlehem. Israelische Bulldozer hatten es um Mitternacht niedergewalzt — als Kollektivstrafe gegen die Dorfbewohner

lungen an Streiktagen, Verbot von Lohnsenkung und Entlassungen und „freie gewerkschaftliche Betätigung“. Hausbesitzer sind aufgefordert, die Mieten um 25% zu senken.

Ziviler Ungehorsam ist keine Alternative zur Militanz. In den meisten Dörfern und Städten gibt es inzwischen so etwas wie sog. Kampfgruppen, die sich selbst als „Kern der Nationalen Volksarmee“ verstehen. In ihrem täglichen Trainingsprogramm üben sie, Besatzungssoldaten mit Messern, Äxten und Molotowcocktails anzugreifen.

Sie kontrollieren Fremde, die in den Ort



Von einer israelischen Militärpatrouille im Gaza-Streifen festgenommener „Verdächtiger“

wollen und zerstören Telefon- und Stromleitungen der Siedlungen. Sie öffnen mit Gewalt die von der Besatzungsmacht geschlossenen Schulen und verlesen die neuesten Nachrichten über die Lautsprecher der Moscheen.

Am 23. September marschierten 200 Mitglieder der Kampftruppen mit Äxten und Schlagstöcken bewaffnet, das Gesicht durch die traditionelle Kuffieh bedeckt im militärischen Stechschritt durch die Innenstadt von Nablus. Die Leute warfen vom Straßenrand zur Begrüßung Reis auf „ihre Soldaten“. Ähnliche Militärparaden wiederholten sich in anderen Städten.

Die Herausbildung staatsähnlicher Strukturen in den besetzten Gebieten stellt die Legitimität der Besatzung zunehmend in Frage. Aus diesem Grund sind die Komitees heute Hauptziel-scheibe der israelischen Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung).

Am 31. Juli 1988 hob König Hussein die jordanischen Bindungen zur Westbank auf. Die Souveränität über die besetzten Gebiete stünde allein dem palästinensischen Volk zu. Die Nationale Führung wertete den jordanischen Schritt trotz mancher negativer Begleiterscheinungen — die bislang von Jordanien bezahlten

Beamten wurden arbeitslos oder frühzeitig in Rente geschickt — als einen der größten Erfolge der Intifada und forderte die Volkskomitees auf, das entstandene Machtvakuum auszufüllen. Genossenschaften und soziale Institutionen, die bislang von Jordanien verwaltet wurden, unterstellten sich der Nationalen Führung bzw. den örtlichen Komitees. Am 18. August verbot der israelische Kriegsminister Rabin die Komitees: „Jeder, der in einem der Komitees arbeitet oder deren Arbeit unterstützt, wird vor Gericht gestellt. Wir sehen, daß es die Volkskomitees sind, die versuchen, die Ereignisse voranzutreiben und zu zementieren.“

Wir werden vor den Versuchen, die öffentliche Ordnung zu stören, nicht kapitulieren. Ohne die Volkskomitees könnte die PLO das Machtvakuum, das durch die jordanischen Maßnahmen entstanden ist, nicht füllen.“⁴

Am 7. September überfallen Soldaten die Stadt Qalqilya. Nach Ansicht der Besatzungsmacht sind hier die Volkskomitees besonders aktiv. Die Stadt wird für acht Tage abgeriegelt. Soldaten suchen systematisch nach Aktivisten der Komitees. 200 Männer werden verhaftet. Die israelische Armeeführung spricht von einem großen Erfolg.

Doch schon am nächsten Tag sieht man überall Parolen der örtlichen Komitees an den Häuserwänden. Selbst der Chef des israelischen militärischen Geheimdienstes, General Amran Scharok, räumte ein, daß es unmöglich sei, die Komitees zu zerschlagen: „Jedesmal, wenn wir einen Verantwortlichen verhaften, nimmt ein anderer seinen Platz ein.“⁵

Absurde neue Verwaltungsvorschriften sollen beweisen, daß die israelische Zivilverwaltung die Westbank und den Gaza-Streifen noch unter Kontrolle hat. Alle Bewohner des Gaza-Streifens müssen z.B. ihre Ausweise umtauschen. Wer dem nicht Folge leistet, muß 5.000 Schekel Strafe zahlen oder kommt für fünf Jahre hinter Schloß und Riegel.

Autobesitzer wurden gezwungen, ihre Nummernschilder auszutauschen. Die neuen Kennschilder kosten zwischen 200 und 260 \$. Damit soll ein Teil der Ausfälle durch den Steuerstreik ausgeglichen werden.

In der Westbank müssen Autofahrer seit neuestem immer Taschenlampen und Kreide im Auto haben. Sie könnten ja nachts in einen Unfall verwickelt werden und müßten dann die Unfallstelle ausleuchten und markieren. Wer ohne diese Utensilien in eine Militärkontrolle gerät, muß hohe Strafen zahlen.

Und selbst, wenn er sie hat, fragt der kontrollierende Soldat nach irgendetwas anderem, z.B. nach einem Besen. Es könnte ja Glas zu Bruch gehen und dann müßte er schließlich die Straße fegen.

so daß die Jeeps das Dorf nicht erreichen können.

Auf den Flachdächern der Häuser haben die Bauern Unmengen von Steinen deponiert. Wenn Soldaten die engen verschlungenen Gassen der Dörfer durchkämmen, fliegen ihnen von überallher Steine auf die Köpfe — eine Methode, die

schon im islamischen Mittelalter wirkungsvoll gegen fremde Eroberer angewandt wurde. 200 Bewohner des Dorfes Kafr Malik stehen auf Fahndungslisten der Besatzungstruppen. Seit fünf Monaten ist der Ort von der Armee umzingelt, der es nicht gelang das „befreite Dorf“ einzunehmen.

Wer ins Ausland reisen will, wer etwas im- oder exportieren will oder wer einen neuen Job sucht, muß tagelang vor den Büros der Zivilverwaltung nach Bestätigungen Schlange stehen, daß er seine Strom- und Wasserrechnung bezahlt hat, daß er nicht vorbestraft ist und alle ausstehenden Steuerschulden beglichen hat. Am 19. Juni rief die Nationale Führung zum totalen Boykott der Militäradministration auf. Trotzdem warteten in den Dörfern um Ramallah lange Menschen-schlangen vor den Büros der Zivilverwaltung. Am Vortag hatten Soldaten bei Straßensperren Hunderte von Ausweisen und Nummernschildern beschlagnahmt und die betroffenen PalästinenserInnen ausgerechnet am 19. Juni bestellt, um sie wieder abzuholen. Aber heißt das, daß die Leute tatsächlich bereit sind, mit der israelischen Zivilverwaltung zu kooperieren, wie die Armeespitze aus dem Vorfall schlußfolgerte?

„Es gibt kein Zurück.“ – Dieser Satz ist überall in den besetzten Gebieten zu hören. Nie wieder wollen sich die Menschen mit Unterdrückung und Demütigung arrangieren wie vor dem 8. Dezember 1987. Die Intifada hat ihnen ihr Selbstbewußtsein, ihre Identität zurückgegeben. Und sie hat unter der Besatzung eine neue, demokratische Gesellschaft geschaffen.

Die Proklamation des palästinensischen Nationalstaates hat eine neue Phase des Kampfes eingeleitet und das politische Programm des 19. Nationalrats von Algier (siehe Beitrag von W. Brönnner) hat diesem Kampf die notwendige realistische und einlösbare Perspektive gegeben. Die Vereinigte Nationale Führung hat die Beschlüsse als „Ausdruck des verantwortungsvollen Handelns mit der Intifada begrüßt. Der PNC hätte die Früchte der Intifada positiv in der Unabhängigkeitserklärung und einem klaren politischen Programm umgesetzt.“

Er hätte „die durch die Intifada geschaffene historische Chance des palästinensischen Volkes ergriffen, das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat zu einer Realität zu machen.“

Die Beschlüsse sind kein billiges Zugeständnis, wie manche meinen. Sondern sie haben revolutionär und mit Realismus und Verantwortungsbewußtsein den Lügen unseres Feindes einen Riegel vorgeschoben und können dem Leiden unseres Volkes im 'Innern' wie auch im Exil ein Ende setzen.“⁶

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Al-Hurriah, Nikosia/Damaskus, 26.6.1988, S. 8ff.
- 2) Middle East Report, Washington, November-Dezember 1988, S. 40
- 3) Nach: Al-Hurriah, 4.9.1988
- 4) Zit. nach: ebenda, 21.8.1988
- 5) Zit. nach: ebenda, 17.7.1988
- 6) Ebenda, 4.12.1988

Janet Bruin

Samstag in Ramallah

Bericht einer jüdischen Augenzeugin



Im Sommer 1988 weilte Janet Bruin, eine in Genf lebende schweizerisch-nordamerikanische jüdische Journalistin, in der besetzten Westbank. Ihre Erlebnisse und Gespräche in Ramallah veranlaßten sie, den folgenden Bericht zu verfassen.

Ich erholte mich gerade mit Freunden in einer luftigen Wohnung im zweiten Stock als die glühendheiße Sommersonne über Ramallah unterging. Die Unterhaltung drehte sich um die israelische Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens und um den palästinensischen Aufstand für Selbstbestimmung und Gerechtigkeit.

Mohammed, ein 32 Jahre alter Lehrer, hatte mir gerade von dem zwei Tage langen Generalstreik erzählt, der den Beginn des achten Monats des Aufstands kennzeichnete. „Die Leute sind aus Solidarität mit dem Streik zu Hause geblieben. Und weil alles so ruhig ist, scheint es, als ob sich die israelischen Soldaten einen Feiertag genommen haben,“ scherzte er.

Er hatte die Worte kaum ausgesprochen, als wir einen israelischen Militärjeep die nächste Straße herauffahren sahen. Ein Kind hatte augenscheinlich einen Stein auf das Fahrzeug geworfen, und als der Jeep sich den Hügel hinaufarbeitete, begannen Leute zu rennen und zu schreien. Zu unserer großen Erleichterung fuhr der Jeep schnell weg. Er kam aber einige Minuten später wieder und hielt direkt vor dem Haus, in dem wir saßen. Die

Soldaten dachten wahrscheinlich, der Steinwerfer sei in unser Gebäude gerannt.

Innerhalb von Sekunden hallten die Treppen wider von lauten Stimmen und schweren Stiefeln. Wir hörten, wie eine Tür eingeschlagen wurde, und das Geräusch von zersplitterndem Glas. Das Trampeln von Stiefeln auf der Treppe kam näher, die Stimmen der Soldaten wurden lauter.

Eine weitere Tür wurde eingetreten und mehr Glas zerschlagen. Ich saß zwischen zwei Kindern, die vor Angst zitterten, hielt sie fest, um ihnen das wenige an Trost und Schutz zu geben, was ich konnte. Dies war das erste Mal, daß israelische Soldaten in ihr Haus kamen, und es war schrecklich.

Die Stiefel und Rufe wurden lauter als die Soldaten in die Wohnung im dritten Stock einbrachen und schließlich unsere Tür mit Gewalt öffneten. Mit Gewehren und Knüppeln bewaffnet stürmten drei junge Männer herein und befahlen Mohammed, mit ihnen zu kommen. Mit höflicher Stimme fragte er, warum. Sie schlugen ihn ins Gesicht und mit einem Knüppel in den Unterleib, wobei sie brüllten: „Frag uns nicht, warum. Wir sind Soldaten. Wir können Leute schlagen. Wir können Sachen zerstören.“

Es gab nichts, was irgendjemand von uns hätte tun können, um sie daran zu hindern, mit Gewalt in dieses private Heim einzudringen, oder um Mohammed, der keinerlei Verbrechen begangen hatte, vor der Gewalt zu schützen, die gegen ihn ausgeübt worden war. Der Versuch, Leute zurückzuhalten oder überzeugen zu wollen, die dermaßen aufgehetzt sind, hätte sie dazu provozieren können, die restlichen von uns zu schlagen oder auf sie zu schießen.

So saß ich also da und hielt die Kinder fest, deren Herzen so wild schlugen wie mein eigenes, und fühlte mich machtlos, verletzlich, wehrlos, ungeschützt und hatte große Angst.

Sie führten Mohammed aus dem Haus, aber er wurde nicht in Handschellen gelegt, und zu unserer großen Erleichterung gelang es ihm, zu entkommen. Ich war so aufgeregt wegen der möglichen Rückkehr der Soldaten, daß beschlossen wurde, mich zur Wohnung eines anderen Freundes in einem ruhigeren Teil der Stadt zu bringen.

Als ich dorthin kam, saß Mohammed



Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw.. In Heft 3/88 hatten wir auch einen Schwerpunkt zur kommunalen Dritte-Welt-Politik.

Ein Nachrichten- und Magazineinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 42,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

AKP
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

unter den Gästen. Er sagte, daß diese Soldaten besonders bestialisch waren, und daß es sehr schwer gewesen sei, nicht wütend zu werden – sowohl wegen der ungerechten, unmenschlichen Behandlung ihm gegenüber als auch wegen seiner eigenen Unfähigkeit, sich selbst zu verteidigen. Die Erfahrung hat ihn jedoch gelehrt, daß sie jemanden, der zurückschlägt, schlimmer behandeln oder ins Gefängnis bringen. Und er hatte genug von Schlägen und Verschleppung.

„Gewöhnliche Vorfälle“, sagte er sachlich. „Das passiert Männern, Frauen und Kindern in den Flüchtlingslagern, in unseren Städten und Dörfern, und in privaten Wohnungen jeden Tag.“

Wir setzten uns zum Abendessen hin, und bevor wir fertig waren, bemerkten wir, daß auf der Straße israelische Soldaten erschienen waren. Wie sollte es anders sein, sie kamen zum Haus. Bewaffnet und uneingeladen, aber ohne sich gewaltsam aufzuführen, kamen sie in die Wohnung, um jemanden zu finden, der Steine wegräumen sollte, die draußen auf die Straße gelegt worden waren. Ihre Wahl fiel auf Mohammed, sie fragten ihn nach seinem Personalausweis und begannen, ihn mit zu ihrem Jeep zu nehmen. Das war wieder völlig willkürlich. Wir restlichen folgten und setzten uns für seine Freilassung ein.

Einer aus unserer Gruppe, ein amerikanischer jüdischer Arzt, sagte: „Ich habe diesen Mann eingeladen, mit mir zu Abend zu essen. Sie können ihn doch nicht einfach wegbringen. Er hat nichts getan.“ Ich warf ein, daß wir noch beim Essen wären, und nahm Mohammed bei der Hand, um ihn zum Haus zurückzubegleiten. Weil diese Soldaten zugänglich waren, und wegen unseres Dazwischentretens, wurde Mohammed für dieses Mal verschont.

Mit bemerkenswerter Gemütsruhe berichtete er über die Besetzung: „Einige der Soldaten sind fast unmenschlich. Ihre Ausbildung fördert kein freies Denken oder Diskussionen. Viele von ihnen hassen die Araber und rufen zum 'Transfer' der palästinensischen Bevölkerung auf. Aber wir wissen, daß Israel auch andere Gesichter hat.“

Wir wissen, daß es Israelis gibt, die die Besetzung als Widerspruch zu den hohen sittlichen Werten des jüdischen Volkes betrachten, das entsetzliche Brutalität und Völkermord unter den Händen der Nazis erlitt.“

Die Menschen beginnen sich zu fragen, was falsch gelaufen ist. Während ich in Israel war, stellte Präsident Herzog in einer Rede über die Lage in israelischen Krankenhäusern fest, daß „die israelische Gesellschaft einen Prozeß der Brutalisierung, der Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leiden durchmacht“.

Ein gerade vom Militärdienst in Gaza zurückgekehrter Reserveoffizier, erschüttert vom Ausmaß der Gewalt, die von der Armee gegen PalästinenserInnen angewandt wird, schätzte, daß die Israelis nur von 10-15% der Scheußlichkeiten wissen. Nur sehr wenige kennen das gewaltige Ausmaß, in dem das Völkerrecht und die grundlegendsten Menschenrechte verletzt werden.

Es gab in Israel eine ausgesprochene politische Polarisierung. Diejenigen, die die Politik der eisernen Faust unterstützen (wie z.B. die faschistische Kach-Partei unter Führung des Rabbi Kahane) gewinnen Zuwachs. Kürzlich wurde eine neue politische Partei gebildet, die sich für die Aussiedlung der gesamten arabischen Bevölkerung ausspricht.

Die Friedensbewegung gewinnt ebenfalls an Boden, da mehr und mehr Menschen zur Beendigung der Besatzung und zu Verhandlungen mit der PLO aufrufen. Sie sind verwirrt vom Tod, dem Leiden und den großen Ungerechtigkeiten, die ihre Regierung und ihr Militär dem palästinensischen Volk zufügen. Sie befürchten, daß diese sich steigernde Brutalität die moralischen Grundlagen der israelischen Gesellschaft zerstört. Es wird auch befürchtet, daß die internationale Gemeinschaft, die einst so großen Anteil an den Leiden der Juden nahm, daß sie den Staat Israel als Versicherung gegen den Völkermord schuf, nun mit dem Zeigefinger droht.

Im Gegensatz zu dem, was einige uns glauben machen wollen, ist die Wende in der Meinung der Weltöffentlichkeit nicht auf Antisemitismus zurückzuführen. Wenn man/frau im Fernsehen sieht, wie israelische Soldaten palästinensischen Kindern die Knochen brechen, oder wenn man/frau von Bulldozern liest, die Menschen lebendig begraben, so ist das genug, sogar die ergebensten Anhänger Israels dazu zu bringen, den Sinn des israelischen Expansionismus in Frage zu stellen.

Wenn es auch Antisemitismus tatsächlich gibt, der aufgedeckt und ausgerottet werden muß, zusammen mit allen anderen Formen haßerfüllter rassistischer

Israelische Soldaten bei der Festnahme eines palästinensischen Jugendlichen in Ramallah



Ideologien, wird dieser Anklagepunkt dazu benutzt, jeden zum Schweigen zu bringen, der die israelische Politik kritisiert.

Ich kenne das. Weil ich mich gegen die Besetzung wandte, wurde ich einmal der Tötung von 6 Mio Menschen beschuldigt. Da ich Jüdin und Friedensaktivistin bin, fand ich das besonders erschreckend und unfair. Aber die Erfahrung machte mich für viele Jahre vorsichtig bei dem, was ich und wem ich es sagte. Das ist jetzt vorbei.

Der Ernst der heutigen Lage und ihre Folgen für den Weltfrieden machen Schweigen zu einem Verbrechen. Ich ergreife das Wort, wo immer ich kann. Und oft danken mir die Leute dafür, daß ich Gedanken zum Ausdruck bringe, die sie teilen, aber noch immer nicht auszusprechen wagen. Es verwundert mich, wie lange gute Menschen weiterhin sagen, sie hätten von nichts gewußt.

Mohammed sprach wohlwollend von einem jungen jüdischen Lehrer, dessen Brief an Verteidigungsminister Rabin in der „Jerusalem Post“ abgedruckt wurde. Er schrieb, daß er sich der Praktiken der israelischen Armee schäme und kündigte seine Weigerung an, jenseits der „grünen Linie“ Militärdienst zu leisten.

„Das ist das 'andere Gesicht Israels'“, sagte Mohammed, „eines, von dem wir wissen, daß es vorhanden ist, das aber immer schwerer zu sehen ist, da die israelische Unterdrückung zunimmt. Die meisten PalästinenserInnen wollen einen unabhängigen Staat neben Israel. Deshalb müssen wir mit ihnen reden.“

Wenn wir das einmal können, werden wir in der Lage sein, alle Probleme in einer Weise zu lösen, die für unsere beiden Völker annehmbar ist. Wir wissen, daß es Palästinensern und Juden möglich ist, Nachbarn zu sein und in Frieden zu leben.“

Es gibt Alternativen zu fortwährender Gewalt und Militarisierung, und sie müssen bald verwirklicht werden – bevor diese Politik zu Völkermord, Selbstmord und allgemeinem Mord und Totschlag führt. Die Besetzung muß aufhören. Israel muß sich auf seine Grenzen zurückziehen, die vor dem Junikrieg 1967 bestanden.

Das palästinensische Volk muß seinen eigenen Staat auf der Westbank und im Gaza-Streifen haben. Alle Beteiligten des Konfliktes, einschließlich der PLO, müssen zusammenkommen, um diese und andere offenstehenden Fragen zu besprechen, einschließlich des Status von Jerusalem.

Eine internationale Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ist der einzige Weg, Frieden und Gerechtigkeit für beide Völker zu schaffen. Sie muß bald abgehalten werden, bevor es zu spät ist.

Karim El-Gawhary

Unabhängige Landwirtschaft im Werden

„Intifada“, das sind in der Vorstellung des Fernsehzuschauers die Bilder von brennenden Autoreifen und steinwerfenden Jugendlichen. Dazwischen die mittlerweile als alltägliche Routine angesehenen Meldungen von erschossenen PalästinenserInnen – rund 340 an der Zahl.

Doch neben diesen täglichen Ereignissen, die immer mehr von den vordersten in die letzten Seiten der Zeitungen rücken, vollziehen sich unbemerkt von unseren Medien tiefgreifende Veränderungen. Auch sie sind ein Teil der Intifada. Und sie zeugen von einer neuen Qualität des Aufstands.

Die Landwirtschaft ist immer noch ein wichtiger Sektor der Wirtschaft der besetzten Gebiete. 27% der Bevölkerung der Westbank arbeiten in der Landwirtschaft. 18% sind es im Gaza-Streifen.

Kollektivstrafen der israelischen Militärs, die auf die Schädigung der Landwirtschaft zielen, sind alltäglich: Diesem Bauern in Ramallah zersägten sie die Olivenbäume

Früher war die Landwirtschaft der Hauptarbeitgeber in den besetzten Gebieten.

Doch mit der Besetzung der Gebiete 1967 durch Israel wurden die Einwohner nach und nach gezwungen, die Landwirtschaft an den Nagel zu hängen und sich nach anderen Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, umzusehen. Meist pendeln sie heute als Lohnarbeiter zwischen den besetzten Gebieten und Israel hin und her. Für Israel bilden sie ein Reservoir an billigen Arbeitskräften.

Diese Entwicklung wurde seit 1967 konsequent von den israelischen Besatzern forciert, indem sie die Grundlagen für eine palästinensische Landwirtschaft zerstörten. Das Hauptinstrument ist hierbei die Beschlagnahme von Land. Doch auch andere Methoden wie Restriktionen beim Brunnenbau und das Ableiten des kostbaren Wassers in die israelischen Siedlungen taten das ihrige.



Die Exporte von landwirtschaftlichen Produkten unterliegen starken Einschränkungen. Gleichzeitig können israelische Produzenten ihre Überschüsse subventioniert auf den Märkten der besetzten Gebiete anbieten. Dieser Konkurrenz ist die palästinensische Landwirtschaft nicht gewachsen.

Eine landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie für die besetzten Gebiete existiert nicht. Dafür wäre normalerweise die Regierung zuständig. Doch die zeigt daran keinerlei Interesse.

Während der Intifada ergriff die israelische Regierung zusätzliche Maßnahmen, die dem landwirtschaftlichen Sektor schaden. Nach dem Streik der palästinensischen Ladenbesitzer zwang die israelische Armee diese, ihre Läden geschlossen zu halten.

Betroffen sind davon nicht nur die Läden, die landwirtschaftliche Produkte verkaufen. Auch die Anbieter von Saatgut und landwirtschaftlichen Geräten unterstehen dieser Zwangsmaßnahme. Als Ergebnis ist die Versorgung zwischen dem Land und den Städten und Lagern gestört.

Ebenso wurde der Transport von Geräten und Saatgut behindert. Wiederholt hat Israel den Verkehr zwischen den besetzten Gebieten verboten. Ausgangssperren haben die Bauern daran gehindert, ihre Ernte einzubringen oder ihre Felder zu bestellen.

Als Kollektivstrafe wurde eine große Anzahl von Obst- und Olivenbäumen von israelischen Bulldozern niedergewalzt. Allein im Dorf Qatana wurden mehr als 2.000 Bäume ent wurzelt. Der Bulldozer wurde zum Sinnbild der israelischen Besetzung.

Ebenso wurde die Einfuhr von für die Landwirtschaft wichtigem Kapital erheblich erschwert. Notwendige Investitionen können oft nicht mehr getätigt werden.

Als Antwort auf diese Maßnahmen bildeten sich überall in den Dörfern und Lagern lokale Komitees. Schon vor fünf Jahren gründete sich das Palästinensische Landwirtschaftliche Hilfskomitee (PARC). Mehr als 100 Landwirtschaftsingenieure haben es sich hier zur Aufgabe gemacht, freiwillig die palästinensische Landwirtschaft durch unterschiedliche Maßnahmen zu unterstützen. Das Komitee gibt technische Hilfe für kleine Bauern. Es erklärt ihnen wirksamere Anbaumethoden und hilft, die Produktionskosten zu senken und die

Erträge zu maximieren.

Mit Beginn der Intifada erlangte dieses Komitee eine erhöhte Bedeutung. Es koordiniert nun die lokalen Dorfkomitees. Öffentliche Vorlesungen, in denen neue Techniken erörtert werden, sind nur ein Teil der neuen Aktivitäten. Daneben werden Saatgut und landwirtschaftliche Geräte zum Selbstkostenpreis vermittelt.

Doch das wichtigste ist die Förderung der lokalen Komitees, die sich überall in Städten, Lagern und Dörfern neu gegründet haben. Sie halten die Versorgung innerhalb der Gemeinschaft aufrecht. Bauern haben sich organisiert, um ihre Produkte direkt in die Städte und Lager zu verkaufen.

Freiwillige Arbeitskomitees sprießen wie Pilze aus dem Boden. Oft bestehen diese Arbeitskomitees aus den Nachbarn einer Straße. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, möglichst viel Land neu zu kultivieren. Selbst mitten in den Städten und Lagern werden kleine, seit Jahren leerstehende Parzellen umgegraben und bepflanzt.

Familien stellen ihren Baugrund zur Verfügung. Jeder verfügbare Platz soll genutzt werden. Das Motto lautet: Möglichst viel lokale Produktion für den lokalen Markt, um so eine relative Unabhängigkeit von israelischen Importen zu erlangen. Und die machen immerhin 90% aller in den besetzten Gebieten importierten Waren aus.

Die PARC-Komitees vermitteln zwischen den Landkomitees, die ihre Produkte verkaufen wollen und den Komitees, die sich für die Verteilung in den Lagern und Städten verantwortlich erklärt haben.

Für diesen Bereich der Vermarktung wurde 1987 zusätzlich die Vereinigte

Landwirtschaftsgesellschaft (UAC) gegründet. Das ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das keine Profite erwirtschaftet und nur die anfallenden Kosten in Rechnung stellt. Es konzentriert sich auf den lokalen Markt.

Momentan werden noch geringe Mengen, ein paar hundert Tonnen landwirtschaftlicher Produkte, auf diesem Weg auf den lokalen Markt gebracht. Doch der Erfolg überzeugte alle Beteiligten, diesen Bereich weiter auszubauen.

Noch gibt es große Probleme. Die Bauern können oft zu Beginn der Saison ihr Saatgut und ihre Geräte nicht finanzieren. Sie sind gezwungen, Kredite bei sog. Kommissionsagenten aufzunehmen und ihre Produkte über diese zu vermarkten, anstatt sie der UAC zu überlassen. Aus diesem Grund sollen zur nächsten Saison auch Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der EG, die auch eine Vermarktung und einen direkten Export der Produkte ohne israelische Firmen ermöglichen sollen. Die Gewinne sollen hier, anstelle der Mittelsfirmen, direkt den Bauern zukommen.

Mit diesen tiefgreifenden Umstrukturierungen der Landwirtschaft bekommt auch die Intifada eine neue Qualität, die sie braucht, um den längeren Atem zu behalten. Die neuen Komitees und Initiativen zielen darauf ab, die landwirtschaftliche Produktion und die Vermarktung der Produkte wieder in eigene, in palästinensische Hände zu nehmen.

Der landwirtschaftliche Sektor nimmt hiermit direkt an der Intifada teil. Damit ist eine Entwicklung eingeleitet, die selbst eine neue israelische Regierung nicht ohne weiteres rückgängig machen kann.

Spendenaktion für ein palästinensisches Kühlhaus in Gaza

Die Soziale Hilfsorganisation Najdeh e.V. führt in Zusammenarbeit mit den „Palestinian Women's Work Committees“ im Gaza-Streifen ein Kühlhausprojekt durch.

Eines der Hauptprobleme der palästinensischen Bauern im Gaza-Streifen sind die mangelnden Lagerkapazitäten für ihre Produkte. Daher sind sie oft gezwungen, ihre Waren zu Dumpingpreisen an Israel zu verkaufen. Hier setzt das neue Projekt in Abasan an.

Mit Hilfe eines Kühlhauses für Obst und Gemüse sollen in erster Linie die Bewohner dieser Region mit landwirtschaftlichen Produkten das ganze Jahr über versorgt werden. Daneben wird die Infrastruktur zum Vertrieb der Waren durch dieses Projekt erheblich verbessert. Die Nahrungsmittel können zu günstigen Preisen angeboten werden, da das Projekt nicht gewinnorientiert ist. Mit diesem Projekt soll die lokale Vermarktung gefördert werden.

Die Zielgruppe dieses Projekts sind 12-15

Frauen aus der Region Abasan. Sie sollen in diesem Kühlhaus Arbeit finden. Das Projekt soll diese Frauen aus einkommenschwachen Schichten in den Arbeitsprozeß integrieren. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Region ein großes Problem. Besonders betroffen hiervon sind die Frauen, die aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen nur einer Teilzeitarbeit nachgehen können.

Das Projekt hilft also, die Versorgung der Region unabhängig von Israel zu verbessern. Gleichzeitig verbessert es die soziale Lage der dort beschäftigten Frauen und ihrer Familien. Die „Women's Works Committees“ haben bereits andere Projekte dieser Art erfolgreich durchgeführt. Die Verwaltung des Projekts soll von den dort arbeitenden Frauen in eigener Regie übernommen werden.

Spenden an: SHO Najdeh e.V., Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1, Postgiro Köln, Kto.Nr.: 999 07-501, Stichwort: Kühlhausprojekt



Interview mit Jumanah Odeh

Die medizinischen Hilfskomitees sind lebenswichtig

Israels Politik der „eisernen Faust“ gegen den palästinensischen Volkswiderstand in der Westbank und Gaza hat seit Beginn der Intifada die Hilfsbedürftigkeit der Bevölkerung dramatisch erhöht. Die Anforderungen an medizinische Hilfskräfte sind damit kolossal gestiegen, wie die palästinensische Ärztin Jumanah Odeh über die Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC, gegründet 1979) zu berichten weiß. Das Gespräch für die DRITTE WELT führte Wolfram Bröner.

FRAGE: Kürzlich inhaftierten die Besatzungsbehörden in der Westbank fünf UPMRC-MitarbeiterInnen, drei Ärzte, einen Apotheker und eine Krankenschwester. Ist ein solches Vorgehen neu für Sie? Was wird den Verhafteten zur Last gelegt?

J. ODEH: Es war nicht das erste Mal, daß uns die israelischen Behörden unter Druck setzten. Dies geschah bereits im Juni 1986, als unser Team in Gaza, im Lager Jabalia, angehalten und acht unserer ÄrztInnen ins Gefängnis gebracht wurden.

Die Anklage lautete, daß sie in Gaza gesetzeswidrig ihre Arbeit getan hätten. Sie wollten sie aufgrund eines osmanischen Gesetzes von 1913 anklagen. Und dieses Gesetz besagt, daß nicht mehr als eine Person die gleiche Arbeit zur gleichen Zeit am gleichen Ort tun kann.

Aber sie wurden nach 24 Stunden gegen Kaution freigelassen.

FRAGE: Gibt es Ihres Erachtens einen Zusammenhang zwischen jenen Repressalien und Israels Verbotserlaß gegen die Volkskomitees in den besetzten Gebieten?

J. ODEH: Heutzutage, glaube ich, werden unsere ÄrztInnen nicht deshalb ins Gefängnis gesteckt, weil sie Mitglieder von UPMRC sind. Ich denke, die Be-

hörden glauben oder haben gehört, daß sie Mitglieder der Volkskomitees oder der Nachbarschaftskomitees sind. Und Sie haben natürlich gehört von der Ankündigung von Verteidigungsminister Rabin, daß jede Person, die dort Mitglied ist, verhaftet und inhaftiert wird.

Die Wahrheit ist, daß jeder ein Mitglied ist; jeder in den besetzten Gebieten, in der Westbank, in Gaza und Jerusalem, macht die gleiche Arbeit. Daher ist das, was hier vorgeht, in den Augen der Besatzungsmacht sehr gefährlich.

FRAGE: Zeigt diese Verbindung zwischen den Volkskomitees und den Hilfsorganisationen nicht auch, daß der Charakter dieser Organisationen sich mit der Volkserhebung geändert hat?

J. ODEH: Gewiß. Vor der Erhebung vom Dezember 1987 bestand unsere Arbeit hauptsächlich im Unterhalten von mobilen Kliniken an unseren Feiertagen, freitags und sonntags, und von ständigen Zentren. Heute haben wir 17 ständige Zentren über die gesamte Westbank und Gaza hinweg verteilt, hauptsächlich in den Dörfern und abgelegenen Gebieten, wo es keinerlei Gesundheitsvorsorge gab,

bevor wir unsere Kliniken einrichteten. Natürlich haben wir unsere Arbeit in mobilen und ständigen Zentren weitergeführt und uns hauptsächlich der elementaren Gesundheitsvorsorge auf Gemeindeebene zugewandt.

Aber jetzt werden die Anstrengungen ungleich größer und die Risiken höher. Unsere Kliniken sind sechs Tage in der Woche geöffnet, und Ärzte werden sechs Tage in der Woche da sein, und Gemeinde-Gesundheitsmitarbeiter oder eine Krankenschwester wird sieben Tage in der Woche da sein. Manchmal müssen sie sieben Tage in der Woche arbeiten.

Manchmal müssen sie Arbeiten leisten, die sie nie zuvor getan haben. Zum Beispiel: Vernähen von Verwundeten oder Behandeln von Leuten, die Tränengas eingeatmet haben, oder die Erstversorgung von Verwundeten. Es ist für sie das erste Mal, daß sie so etwas machen, aber sie machen es ausgezeichnet.

Die andere Aufgabe, an der unsere mobilen Kliniken arbeiten, ist weniger geworden. Viele Male konnten wir unseren Bestimmungsort, Dörfer oder Lager, nicht erreichen, während sie unter Ausgangs-

sperre standen oder unter Belagerungszustand.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß unsere Ausgaben immer mehr werden, da die Zahl der zu Untersuchenden und zu Behandelnden im vergangenen Jahr steil anstieg. Hatten wir 1967 47.000 Leute in der gesamten Westbank und Gaza innerhalb eines Jahres untersucht und behandelt, so waren es allein in den ersten drei Monaten des Aufstands 23.000 Leute.

Es gibt noch einen anderen Punkt, den wir bemerkt haben: Wir haben nicht genug Blutbanken in der Westbank, während es in Gaza eine gute Blutbank gibt. Deshalb haben wir uns entschlossen, mit unserem Volk wandernde Blutbanken zu schaffen, die bei Bedarf abrufbar sind. Davor hatten wir mit einem sehr wichtigen Schritt zu beginnen, nämlich die Leute zu untersuchen, um die Blutgruppe jeder Person herauszufinden. Wir haben das in Zusammenarbeit mit den Volkskomitees im gesamten Gebiet angefangen und hatten Erfolg.

Jede Person wird eine Karte haben mit ihrer Blutgruppe, und mit der Adresse und dem Datum, wann wir die Blutprobe gemacht haben. Und wir werden eine Liste haben mit Namen, Adressen und Telefonnummern und wie der Kontakt so schnell wie möglich hergestellt werden kann.

Wir benutzen dieses Blut bei vielen Gelegenheiten. Und unsere Menschen sind wie nie zuvor bereit zu spenden, mitzuhelfen.

FRAGE: Was ist mit den „Spezialwaffen“, welche die israelischen Besatzungstruppen in den letzten Monaten angewandt haben, z.B. mit dem CS-Gas-Einsatz? Waren Sie in der Lage, damit irgendwie zurechtzukommen?

J. ODEH: In der Tat ist das Tränengas ein großes Problem, da wir keinerlei Erfahrung damit hatten. So mußte also jeder darüber in den Büchern nachlesen.

Die Vorbeugung ist sehr schwierig, und wir haben dabei von den Menschen in den Lagern gelernt. Sie bringen einander bei, wie das Einatmen von Tränengas verhindert werden kann. Und das einzige, was wir tun konnten, waren Ausbildungshilfen.

Es ist eine große Hilfe, daß wir bis jetzt mehr als 730 Vorlesungen in der gesamten Westbank und in Gaza organisiert haben. Ärzte, Krankenschwestern und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens halten Kurse ab für die Menschen und lernen von ihnen und lehren, wie mit Tränengas umgegangen werden sollte.

FRAGE: Ist es tatsächlich vorgekommen, daß israelische Soldaten in Krankenhäuser eindringen, um Leute aufzuspüren, die bei CS-Gas-Einsätzen verletzt wurden oder Knochenbrüche erlitten,

um sie aufzugreifen?

J. ODEH: Ja, z.B. griffen sie Ende August 1988 drei junge Leute auf.

Sie hatten Knochenbrüche und wurden in das Augusta-Victoria-Krankenhaus in Jerusalem eingeliefert. Drei Stunden nach der Einlieferung kamen die israelischen Soldaten und holten sie ab. Sie brachten sie in das Gefängnis der Militärverwaltung oder in Büros. Sie wurden unglücklicherweise dort festgehalten.

Es ist bei vielen, vielen Gelegenheiten passiert, in allen Krankenhäusern, daß sie sie mitgenommen haben.

FRAGE: Ist die Konsequenz in einer Menge solcher Fälle nicht die, daß die Leute ihre Knochenbrüche verheimlichen und sie es danach mit so manchen komplizierten Fällen zu tun haben?

J. ODEH: Ja, das ist passiert, nicht nur mit Knochenbrüchen und einigen entzündeten Wunden.

Um ein Beispiel zu nennen: Nahe von Ramallah passierten wir einmal zwei Dörfer, wo wir von ansässigen Leuten angehalten wurden. Wir wurden gebeten, einige Verletzungen zu behandeln, verletzte Jugendliche, die sich in den Bergen versteckt hielten und Angst hatten, zum Krankenhaus zu gehen, weil sie dort hätten verhaftet werden können. Sie hatten Angst, also mußten wir in ihre Häuser gehen und sie dort behandeln.

Wegen der Vielzahl von Repressionsopfern konzentrieren wir uns heute umso mehr auf Gesundheitserziehung. Wir haben einige Kurzlehrgänge organisiert für GesundheitshelferInnen auf Gemeindeebene. Wir haben das an vielen Orten organisiert und können zusammenfassende Lehrgänge anbieten, wie provisorische Sofortmaßnahmen auszuüben haben und wie erste Hilfe erteilt wird.

FRAGE: Bekamen Sie keine Starthilfe oder Unterstützung von Jordanien oder von anderer — arabischer — Seite?

J. ODEH: Nein, nie. Leute, die von uns behandelt werden, müssen einen kleinen Geldbetrag bezahlen, sehr, sehr wenig, nur einen symbolischen Betrag. Dies, damit sie fühlen, daß wir nicht die Wohlfahrt sind.

Sie bezahlen es gerne, es ist sehr wenig, ein halber Dollar pro Besuch. Bei Medikamenten bezahlen sie nur die Kosten, ein Kostenpreis des Medikaments.

Natürlich zahlen sehr arme Leute gar nichts. Und wie können wir wissen, daß sie zu arm sind, um etwas zahlen zu können? Unsere Gemeinde-GesundheitshelferInnen stammen selbst aus dem Lager, aus dem Dorf. Sie wurden von der Gemeinde gewählt, bekamen einen 9-Monats-Kurs von uns, gehen in die Gemeinde zurück und beginnen wieder, dort zu arbeiten. „Und sie kennen die Leute besser als wir.“

Natürlich muß jede medizinische Arbeit subventioniert werden, sonst geht nichts. Unsere Zuwendungen kommen aus zwei Quellen: Die erste Quelle ist die örtliche Bevölkerung, ihre Spenden. Die zweite Quelle sind einige humanitäre und Entwicklungsorganisationen aus ganz Europa und den USA.

FRAGE: In welcher Größenordnung bewegte sich ihre Vereinigung 1979 und wie sieht es heute aus?

J. ODEH: Als wir anfangen, waren wir nur vier ÄrztInnen. Heutzutage kann ich mit Freude sagen, sind es etwa 800 Leute, Mitglieder der Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC), darunter 370 ÄrztInnen, die Mitglied sind.

Das bedeutet ein solides Drittel der Ärztereinigung des ganzen Landes oder des Bevölkerungsanteils der ÄrztInnen im ganzen Land.

Spendenaktion für die medizinischen Hilfskomitees



Eine Spendenaktion, die den zahlreichen Opfern der israelischen Unterdrückung in der Westbank und Gaza direkt zukommen soll, führt das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) durch. Die Gelder werden für die Arbeit der Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC), die längst zur größten und effektivsten derartigen Selbsthilfeorganisation geworden ist, weitergeleitet.

Mit der ASK-Spendenaktion sollen vor allem zwei Aufgaben der UPMRC unterstützt werden. Einmal ist dies ihr Rehabilitationsprogramm, mit dem sie versucht, Verkrüppelungen der Jugendlichen zu verhindern, denen Arme und/oder Beine gebrochen wurden. Zum anderen betrifft dies ihre landesweite Kampagne „Blutspenden ist nationale Pflicht“, mit der sie einen großen Beitrag zur Rettung der von der Besatzungsarmee schwer verletzten PalästinenserInnen leistet. Jeder Blutgruppen-test kostet sie ca. 2 DM, jeder ausgegebene Erste-Hilfe-Satz ca. 25 DM.

Für diese und andere notwendige Ausgaben erbittet das ASK Spenden auf das **Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Konto-Nr. 527 055-602 beim Postgiroamt Frankfurt/M. (BLZ 500 100 60), Kennwort „Palästina“**. Kontakte: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060



Mit Tränengaspatronen beschossene Palästinenserinnen



US-Marines in Beirut: Ihr Einsatz von 1982-84, im Anschluß an die israelische Invasion, zahlte sich nicht aus

Ingrid El-Masry

Die US-Nahostpolitik und die Haltung der EG

War es politische Ratlosigkeit, welche US-Außenminister Shultz am 26. November 1988 dazu verleitet, dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat das Einreisevisum zur Teilnahme an der UN-Vollversammlung zu verweigern? Oder handelte es sich um den Versuch der scheidenden Reagan-Administration, noch vor der Amtsübernahme des neuen Präsidenten George Bush dessen künftige Palästinapolitik in alten Gleisen festzuklopfen?

Freilich, eines zeigte sich rasch: Shultz steht mit seiner Entscheidung, die auch im Lande selbst wenig Beifall fand, in der Weltöffentlichkeit ziemlich isoliert da. Lediglich Israel, der engste Verbündete der USA im Nahen Osten, spendete Beifall. Von Seiten der arabischen Staaten, der Sowjetunion, Chinas und der EG erfolgten massive Proteste.

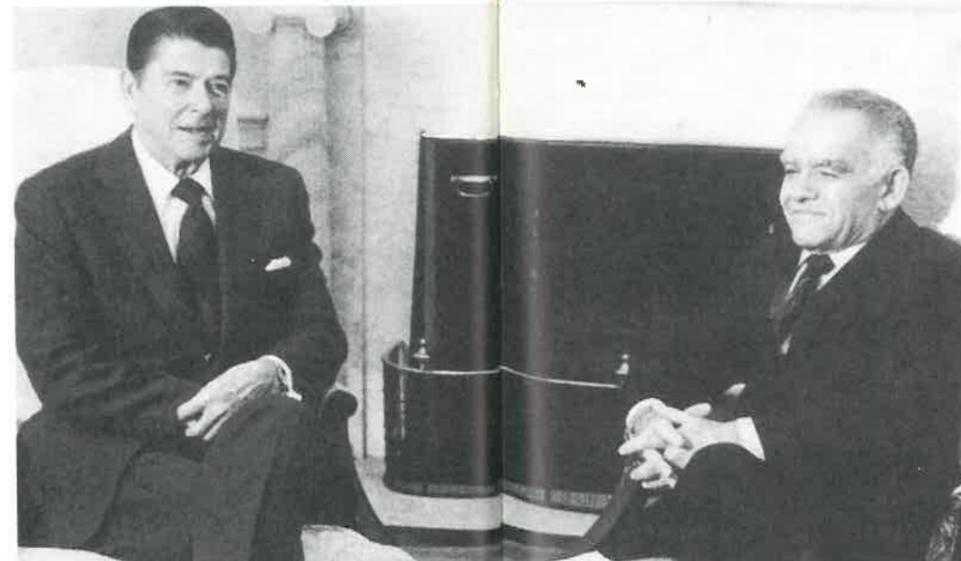
Ganz nebenbei wirft die Arroganz, mit der die Weltmacht USA sich hinwegsetzt über internationale Verträge wie das „Headquarters Agreement“ von 1947, in dem sie sich verpflichtete, die Teilnahme von Delegierten und UN-Funktionären an Sitzungen nicht zu behindern, die Frage auf, ob es nicht wirklich ratsam erscheint, den Sitz der UNO in ein anderes Land zu verlegen.¹

Der „Kniefall der USA vor Israel“ hat letztendlich nichts gebracht außer internationaler Isolierung und einer Verlegung der UN-Debatte von New York nach Genf. Das Rad der Geschichte in Palästina zurückzudrehen, vermag auch eine solche Vorgehensweise nicht. Sie setzt allenfalls dem Scheitern der Reagan'schen Palästinapolitik die Krone auf und steht beispielhaft für das US-Engagement der 80er Jahre im Nahen Osten. Da wurde die PLO als eine „Mörder- und Terroristenclique“ gehandelt, das palästinensische Selbstbestimmungsrecht unter Einschluß des Rechts auf einen unabhängigen Staat verneint. Von einem Engagement für eine umfassende und gerechte Lösung der Palästinafrage konnte keine Rede sein. Die USA betrieben, ebenso wie Israel, lediglich eine Hinhal-

tetaktik mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des Status quo, zu dem die Sackgasse der Camp-David-Verträge zwischen Israel, Ägypten und den USA 1978/79 geführt hatten.

Diese Positionen stellten einen bedeutenden Rückschritt dar sowohl gegenüber der Behandlung der Palästinafrage

Strategische Verbündete Reagan und Schamir (r.) 1988 im Weißen Haus



in den Vereinten Nationen während der 70er Jahre als auch gegenüber der Haltung, welche bereits die Carter-Administration in den USA (1977-81) einnahm bzw. einzunehmen bereit war.

Auf der Ebene der Vereinten Nationen erzielte die PLO ihren diplomatisch-politischen Durchbruch bereits auf den UN-Vollversammlungen im Herbst 1974 und 1975.² Hiermit wurde die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt, und erhielt sie als erste Befreiungsbewegung einen Beobachterstatus mit ständigem Rederecht. Anerkannt wurde das Recht des palästinensischen Volkes auf freie Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, die Legitimität des Widerstandskampfes mit allen Mitteln.

Diese neuen Realitäten anzuerkennen und sich ihnen zu stellen, konnte auch die im Januar 1977 angetretene Carter-Administration schon aus ureigenen US-amerikanischen Interessen nicht umhin. Andere Veränderungen kamen hinzu: Der nach dem Oktoberkrieg von 1973 unter Nixon/Kissinger eingeleitete Separatverhandlungsprozeß zwischen Israel und einzelnen arabischen Staaten, und zwar unter Ausschaltung der UNO sowie der Sowjetunion, steckte nach Anfangserfolgen (Gewaltverzichtserklärung Ägyptens gegenüber Israel im Sinai-Abkommen von 1975) in der Sackgasse. Gleichzeitig zeichnete sich bereits die Herausbildung einer arabischen Widerstandsfront gegen eine Kapitulationslösung seitens Ägyptens, Saudi-Arabiens im Nahostkonflikt ab.³

Diese widersprüchliche Situation kollidierte mit dem nach 1973, unter dem Eindruck des Einsatzes der Erdölwaffe durch die arabischen Ölstaaten, erfolgten Übergang der USA wie der Europäischen Gemeinschaft (EG) von einer eindimensionalen, allein auf die Unterstützung Israels zugeschnittenen zu einer zweidimensionalen, auf Ausgleich mit den arabischen Staaten abzielenden Nah-

ostpolitik.

Das besondere strategisch Bündnis zwischen den USA und Israel blieb davon jedoch unberührt. Israel war auch weiterhin die Rolle des Wachhundes und wichtigsten Verteidigers der US-Interessen im Nahen Osten zugeordnet.

Dies blieb so, selbst als sich Mitte der 70er Jahre die Kritik der US-Öffentlichkeit sowie der „Brookings-Institution“ (wichtigste „Denkfabrik“ der Demokratischen Partei Carters) an der starren Haltung Israels als einem Hindernis für die Realisierung US-amerikanischer Wirtschafts- und Erdölinteressen in der Region mehrte. Und als im Mai 1977 das besonders inflexible, auf der Vision eines „Großisrael“ beharrende Begin-Regime an die Macht kam, beeilte sich die Carter-Administration, die „feste politische und militärische Unterstützung der USA gegenüber Israel“ nachdrücklich zu betonen.⁴

Nur aufgrund dieser massiven Militär- und Wirtschaftshilfe ist Israel überlebensfähig, aber potentiell auch sehr verwundbar durch Sanktionen. Hierzu vermochte die Carter-Administration sich, um das strategische Bündnis mit Israel nicht zu gefährden, nicht durchzuringen. Ihre Nahostpolitik blieb widersprüchlich und inkonsequent.

Zwar wurde die Palästinafrage als Kernproblem des Nahostkonflikts erkannt und ihr entsprechende Aufmerksamkeit und diplomatische Aktivität gewidmet. Auch wurde den arabischen Völkern frühzeitig eine umfassende und gerechte Lösung des Palästinaproblems versprochen. Und solches schien sich mit der „Gemeinsamen Erklärung der UdSSR und der USA zur Lage im Nahen Osten“ vom 1. Oktober 1977 zu bestätigen. Denn diese Erklärung enthielt die bisher weitreichendsten Konzessionen Washingtons in der Palästinafrage (Wortlaut siehe Kasten).

Die Inkonsequenz von Carters Palästinapolitik offenbarte sich jedoch bereits am 5. Oktober 1977, als Washington in einem israelisch-amerikanischen Arbeitspapier wesentliche Inhalte der sowjetisch-amerikanischen Erklärung als Grundlage für eine Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zurückzog und erneut auf die unzureichenden Resolutionen 242 und 338 (1973) abstellte.⁵

Dieser Rückzug war wesentlich auf den massiven israelischen Protest gegen eine Wiedereinbeziehung der PLO und der Sowjetunion in eine damit garantierte umfassende Friedenslösung sowie auf den innenpolitischen Widerstand der zionistischen Lobby und der Entspannungsgegner in den USA selbst zurückzuführen.

Gerade das Klima der Entspannung zwischen den Weltmächten war es gewesen,

welches Carter zu relativ weitreichenden Zugeständnissen bei der Regelung regionaler Konflikte und internationaler Rüstungskontrollverhandlungen geführt hatte. Hier ist auch der Interpretationsrahmen für die sowjetisch-amerikanische Erklärung vom 1. Oktober 1977 zu suchen.

Carters letztendlicher Rückzieher in der Palästinafrage drückt hingegen das komplizierte israelisch-amerikanische Verhältnis von Übereinstimmung in Grundsatzfragen und teilweisen Interessenunterschieden hinsichtlich der regionalen und globalen Ziele beider Staaten in der Region aus.⁶

Angesichts jener grundsätzlichen Bereitschaft Washingtons zu einer umfassenden Regelung des Palästina-Konflikts hätte eine geschlossene arabische Orientierung auf die sowjetisch-amerikanische Erklärung sowie ein entsprechender arabischer Druck auf Washington u.U. zu der geplanten Wiedereinberufung der Genfer Konferenz führen können. Doch war seinerzeit die damit verbundene Anerkennung Israels zum damaligen Zeitpunkt offensichtlich weder in der PLO noch in der arabischen Welt mehrheitsfähig.

Endgültig wurden die Hoffnungen auf eine umfassende Friedenslösung schließlich durch das Ausscheiden des militärisch potentesten arabischen Landes,

Der Reagan-Plan war eine verkappte Neuauflage von Camp David und fiel hinter die Neuansätze des frühen Carter zurück

Ägyptens, aus der arabischen Front zu nichte gemacht. Präsident Sadats Israelreise im November 1977 bot neue Ansatzpunkte für die israelisch-amerikanische Separatfriedensstrategie, die mit der Unterzeichnung der Camp-David-Verträge im September 1978 schließlich von „Erfolg“ gekrönt war.

Dies geschah freilich auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und Syriens, deren besetzte Gebiete in Händen Israels blieben, während Sadat die Rückgabe des Sinai zugestanden wurde (siehe Kasten). Führten die Camp-David-Verträge einerseits zu einer oberflächlichen „Entschärfung“ des Nahostkonflikts und einer Aufspaltung der arabischen Welt, so waren sie andererseits Grundlage für eine neue Qualität US-amerikanisch-israelischer Hegemonie in der Region.

Ihre Hegemoniebestrebungen sowie die „Absicherung“ ihrer Wirtschafts- und Erdölinteressen in der Region hatte die Carter-Administration bei aller Entspan-

US-Lösungsvarianten zum Nahostkonflikt

Gemeinsame Erklärung der UdSSR und der USA zur Lage im Nahen Osten vom 1. Oktober 1977

Beide Seiten sind davon überzeugt, daß die Lebensinteressen der Völker dieses Gebietes, wie auch die Interessen der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit insgesamt, nachdrücklich die Notwendigkeit diktieren, schnellstens eine gerechte und dauerhafte Regelung des arabisch-israelischen Konflikts zu erreichen. Diese Regelung muß umfassend sein, muß alle interessierten Seiten und alle Fragen einschließen, ... darunter auch derartige Schlüsselfragen wie der Abzug der israelischen Truppen von den während des Konflikts von 1967 okkupierten Territorien, die Palästinafrage einschließlich der Garantieung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung der Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit... Die sowjetische und die amerikanische Seite sind der Meinung, daß Verhandlungen im Rahmen der speziell für diese Ziele einberufenen Genfer Friedenskonferenz unter Beteiligung der Vertreter aller vom Konflikt betroffenen Parteien, darunter des Palästinensischen Volkes, und eine vertragsrechtliche Verankerung der auf der Konferenz erzielten Beschlüsse der einzig richtige und effektive Weg zur Gewährleistung einer grundlegenden Lösung aller Aspekte des Nahostproblems im Zusammenhang sind.

Abkommen von Camp David vom 17. September 1978

Ägypten, Israel, Jordanien und die Vertreter des palästinensischen Volkes sollten an Verhandlungen zur Regelung des palästinensischen Problems in allen seinen Aspekten teilnehmen... Ägypten und Israel stimmen darin überein, daß ... Übergangsregelungen für das Westjordanland und Gaza für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren getroffen werden sollten. Um den Bewohnern die volle Autonomie zu gewähren, werden die israelische Militärregierung und ihre Zivilverwaltung abgezogen, sobald von den Bewohnern dieser Gebiete eine Selbstverwaltungskörperschaft frei gewählt worden ist... Um die Einzelheiten einer Übergangsregierung auszuhandeln, wird die Regierung von Jordanien eingeladen werden, an den Verhandlungen auf der Basis dieses Rahmens teilzunehmen. Diese neuen Regelungen sollen dem Prinzip der Selbstverwaltung durch die Bewohner dieser Gebiete und den legitimen Sicherheitsfordernissen der beteiligten Parteien gebührend Rechnung tragen.

Ägypten, Israel und Jordanien werden die Modalitäten für die Errichtung der gewählten Selbstverwaltungskörperschaft im Westjordanland und Gaza vereinbaren. Die Delegationen Ägyptens und Jordaniens können Palästinenser aus dem Westjordanland und Gaza und, im gegenseitigen Einvernehmen, auch andere Palästinenser einschließen. Die Parteien werden eine Vereinbarung aushandeln, in der die von der Selbstverwaltungskörperschaft im Westjordanland und Gaza wahrzunehmenden Befugnisse und Pflichten festgelegt werden.



Vertragsunterzeichnung von Camp David 1978 (v. l. n. r.): Israels Premier Begin, US-Präsident Carter, Ägyptens Präsident Sadat und US-Außenminister Vance

...nicht später als im dritten Jahr nach Beginn der Übergangszeit werden Verhandlungen stattfinden, um den endgültigen Status des Westjordanlandes und Gazas und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn festzulegen und zum Ende der Übergangszeit einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien abzuschließen. Diese Verhandlungen werden von Ägypten, Israel, Jordanien und gewählten Vertretern der Bewohner des Westjordanlandes und Gazas geführt. Auf diese Weise werden die Palästinenser an der Bestimmung ihrer Zukunft beteiligt durch: ...die Unterwerfung dieser Übereinkunft unter das Votum der gewählten Vertreter der Bewohner Westjordanlandes und Gazas...

Reagan-Plan vom 1. September 1982

Der Krieg im Libanon hat uns ... eine neue Chance für den Frieden im Nahen Osten gebracht. Wir müssen diese Chance jetzt ergreifen und dieser geplagten Region, die so entscheidend wichtig ist für die Stabilität in der Welt, Frieden bringen, solange noch Zeit ist... Die Camp-David-Vereinbarungen bleiben die Grundlage unserer Politik. Ihr Text bietet allen Parteien die Bewegungsfreiheit, die sie für erfolgreiche Verhandlungen brauchen... ...ist mir klar, daß es einen Frieden nicht durch die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates geben kann... Es ist ... die feste Überzeugung der Vereinigten Staaten, daß Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen in Assoziation mit Jordanien die beste Möglichkeit für einen dauerhaften, gerechten und beständigen Frieden bildet.

(Quelle: Der Nahostkonflikt – Gefahr für den Weltfrieden. Dokumente, Berlin (DDR) 1987, S. 150, 160-164 und 233-236)

nungsfreundlichkeit keineswegs aufgeben. Davon zeugt nicht zuletzt die bereits im August/September 1977 von Carter erteilte Präsidenten-Direktive Nr. 18, mit der die Aufstellung einer Schnel-

len Eingreiftruppe (RDF) angeordnet wurde.⁷

Mit der Entscheidung für den Aufbau der RDF, deren Aufgabe darin bestehen sollte, rasch in regionale Konflikte eingreifen zu können, ohne dafür NATO-Truppen aus anderen Regionen abziehen zu müssen, deutete sich bereits eine Neuorientierung der US-Außenpolitik in Richtung auf einen neuen, globalen Interventionismus an, der erst mit der Amtsübernahme Reagans 1981 seine volle Ausprägung erfuhr.

Diese Neuorientierung bedeutete hinsichtlich der arabisch-iranischen Region auch eine Verlagerung des US-Engagements vom Nahen auf den Mittleren Osten. Die Region des Mittleren Ostens, von der Türkei im Norden, d.h. der Südflanke der NATO, über die Golfregion bis nach Pakistan im Osten, erhielt aufgrund ihres Erdölreichtums bzw. ihrer strategischen Lage (Nähe zur Sowjetunion) mit dem Übergang Washingtons zu einer globalen Konfrontationsstrategie eine zentrale Bedeutung in der US-Außenpolitik.⁸

Das US-Engagement in der Golfregion umfaßte dabei spätestens seit Oktober 1987 auch eine aktive Verwicklung in das irakisch-iranische Kriegsgeschehen, die zu einer zusätzlichen Eskalation des 1980 ausgebrochenen Golfkrieges führte. Daß auch die engsten Verbündeten Washingtons in Westeuropa und Japan längst in diese mittelöstliche Inter-

ventionsstrategie einbezogen sind, davon zeugte während der Golfkrise 1987/88 die umfangreiche Präsenz westeuropäischer Marineverbände in der Ölregion.⁹

Wenn die BRD eine direkte Truppenentsendung in „Krisengebiete“ außerhalb des NATO-Gebietes bisher offiziell zurückgewiesen hat, so ist dies mehr auf ihre Option der Rollenverteilung innerhalb der NATO, denn auf eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen Reagans globalstrategische Zielsetzungen zurückzuführen. Mit dem WHNS-Abkommen vom 15.4.1982 verpflichtete sich Bonn zur logistischen Unterstützung der US-Truppen in „Kriegs- und Krisenfällen“. Zur Anwendung gelangte das WHNS-Abkommen bereits während der US-Intervention im Libanon 1983/84.¹⁰

Gerade der Libanonkrieg – eingeleitet durch den mit den USA abgestimmten israelischen Einmarsch am 6. Juni 1982 – aber offenbarte, daß noch so umfangreiche, auf jegliche „Krisenfälle“ ausgerichtete Militärstrategien wenig wiegen gegen einen erbitterten Volkswiderstand, wie ihn die libanesischen und palästinensischen Fortschrittskräfte im Libanon demonstrierten.



Palästinensische Protestaktion gegen die „Shultz-Mission“ anlässlich eines Besuches des US-Außenministers in Israel im Frühjahr 1988

Zwar gelang es den USA und Israel, im Libanon Teilerfolge zu erzielen (Zerstörung der militärischen Präsenz der PLO, Eskalation des innerlibanesischen Bürgerkrieges mit dem Ergebnis einer faktischen Spaltung des Landes). Ihre Hauptziele, die Zerschlagung der PLO und die Verwandlung des Libanon in einen israelisch-amerikanischen Stützpunkt im Nahen Osten scheiterten jedoch.¹¹

Zum Scheitern verurteilt war auch der Versuch Washingtons, die aus dem Libanonkrieg erwachsene Schwächung der

PLO zu nutzen, um über den Reagan-Plan vom 1. September 1982 (vgl. Kasten) eine Neuauflage der Camp-David-Separatverhandlungen in Gang zu setzen. Hier wie in ihrer gesamten Nah- und Mittelostpolitik (bzw. Dritte-Welt-Politik) zeigte sich letztendlich, daß die Reagan-Administration über ihrer holzschnittartigen, nahezu irrational auf die Bekämpfung des Kommunismus ausgerichteten Außenpolitik nationale und patriotische Bewegungen in der Dritten Welt ebenso unterschätzte, wie sie die Eigendynamik religiöser, ethnischer und sozialökonomischer Konfliktsachen übersah bzw. fehldeutete.

Erst die Ausdauer des im Dezember 1987 einsetzenden palästinensischen Volksaufstandes in der Westbank und Gaza ließ bei der Reagan-Administration die Erkenntnis reifen, „daß der Status quo im Nahost-Friedensprozeß keine Option darstellt“.¹² Für die Option einer allenfalls begrenzten palästinensischen Autonomie in der Westbank und Gaza, unter Verzicht auf einen vollständigen Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten sowie auf eine Einbeziehung der PLO in einen Verhandlungsprozeß, wie sie auch die Shultz-Mission vom Februar/März 1988 beinhaltete (vgl. AIB, Nr. 4/1988) war die Zeit jedoch inzwischen abgelaufen.

Dies gilt ebenso für das Amman-Abkommen vom Februar 1985 zwischen Jordanien und Arafats Fatah, welches ähnlich den amerikanisch-israelischen Optionen auf die Errichtung eines unabhängigen Palästina Staates und einer Einbeziehung der PLO in Verhandlungen verzichtete, und zwar zugunsten einer jordanisch-palästinensischen Konföderation und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation. Das Amman-Abkommen war Ausdruck der Bestrebungen Jordaniens, die Schwierigkeiten der PLO nach 1982 sowie die aufkommenden Spaltungen in deren Reihen zu nutzen, um die Westbank und Gaza dem eigenen Herrschaftsbereich einzuverleiben. Israel erhoffte sich andererseits von einer solchen Regelung, Teile der Westbank und Gazas endgültig annektieren zu können.¹³

Die Intifada jedoch führte zum „Aus“ für alle Formen von Autonomieregelungen, auf die sich seit Camp David die Palästinaoptionen Jordaniens, Ägyptens ebenso wie die Israels und der USA gestützt hatten. Folgerichtig befand sich die Reagan-Administration gegen Ende ihrer Amtszeit in einer so festgefahrenen Situation, daß sie sich als unfähig erwies, realistisch auf die aktuellen Entwicklungen, z.B. in Palästina, zu reagieren. Mehr Realismus legte da schon die EG an den Tag. In ihrer offiziellen Erklärung vom 21.11.1988 begrüßten die EG-Staaten ausdrücklich die Entscheidungen des

EG-Position zum Nahostkonflikt

Die Zwölf messen den Beschlüssen, die der PNR in Algier getroffen hat, eine besondere Bedeutung bei. Sie spiegeln den Willen des palästinensischen Volkes wider, seine nationale Identität zu behaupten und umfassen positive Schritte in Richtung auf eine friedliche Beilegung des israelisch-arabischen Konflikts.

Sie (die Zwölf) begrüßen in dieser Hinsicht die Anerkennung der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 als Grundlage für eine internationale Konferenz durch den PNR, die die Anerkennung des Existenzrechts und des Rechts auf Sicherheit aller Staaten der Region – inklusive Israel – beinhaltet.

Die Respektierung dieses Prinzips, das gleichberechtigt neben dem Prinzip der Gerechtigkeit für die Völker der Region steht, und ausgehend vom Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung mit allem, was dieses Recht beinhaltet, stellt für die Zwölf eine notwendige Bedingung für die Erlangung eines gerechten, dauerhaften und globalen Friedens im Nahen Osten dar, wie sie es immer wieder seit der Erklärung von Venedig bestätigt haben. Die Zwölf bringen außerdem ihre Befriedigung über die explizite Verurteilung des Terrorismus durch den PNR zum Ausdruck.

Die Zwölf appellieren an alle betroffenen Parteien, sich jeglicher Gewaltakte und jeder Aktion zu enthalten, die die gespannte Lage im Nahen Osten nach verschlechtern könnten, und diese Gelegenheit zu ergreifen, um einen positiven Beitrag zum Friedensprozeß im Nahen Osten im Hinblick auf eine gerechte, globale und dauerhafte Lösung des israelisch-arabischen Konflikts zu leisten. Diese Lösung kann nur über den Umweg einer internationalen Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erreicht werden, die den geeigneten Rahmen für die notwendigen Verhandlungen zwischen den direkt interessierten Parteien darstellt.

Die Zwölf sind ernsthaft besorgt über die Verschlechterung der Situation in den besetzten Gebieten und über das Anwachsen eines Gefühls der Enttäuschung und der Hoffnungslosigkeit in der Bevölkerung dieser Gebiete, die sich – in Ermangelung von Aussichten auf eine Verhandlungslösung – immer weiter verschlechtern würde. Sie (die Zwölf) wiederholen ihr Versprechen, sich aktiv an jeder Initiative zu beteiligen, die eine Verhandlungslösung zum Ziel hat.

Brüssel, 21. November 1988

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, 25.11.1988, S. 11)

19. Palästinensischen Nationalrats von Algier als neue Grundlage für die Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz. Sie betonten außerdem das „Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, mit allem was dieses Recht beinhaltet“ als Bedingung für einen gerechten und umfassenden Frieden im Nahen Osten (vgl. Kasten). Bereits mit der Venedig-Erklärung vom 13. Juni 1980 hatte die EG u.a. das volle Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkannt, eine Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen sowie den Rückzug Israels aus den 1967

besetzten Gebieten gefordert.¹⁴ Sie bewegte sich damit tendenziell im Gegensatz zur Camp-David-Separat-lösungsstrategie der USA. Eine Umsetzung der Venedig-Erklärung in eine eigenständige Nahostinitiative der EG kam jedoch nicht zustande, da die EG sich letztendlich dem Druck Washingtons beugte. Die Venedig-Beschlüsse, die bis heute offizielle EG-Position sind, behielten einen rein deklamatorischen Wert. Parallelen zur Gegenwart drängen sich auf. Die konstruktive Haltung der EG gegenüber den Ergebnissen des Nationalrats von Alger und der Einberufung einer internationalen Konferenz, ihr Protest gegen die US-Visumsverweigerung für Arafat stellen eine wichtige Stärkung der palästinensischen Verhandlungsposition dar. Sie bleibt jedoch politisch wirkungslos, wenn ihr keine konkreten Initiativen, die auch von der PLO gefordert werden, folgen.

Der EG-Gipfel auf Rhodos vom 2.-4. Dezember 1988 mußte in dieser Hinsicht enttäuschen, ging er doch über die Erklärung vom 21. November nicht hinaus.¹⁵ Es ist zudem insofern unverständlich, als es nicht zu einer offiziellen Anerkennung des palästinensischen Staates und der PLO kam, obwohl bereits die Venedig-Beschlüsse solches indirekt enthielten. Formaljuristische Einwände gegen die Anerkennung¹⁶ oder der Verweis auf eine „Machtlosigkeit“ der EG gegenüber den USA und Israel müssen als vorgeschoben bezeichnet werden. Schon aufgrund ihrer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel verfügt die EG, und insbesondere die BRD, durchaus über das Potential, wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auf die israelische Regierung auszuüben (vgl. Beitrag von K. Lewan), um sie von ihrer starren Gegnerschaft gegen eine internationale Nahostfriedenskonferenz abzubringen.

Dies demonstrierten nicht zuletzt die jüngsten Auseinandersetzungen um die Ratifizierung dreier Zusatzprotokolle zum Handelsvertrag zwischen der EG und Israel von 1975. Infolge konkreten europäischen Drucks auf Israel ist nunmehr ein Direktexport palästinensischer Agrarprodukte aus der Westbank und Gaza nach Europa möglich.¹⁷

Darüberhinausgehende jüngste Andeutungen führender Bonner Politiker (u.a. Helmut Schäfer, FDP) hinsichtlich möglicher Sanktionen gegen Israel sind zunächst nur propagandistischer Natur. Sie weisen jedoch darauf hin, daß auch die BRD sich tendenziell auf ihre Möglichkeiten zu einer aktiven Herbeiführung eines umfassenden und gerechten Nahostfriedens besinnt.

Der größere Realismus, welcher in den Positionen der EG — wenn auch zu-

nächst nur mehr oder weniger deklamatorisch — zum Ausdruck kommt, ist u.a. auf eine größere Betroffenheit Europas von einer Konflikteskalation im Nahen Osten im Vergleich zu den USA zurückzuführen. Eine realistischere Haltung gegenüber dem Palästinakonflikt wäre jedoch auch den USA anzuraten, wollen sie nicht Gefahr laufen, sich international vollständig zu isolieren.

Die Tatsache, daß der ab Januar d.J. amtierende US-Präsident Bush sich bisher jeglicher Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen in Palästina sowie der US-Visumsverweigerung für Arafat enthielt, läßt auf eine flexiblere Linie der künftigen US-Nahostpolitik hoffen. Erforderlich ist sie allemal, ebenso wie ein aktives und konsequentes politisches Engagement der EG, soll nicht eine historische Chance für eine politische Lösung des Nahostkonflikts vertan werden.

Anmerkungen:

- 1) Zu den Auseinandersetzungen um die Visumsverweigerung vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 29.11.1988; International Herald Tribune (IHT), Paris, 1.12.1988; Time, London, 5.12.1988
- 2) Die umfassende Definition der nationalen palästinensischen Rechte findet sich in den Resolutionen 3236 und 3375 der UN-Vollversammlung; siehe deren Wortlaut in: Beitrag von W. Brönnner in diesem Heft (Kasten)

- 3) Die „Front der Standhaftigkeit und Widerstandes“ gründete sich offiziell am 2.12.1977 in Tripolis unter Beteiligung der PLO, Syriens, Libyens, Algeriens und der DVR Jemen
- 4) Le Monde, Paris, 13.5.1977
- 5) Vgl. W. Hacke, Amerikanische Nahostpolitik, München/Wien 1985, S. 67ff.
- 6) Vgl. ausführlicher: A. Timm, Aktuelle Aspekte der strategischen Kooperation USA-Israel, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin (DDR), Nr. 2/1984, S. 285ff.
- 7) Vgl. AIB, Nr. 7-8/1983; J. Peterke, Die Funktion der Rapid Deployment Force, Starnberg 1985
- 8) Vgl. das Leitlinien-Dokument des Pentagon vom Mai 1982, dokumentiert in: AIB, Nr. 1/1983, S. 37
- 9) Vgl. ausführlicher: Middle East Report, Washington, Nr. 155, November-Dezember 1988, S. 18ff; AIB, Nr. 12/1987, S. 3ff.
- 10) Vgl. W. Schwarz, Imperialistische Aktivitäten zur Ausweitung des NATO-Aktionsraumes, in: IPW-Forschungsheft, Berlin, Nr. 1/1985
- 11) Vgl. AIB, Nr. 1/1984
- 12) Frontline, Oakland, 15.2.1988
- 13) Zur jordanischen Option vgl. AIB, Nr. 7/1985 sowie 7/1987
- 14) Wortlaut in: Nahostkonflikt. Gefahr für den Weltfrieden, Dokumente, Berlin (DDR) 1987, S. 189f.
- 15) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5.12.1988
- 16) FAZ, 22.11.1988; Vorwärts, Bonn, Nr. 48/26.11.1988, S. 26f.
- 17) Vgl. Das Parlament, Bonn, Nr. 44/28.10.1988; Palästina-Bulletin, Bonn, 4.11.1988, S. 4f.

THE PALESTINIAN UPRISING IS NOT OVER NEITHER IS OUR COVERAGE

Subscribe now to *Middle East Report* for the very low price of \$15.95 and get one issue FREE. Ask about our special offer on back issues about the Palestine-Israeli conflict, too.

YES!

I want to subscribe to *Middle East Report*
Enclosed is \$15.95. (Add \$5 postage outside the US.)

Please send me FREE (check one) The Uprising The Next Phase

I don't want to subscribe now, but send me a copy of

The Uprising The Next Phase (\$5.50 each, postpaid.)

Name _____

Address _____

City _____ State _____ Zip _____

Send your check or money order in US dollars only to: MERIP,
P.O. Box 43445, Washington DC 20010.

Kenneth Lewan

Sonderverhältnis zu Israel

Die bundesdeutsche Nahostpolitik

Die bundesrepublikanische Nahostpolitik ist ein Paradebeispiel für das Auseinanderklaffen zwischen Aussage und Handeln.

Die BRD gibt immer wieder vor, als neutrale Vermittlerin auftreten zu wollen. Sie behauptet, Israel aus dem Gefühl einer Verpflichtung heraus zu unterstützen. Schließlich betont man die Machtlosigkeit, eine gerechte Lösung des Konflikts herbeiführen zu helfen.

Tatsache ist: Die BRD war in dieser Frage nie neutral, sie hat nie aus Gewissensgründen gehandelt und sie hat einige Möglichkeiten, auf eine Lösung des Konflikts, die beiden Seiten gerecht wird, Einfluß zu nehmen.

Seit Beginn der 50er Jahre hat die BRD den Gang der Dinge in Israel/Palästina durch die Lieferung von Waffen, Geld und propagandistische Schützenhilfe beeinflusst.¹ Es fing mit der Zahlung von „Wiedergutmachungsleistungen“ in Form von Waren und Dienstleistungen an, die insgesamt einen Wert von 3 Mrd DM ausmachten. Der Aufbau der Schwerindustrie, die Einrichtung des Eisenbahnnetzes, der Häfen und des Fernmeldesystems stärkte Israel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch.

Es war in einer besseren Lage, die Forderung nach Rückführung der palästinensischen Flüchtlinge abzulehnen. Mehr Juden konnten aufgenommen werden, so daß der Anteil der arabischen Minderheit immer kleiner wurde. So war es für die Araber in Israel besonders schwer, ihre Rechte durchzusetzen.

Als die Israelis 1956 in die Sinai-Halbinsel einmarschiert waren, wurde ihnen durch die Zusicherung der BRD, unter keinen Umständen die Zahlungen an Israel aufzuschieben, der Rücken gestärkt. In den 60er Jahren wurde die Durchschlagskraft der israelischen Armee durch Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen gestärkt, obwohl UNO-Generäle bestätigt hatten, daß Israel hauptsächlich für die Unruhen an den Grenzen verantwortlich war. Auch zur Zeit des israelischen Angriffs 1967 nahm die BRD Partei zugunsten der Israelis.

In den 70er Jahren begann die BRD im Windschatten der EG Israel aufzufordern, sich von allen besetzten Gebieten zurückzuziehen und 1980 anerkannte sie das Recht der Palästinenser auf Selbst-

bestimmung. Die EG hat jedoch nichts unternommen, um diese Forderungen durchzusetzen.

Nach Ablauf der Wiedergutmachungsleistungen hat die BRD jährlich mindestens 140 Mio DM als Entwicklungshilfe gezahlt. Für Investitionen in Israel bekamen deutsche Unternehmer finanzielle Vorteile von der BRD, als ob sie ihr Geld in einem Entwicklungsland angelegt hätten. Die BRD setzte sich für den Abbau der EG-Zölle gegenüber Israel ein. In allen Bereichen der Forschung, einschließlich der Kernforschung, arbeitet die BRD mit Israel zusammen. Immer wieder werden erhebliche Summen für Forschung, Seminare, Bibliotheken usw. gezahlt. Das Ministerium für Forschung und Entwicklung zahlte letztes Jahr 75 Mio DM für die Gründung einer Forschungstiftung in Israel. Das Wirtschaftsministerium weigert sich, Auskunft über Waffenlieferungen ins Ausland zu geben.

Hie und da erfährt man jedoch über Presseberichte, daß Lieferungen getätigt worden sind. So wurde durch Zufall bei einer Anhörung bekannt, daß 1973 eine deutsche Firma Tauchboote an Israel geliefert hatte.² Zwischen 1976 und 1978 erhielt Israel Waffen im Werte von 32,4 Mrd DM.³

Von der Bundeszentrale für politische Bildung werden alljährlich Studienreisen

Wiedergutmachungspartner Bundeskanzler Adenauer und Israels Präsident Ben-Gurion



nach Israel organisiert und finanziert, die den Zweck haben, die deutsche Öffentlichkeit zugunsten Israels zu beeinflussen. Dafür werden jährlich 150.000 DM ausgegeben. Seit 1963 wurden 4.000 Besucher nach Israel gebracht.

Darüber hinaus hat die BRD sich geweiigt, die PLO als Vertreterin der Palästinenser anzuerkennen. Die BRD begrüßte das Camp-David-Abkommen (von 1978; d. Red.), obwohl die Schwächung des arabischen Lagers durch den Austritt

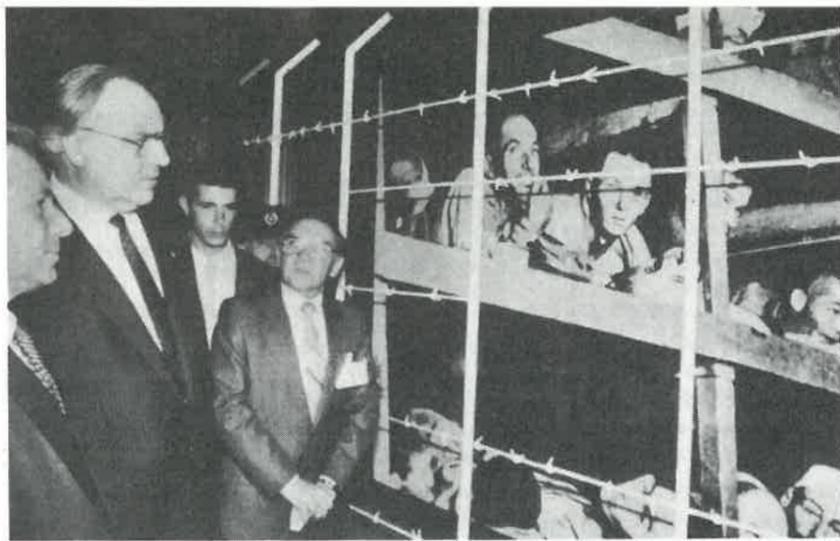
Die Nahostpolitik der BRD war nie neutral, sondern einseitig israelfreundlich und vom wirtschaftlich-strategischen Eigennutzen geprägt

Ägyptens den Überfall Israels in den Libanon wahrscheinlicher machte. Damals haben zahlreiche Nahostkenner diesen Angriff zur Zerschlagung des palästinensischen Widerstands vorausgesagt. Zwar beteiligte sich die BRD an dem EG-Protest gegen den israelischen Einmarsch in den Libanon (Juli/August 1982; d. Red.), Kanzler Helmut Schmidt behauptete jedoch, er sei „machtlos“, die Ereignisse im Libanon zu beeinflussen.

Der Besuch Präsident von Weizsäcker 1985 in Israel ist eines von vielen Beispielen für die propagandistische Schützenhilfe, die von der BRD aus geleistet wird. In seiner Rede lobte er Israel dafür, die Öde in ein fruchtbares Land verwandelt zu haben. Es habe sich erfolgreich gegen „Bedrohungen“ behauptet.

Einmal erwähnt er die Palästinenser, indem er ihnen ins Stammbuch schreibt, ihre Rechte auf Selbstbestimmung dürfen nicht zu Lasten Israels verwirklicht werden.⁴ Demnach muß der aus seinem Eigentum Verdrängte beweisen, daß die Rückgewinnung eines Teils des verlorenen Eigentums nicht zu Lasten des Eroberers geht!

Daß die BRD Israel aus dem Bewußtsein einer sittlichen Verpflichtung heraus unterstützt haben will, ist schon deshalb unglaubwürdig, weil sie die nichtjüdischen Opfer, was Wiedergutmachung und Erinnerungsarbeit angeht, sträflich vernachlässigt hat. Das gilt für die Zigeu-



Bundeskanzler Kohl (l.) besichtigte 1984 bei seinem Israel-Besuch auch die Gedenkstätte Yad Vashem, die an den faschistischen Massenmord an den Juden erinnert

ner, die Kommunisten, die slawischen Völker, russische Gefangene, Homosexuelle, Sterilisationsopfer, Zwangsarbeiter und andere Opfer der Konzentrationslager.⁵

Darüber hinaus ist die Unterstützung Israels, wo die Folgen für die Palästinenser abzusehen waren, vom moralischen Standpunkt aus eine fragwürdige Angelegenheit. Als Konrad Adenauer 1951 das Abkommen mit Israel abschloß, behauptete er, „die Bundesregierung hat weder das Recht noch die Möglichkeit, einen Standpunkt in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge einzunehmen“.

In der vorherrschenden abendländischen Ethik (Vernunftethik) wird allerdings gefordert, daß die wahrscheinlichen Folgen, einschließlich die für Dritte, berücksichtigt werden müssen, wenn man eine moralische Entscheidung fällen will. Hätte Adenauer seine Entscheidung darauf aufgebaut, so hätte er auf den Kern der Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern stoßen müssen. Zur Erläuterung ein Satz von dem britischen Philosophen Bertrand Russell: „Die Tragödie des palästinensischen Volkes ist, daß ein Land von einer fremden Macht an ein anderes Volk 'übergeben' wurde zwecks Schaffung eines neuen Staates. Das Ergebnis war, daß Hunderttausende von unschuldigen Menschen zu ständiger Heimatlosigkeit verurteilt wurden. Es ist absolut klar, daß den Flüchtlingen das Recht auf ihre Heimat, aus der sie vertrieben wurden, zusteht.“⁶

Nicht das Bewußtsein einer moralischen Verpflichtung, sondern ganz andere Gründe waren entscheidend für die Unterstützung Israels durch die Bundesrepublik.⁷

Erstens: Mit der Entscheidung der BRD gegen eine Neutralisierung Deutschlands und für die wirtschaftliche, kulturelle und sicherheitspolitische Einbindung in den Westen wurde ihre Abhängigkeit von den USA auf Jahre hinaus festgeschrieben. Keine Frage, die USA brachten auch die BRD für ihre Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wie auch für wirtschaftliche Zwecke. Natürlich saßen die USA am längeren Hebel. Daraus erwuchs auch eine besondere Empfindlichkeit der BRD in Bezug auf die amerikanische Israelpolitik. Schon vor den Verhandlungen, die zu dem „Wiedergutmachungsabkommen“ mit Israel führten, machten die USA, Frankreich und England deutlich, daß sie ein solches Abkommen wollten. Die USA haben die BRD auch aufgefordert, Waffen an Israel zu liefern. Gleichfalls haben die USA sich wiederholt gegen eine Einmischung der EG in die amerikanische Nahostpolitik verwehrt. **Zweitens:** Auch unabhängig von den amerikanischen Wünschen hat die BRD Israel als wichtigen Baustein für westliche Interessen im Nahen Osten angesehen, dazu gehörte der Versuch, die Sowjetunion von einer Einflußnahme im Nahen Osten fernzuhalten. **Drittens:** Die EG bemüht sich seit langem, den Vorderen und Mittleren Osten wirtschaftlich zu durchdringen. Dies geschieht in zunehmendem Maße im Wettbewerb mit den USA. Da die westeuropäischen Belange außer in der kurzen Ölkrise 1973 nie ernsthaft gefährdet waren, sah sich die EG nie genötigt, einen tatkräftigen Einsatz gegen die amerikanisch/israelische Nahostpolitik zu machen. Darüber hinaus ist Israel für die Wirtschaft der BRD von nicht unerheblicher Bedeutung. Es ist ein guter Abnehmer für Waffen und andere Waren. Dazu können deutsche Unternehmer, die gemeinschaftliche Unternehmen mit Israel begründen, ihre Waren zollfrei in die USA verkaufen. Allerdings scheint die EG neuerdings ernsthaft zu überlegen, ob ihre bisherige laue Nahostpolitik ihre eigenen Wirtschaftsinteressen zu sehr gefährdet. Zum einen hat die EG Israel dazu bringen können, seine Einmischung in den Handel zwischen Europa und den Palästinensern in den besetzten Gebieten aufzugeben.

zung mit der Sowjetunion wie auch für wirtschaftliche Zwecke. Natürlich saßen die USA am längeren Hebel. Daraus erwuchs auch eine besondere Empfindlichkeit der BRD in Bezug auf die amerikanische Israelpolitik. Schon vor den Verhandlungen, die zu dem „Wiedergutmachungsabkommen“ mit Israel führten, machten die USA, Frankreich und England deutlich, daß sie ein solches Abkommen wollten. Die USA haben die BRD auch aufgefordert, Waffen an Israel zu liefern. Gleichfalls haben die USA sich wiederholt gegen eine Einmischung der EG in die amerikanische Nahostpolitik verwehrt. **Zweitens:** Auch unabhängig von den amerikanischen Wünschen hat die BRD Israel als wichtigen Baustein für westliche Interessen im Nahen Osten angesehen, dazu gehörte der Versuch, die Sowjetunion von einer Einflußnahme im Nahen Osten fernzuhalten. **Drittens:** Die EG bemüht sich seit langem, den Vorderen und Mittleren Osten wirtschaftlich zu durchdringen. Dies geschieht in zunehmendem Maße im Wettbewerb mit den USA. Da die westeuropäischen Belange außer in der kurzen Ölkrise 1973 nie ernsthaft gefährdet waren, sah sich die EG nie genötigt, einen tatkräftigen Einsatz gegen die amerikanisch/israelische Nahostpolitik zu machen. Darüber hinaus ist Israel für die Wirtschaft der BRD von nicht unerheblicher Bedeutung. Es ist ein guter Abnehmer für Waffen und andere Waren. Dazu können deutsche Unternehmer, die gemeinschaftliche Unternehmen mit Israel begründen, ihre Waren zollfrei in die USA verkaufen. Allerdings scheint die EG neuerdings ernsthaft zu überlegen, ob ihre bisherige laue Nahostpolitik ihre eigenen Wirtschaftsinteressen zu sehr gefährdet. Zum einen hat die EG Israel dazu bringen können, seine Einmischung in den Handel zwischen Europa und den Palästinensern in den besetzten Gebieten aufzugeben.

Bezeichnenderweise hat Hans Sterken, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags und Vorstandsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bei der Nahostdebatte vom März 1988 im Bundestag nicht nur seine gewöhnlichen Schuldzuweisungen an die Adresse der Araber geäußert, sondern auch zugegeben, „daß es im Augenblick keine ernsthafte Bedrohung für die Existenz des Staates Israel gibt“.⁸ Schließlich hat die Frankfurter Allgemeine schon lange den Standpunkt vertreten, daß die Räumung der besetzten Gebiete unerlässlich sei, um zu verhindern, daß noch radikalere Kräfte die Oberhand im Nahen Osten gewinnen. **Viertens:** Es gibt in der BRD – übrigens auch in den USA – eine große Anzahl von eifrigen Verfechtern der israelischen Sache, die einflußreiche Stellen besetzen. Offensichtlich gehen ihre Beweggründe über die oben angeführten wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gründe hinaus. Ob sie reine Idealisten sind oder ob sie damit eigene Vorteile sichern, bleibe dahingestellt. Zu diesen Kreisen gehören Parlamentarier, Beamte, Geistliche, Journalisten u.a., wobei die Bundeszentrale und einige Landeszentralen für politische Bildung für sie einen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit darstellen. Die Geschichte der Judenverfolgung wird offensichtlich eingesetzt, um die zionistischen Belange zu fördern. Die nichtjüdischen Opfer werden in der Vergangenheitsarbeit kaum berücksichtigt. So hat z.B. die Christlich-Jüdische Gesellschaft die Zigeuner nie zu den Wochen der Brüderlichkeit eingeladen. Darüber hinaus benutzen manche der Israel-

freunde ihre einflußreichen Stellen dazu, die schlimmsten Verleumdungen über die Palästinenser zu verbreiten. Bei der Nahostdebatte des Bundestages behauptete Frau Hamm-Brücher, daß sie auf einem palästinensischen Flugblatt, das in den besetzten Gebieten verteilt worden sei, folgende israelfeindlichen Äußerungen gelesen hätte: „Das sind die Juden, die Brüder der Affen, die Profitmörder, die Blutsauger und Kriegshetzer. Laßt das Blut unserer Toten nicht umsonst vergossen worden sein, sondern verwandelt jeden Blutstropfen in eine Feuerbombe und in einen Sprengsatz, der die Juden in Fetzen reißt!“ Statt kritischer Fragen zur Echtheit die-

ses Zitats erhielt die Sprecherin noch Beifall von Abgeordneten aus allen Parteien. Auf schriftliche Anfrage einer Bürgerin wurde mitgeteilt, daß Frau Hamm-Brücher diese Auskunft von der israelischen Botschaft bezogen hatte! Bei erneuter Nachforschung über eine genauere Quellenangabe redete man sich damit heraus, daß sie nicht autorisiert sei, die damals geliehenen Unterlagen (von der israelischen Botschaft) weiterzuleiten.⁹ Zweifellos haben diese Israelverfechter viel getan, um Israels Sache zu unterstützen und die Palästinenser zu benachteiligen. Aber ihre Bedeutung und die Bedeutung der „Holocaustwaffe“ sollen nicht überbewertet werden. Sie waren sicher keine notwendige Voraussetzung für die israelfreundliche Nahostpolitik der BRD. Wie wir schon gesehen haben, entsprach diese Politik lange Zeit den Interessen der BRD, wie sie von den herrschenden Kreisen gesehen wurden. Das Verhalten der BRD zu anderen Auseinandersetzungen in der Dritten Welt bestätigt diese These. Die BRD hat nirgends in der Dritten Welt ernsthafte Versuche gemacht, Befreiungsbestrebungen zu fördern. Sie redet hier und da den Unterdrückten ins Gewissen und bemüht sich gleichzeitig und vordringlich ums Geschäft, was letzteres wieder die Stellung der Unterdrückten bestärkt. Zur Absicherung ihrer wirtschaftlichen und strategischen Ziele in der Dritten Welt arbeitet die BRD eng mit den USA und anderen NATO-Mitgliedern zusammen.¹⁰ Entgegen der landläufigen Meinung, die BRD könne in Sachen Nahost nichts tun, möchte ich einige Möglichkeiten aufzeigen: Man könnte damit aufhören, die Untaten der Israelis zu beschönigen und ihnen deutlich sagen, daß ihre „Sicherheitsgründe“ hier nicht länger als Entschuldigung verkauft werden können. Die angebliche Verpflichtung der Deutschen gegenüber dem Staat Israel muß offen in Frage gestellt werden. Man müßte die echte Opposition in Israel hier mehr zu Wort kommen lassen und Kolonialisten wie Teddy Kollek ein Einreiseverbot erteilen. Man muß endlich die PLO als Vertreterin der Palästinenser anerkennen wie auch den neugegründeten Staat. Bis Israel sich von den besetzten Gebieten zurückzieht, müßte die BRD Entwicklungshilfe und die Lieferung von Waffen und Hochtechnologie einstellen. Es steht außer Frage, daß die USA dies als Eingriff in ihre Führungsrolle verstehen würden. Es dürfte allerdings langsam an der Zeit sein, daß sich die BRD stärker von dieser unglücklichen Bevormundung abnabelt.

Man müßte endlich die PLO als Vertreterin der Palästinenser anerkennen wie auch den neugegründeten Staat. Bis Israel sich von den besetzten Gebieten zurückzieht, müßte die BRD Entwicklungshilfe und die Lieferung von Waffen und Hochtechnologie einstellen. Es steht außer Frage, daß die USA dies als Eingriff in ihre Führungsrolle verstehen würden. Es dürfte allerdings langsam an der Zeit sein, daß sich die BRD stärker von dieser unglücklichen Bevormundung abnabelt.

**Bonn muß
die PLO und den Palästina-
staat anerkennen sowie die Hilfe
für Israel einstellen, bis dieses
sich aus den besetzten
Gebieten zurückzieht**

Man müßte endlich die PLO als Vertreterin der Palästinenser anerkennen wie auch den neugegründeten Staat. Bis Israel sich von den besetzten Gebieten zurückzieht, müßte die BRD Entwicklungshilfe und die Lieferung von Waffen und Hochtechnologie einstellen. Es steht außer Frage, daß die USA dies als Eingriff in ihre Führungsrolle verstehen würden. Es dürfte allerdings langsam an der Zeit sein, daß sich die BRD stärker von dieser unglücklichen Bevormundung abnabelt.

Dr. Kenneth M. Lewan, US-amerikanischer Jurist und Professor für Politische Wissenschaften in Hagen, ist Autor mehrerer Bücher zur bundesdeutschen Israel- und Nahostpolitik und Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Zur Zeit arbeitet K. Lewan an einem Buch zum Vergleich Israel-Südafrika und hat soeben ein erstes Theaterstück abgeschlossen, das über die Situation in Palästina vor der Intifada handelt.

Anmerkungen:

- 1) Näheres über die Geschichte der Unterstützung Israels durch die BRD in: Kenneth Lewan, Sühne oder neue Schuld: Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Das arabische Buch, Berlin (West-) 1984, S. 66-76
- 2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.1.1987
- 3) Vgl. Rainer Falk, Die heimliche Kolonialmacht, Pahl-Rugenstein, Köln 1985, S. 182
- 4) Die Rede ist abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung, München, 10.10.1985
- 5) So unterstützt die Bundeszentrale für politische Bildung z.B. Israelreisen, um

„Vorurteile zu überwinden“, aber sie unterstützt keine solchen Reisen zu den Zigeunern oder anderen Opfern des Nazi-regimes. Erst vor kurzem hat der Bundestag Gelder für „notbedürftige“ Nichtjuden zur Verfügung gestellt. Nur die Namen der jüdischen Opfer sind von der BRD gesammelt und veröffentlicht worden. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 21.1.1987. Bezeichnend ist auch, daß deutsche Unternehmen nur an jüdische Zwangsarbeiter Entschädigung gezahlt haben.

- 6) Näheres über die Frage der deutschen Verpflichtung an Israel/die Palästinenser in: K. Lewan, Sühne oder neue Schuld..., a.a.O., S. 77-106
- 7) Zu den Gründen für die Nahostpolitik der BRD siehe: ebenda, S. 66-77
- 8) Die Debatte vom 11. März ist abgedruckt in: Das Parlament, Bonn, 25.3.1988
- 9) Siehe die Briefe aus dem Büro von Frau Hamm-Brücher vom 18. April und 18. Mai 1988 an Hannelore Lewan. Weiteres über die „Mitschreiber im heimischen Lager“ in: Kenneth Lewan, Sechs Tage und zwanzig Jahre, Edition Neue Wege, Berlin (West-) 1988, Teil IV
- 10) Vgl. R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht, a.a.O.

Die Welt richtet ihren Blick auf die Palästinenser.



Georg Stein
DIE PALÄSTINENSER
Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes.
Mit einem Vorwort von Erich Fried
Ein Bildband mit 140 Farbfotos
Begleittexte in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch.
Format 23 x 26 cm
160 Seiten, DM 48,-

Georg Stein richtet seinen Blick und seine Kamera auf die Palästinenser. Wie sehen die Menschen aus, ihre Gesichter, ihr Lächeln und ihre Verzweiflung? Wie leben sie? Womit spielen ihre Kinder? Wo begegnet ihnen die Gewalt, und wie wehren sie

sich? Der Widerstand lebt in Gesten, in Zeichen an der Wand, in den Spuren der Geschichte und in der politischen Arbeit der PLO. Mit 140 Bildern in einem kostbar gedruckten Buch, in ruhigen, sehr genauen Bildern, nähern wir uns Menschen, die ein Unrecht abwehren, das nicht zu verdrängen ist, wenn das Bewußtsein sich nicht trüben und die Moral nicht verkommen soll. Darauf allerdings legt dieses klare und schöne Buch Wert – und damit überzeugt es.

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.
PAHL-RUGENSTEIN



Edward Cody

Ibrahim Souss Eine spitze Feder für die PLO

Ibrahim Souss, palästinensischer Poet, Schriftsteller und Musiker in einem, lebt als Repräsentant der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) in Paris. Dort sorgte er mit einem offenen „Brief an einen jüdischen Freund“ kürzlich für Aufsehen. Die deutsche Übersetzung ist soeben im Greno Verlag, Nördlingen (93 S., 15 DM) erschienen.

Statt mit einer palästinensischen Kafiyah kommt Ibrahim Souss mit einer französischen Krawatte daher. Und es ist nutzlos, nach einer Kalaschnikow zu suchen. Er läßt seinen Füllfederhalter.

Der Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Paris wirbt für seine Sache mit ebensolcher Hingabe wie sein Chef Yassir Arafat. Wie es jedoch von einem Konzertpianisten erwartet werden darf, der in Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich ausgebildet wurde, hat der 42jährige gebürtige Jerusalemer eine Art und Weise des Kampfes gegen Israel, die sich von Arafats militärischen und diplomatischen Schlachten unterscheidet.

Der letzte Schuß im Kampf auf Souss'sche Art hat die Gestalt eines Buches „Briefe an einen jüdischen Freund“. Als ein dichter, gefühlsbetonter Aufruf zur Aufmerksamkeit für die Anliegen der PalästinenserInnen, verkauft sich das französischsprachige Werk gut in Paris, und spanische und italienische Ausgaben sind gerade erschienen. Eine japanische und eine englische Fassung sind in Planung.

Die Veröffentlichung des Buches vor drei Monaten hat in den Medien viel Staub aufgewirbelt, um in Frankreich die Diskussion über die israelischen Maßnahmen zur Unterdrückung des palästinensischen Aufstands in der Westbank und in Gaza voranzutreiben. „Unser Kampf mit Israel ist ein Krieg von Kulturen, und wir müssen alle Waffen nutzen, die uns zur Verfügung stehen“, sagte er. „Und außerdem schreibe ich gerne Bücher.“

Getreu der französischen Kultur, die Souss in sich aufgenommen hat, ist in dem dünnen Band nichts Unbedachtes, noch nicht einmal der Titel. Der französische Existenzialist Albert Camus

schrub „Briefe an einen deutschen Freund“ als die Nazis gerade dabei waren, Knobelbecher in Europa berühmt zu machen. Beim erneuten Lesen eines Abschnittes im Werk von Camus, so schreibt Souss, kam ihm der Gedanke, westliche Juden an „einem Wendepunkt in der Geschichte unserer unterbrochenen Freundschaft“ anzusprechen. Souss, dessen französische Prosa anmutig und eindringlich ist, schreibt in einem Ton, der wie die ausgestreckte Hand der Freundschaft wirkt. Gleichzeitig stellt er einige der scharfen Fragen, denen sich Anhänger Israels rund um die Welt hinsichtlich der PalästinenserInnen stellen müssen.

Über die israelische Besetzung der Westbank und Gazas seit 1967: „Mein Freund, ich bin nicht dumm. Du hast mir über Sicherheit erzählt, aber warum es tatsächlich ging, war die Verwirklichung eines biblischen Traumes. Ihr wolltet, daß Israel sich einen 'Lebensraum' schafft, unabdingbar für sein wirtschaftliches Gedeihen. Siehst Du das ein?“

Über Israels Ruf unter westlichen Juden, die Wüste zum Blühen gebracht zu haben: „Die Küste von Ras al-Naqla bis Gaza, übersät von Orangenhainen, gepflanzt und über Generationen hinweg gepflegt von Palästinensern und Palästinenserinnen, wird in Eurer Erinnerung seltsamerweise voller Sand. Die Berge Galiläas, auf denen in jedem Frühling Apfel-, Birnen- und Aprikosenbäume blühen, werden trocken und steinig. Die Olivenhaine rund um unsere Städte und Dörfer erscheinen in Eurer trunkenen Propaganda wie so manches Fleckchen Erde, das zionistische Siedler urbar gemacht haben.“

Souss brachte das Buch im Dezember heraus, als der palästinensische Aufstand begann. Es ist sein drittes Werk, das in Frankreich veröffentlicht wurde. Nach einem Gedichtband brachte Souss letztes Jahr seinen ersten Roman „Weit weg von Jerusalem“ heraus.

Die gefühlsreiche Geschichte einer zum Scheitern verurteilten Liebe zwischen einem jüdischen Mädchen und einem palästinensischen Jungen im vorisraelischen Jerusalem wurde 12.000 mal verkauft, was bemerkenswert für einen Erstlingsroman auf dem kleinen französischen Markt ist.

In seinem PLO-Büro im gutsituierten 16. Arrondissement von Paris sagte Souss, er habe sich entschieden, das Buch zu schreiben, weil er den Eindruck gewonnen habe, daß viele im Westen nur eine verschwommene Vorstellung davon haben, warum es einen Konflikt im Nahen Osten gibt.

Dazu kam, so sagte er, daß er bekümmert gewesen sei über die allgemeine Zustimmung unter westlichen Juden über das, was er als israelische Brutalität gegenüber steinewerfenden palästinensischen Jugendlichen betrachtet. „Warum macht ein Mann wie Elie Wiesel, zum Beispiel, warum macht er an den Grenzen Palästinas halt, wenn es darum geht, Mitleid mit den Leiden der Menschen zu haben?“ fragt Souss. „Er zeigt Mitgefühl für Nicaragua, für Vietnam, für die Juden in Rußland, und dann, wenn israelische Soldaten palästinensische Kinder erschießen, kann er nicht sprechen.“

Wiesel, der Geschichtsschreiber des Holocaust- und Friedensnobelpreisträger zog sich hier während einer Konferenz im Januar 1988 wegen seines Widerstrebens, israelische Roheiten bei der Niederschlagung der Revolte zu verurteilen, einige herbe Kritiken zu. Seit damals haben einige französische jüdische Intellektuelle ihre Besorgnis über die israelische Vorgehensweise zum Ausdruck gebracht.

Aber der Vertreter der Französischer jüdischer Einrichtungen gab im Februar ein Komunique heraus, in dem eine „tiefe Bindung an und brüderliche Solidarität“ mit Israel während des Aufstandes angeboten wurde und „Vertrauen darin“ ausgedrückt wurde, „daß der Staat Israel die Erfüllung seiner Aufgaben im Geiste der Menschenrechte und der persönlichen Würde sicherstellen wird“.

Gérard Israel von der Israelitischen Vereinigung sagte, das Souss-Buch sei von

**Der letzte Schuß
im Kampf auf Souss'sche
Art hat die Gestalt des
Buches „Brief an einen jüdischen
Freund“**

einigen französischen jüdischen Intellektuellen gelesen und diskutiert worden. Wenn man auch die humanistische Herangehensweise von Souss und seine oft gemäßigten Aussagen würdige, sagte Israel, werde das Buch nicht als politisch bedeutsam angesehen. „Der beste Brief an einen französischen jüdischen Freund wäre, von Arafat bestätigt zu bekommen, daß die PLO ein bißchen weniger rückeroberungsfreudig wird“, sagte er. Das Schicksal der PalästinenserInnen der

Westbank ist aus mehreren Gründen Gegenstand von Souss' Besorgnis. Als hiesiger PLO-Vertreter ist die Förderung des Ansehens der PalästinenserInnen Teil seiner Aufgabe. Das Pariser Büro, das seit 1975 arbeitet, hat auch einen offiziell bekannten Verbindungsauftrag zur französischen Regierung, einschließlich einiger diplomatischer Vorrechte und Polizeischutz.

Was die persönliche Ebene betrifft, so ist Souss' Frau Diana die Tochter von Raymond Tawil, einem langjährigen Aktivisten der Westbank, der großen Anteil am Aufbau des Palästinensischen Pressedienstes hat. Die in Jerusalem ansässige Agentur stellte israelischen Journalisten und Auslandskorrespondenten in Israel Nachrichten aus palästinensischer Sicht zur Verfügung, bis die Regierung sie Ende März 1988 schloß.

Souss wurde 1945 in einer wohlhabenden Jerusalemer Familie geboren. Als drei Jahre später Israelis in ihrer Nachbarschaft Einzug hielten, flohen seine Eltern mit ihm nach Beirut. Nach einigen Jahren im Libanon jedoch brachte sein Vater die Familie nach Jerusalem zurück, wobei sie sich dieses Mal im Ostteil der Stadt niederließ, der bis 1967 unter jordanischer Kontrolle stand. Dieser Umzug prägte einen großen Teil von Souss' späterem Leben.

In einer ehemaligen Einrichtung der britischen Armee, in der die Familie Souss eine Zeitlang wohnte, hatte jemand ein Klavier zurückgelassen. Der junge Souss versuchte sich daran. Sein Vater, der in protestantischen Gottesdiensten Orgel spielte, brachte ihm einige Noten bei, und eine Leidenschaft war geboren.

„Als ich 12 Jahre alt war, sagte ich meinem Vater, daß ich Konzertpianist werden wollte“, erinnert sich Souss. „Er sagte, na gut, versuche dein Glück. Sehr seltsam für einen arabischen Mann.“

Nach dem Abschluß des St. George Gymnasiums in Jerusalem studierte Souss zwei Jahre lang Klavier an der Hochschule für Musik in München. Später studierte er am Royal College of Music in London und an der Ecole Normale in Paris.

Obwohl er seine Fähigkeiten am Klavier genügend entwickelte, um eine Anzahl von Konzerten zu geben, lenkte Souss seine Aufmerksamkeit auf die Politik, als die Palästinafrage nach dem Nahostkrieg 1967 in den Vordergrund rückte. Damals schon gut in Frankreich eingelebt, besuchte er das hochangesehene Institut für Politikwissenschaften und wurde bald zum PLO-Vertreter bei der UNESCO ernannt.

Souss leitet das hiesige PLO-Büro seit sein Vorgänger, Essedin Qalqa, vor 10 Jahren ermordet wurde.

(Quelle: International Herald Tribune, Paris, 31.8.1988)

Aktions- und Materialspiegel

Bücher und Broschüren



Aktuelle Hintergründe zur Intifada, dem Aufstand im besetzten Palästina, liefern Ivesa Lübben/Käthe Jans, **Kinder der Steine. Vom Aufstand der Palästinenser, rororo-Aktuell, Reinbek bei Hamburg 1988, 190 S., 9,80 DM, und**

Alexander Flores, **Intifada. Aufstand der Palästinenser**, Rotbuch Verlag, West-Berlin 1988, 144 S., 15 DM.

Lübben/Jans, freie Journalistinnen aus Bremen, vermitteln in Form einer umfangreichen Reportage über einen Aufenthalt in Gaza einen lebendigen Eindruck vom Alltagsleben der palästinensischen Bevölkerung unter der israelischen Besatzungswillkür. Ergänzt durch Hintergrundfakten aus der Geschichte der besetzten Gebiete und des palästinensischen Volkes kommen Emotionen, Ängste und Probleme ebenso einfühlsam zum Ausdruck wie der unbedingte Wille der PalästinenserInnen zur Durchhalten.

A. Flores, Orientwissenschaftler aus Erlangen, untersucht in knapper Form die Auswirkungen der israelischen Besatzung u.a. auf Ökonomie, Sozial- und Infrastruktur der besetzten Gebiete ebenso wie deren Folgen für das politische Bewußtsein und die Politik der PalästinenserInnen unter israelischer Fremdherrschaft. Teil II beschäftigt sich mit der Entwicklung, Kampfformen und Zielen der Intifada selbst. Hilfreich ist auch die einleitende Auseinandersetzung mit der seit der Intifada wieder auflebenden Diskussion um den Charakter des Staates Israel innerhalb der westdeutschen Linken und der Palästina-Solidaritätsbewegung.

Zur Vertiefung der wirtschaftlich-sozialen Hintergründe empfehlen sich an neueren Titel besonders: Viktoria Waltz/Joachim Zschiesche, **Die Erde habt ihr uns genommen. 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina. Das Arabische Buch**, West-Berlin 1986, 436 S., 18 DM.

Waltz/Zschiesche, Dortmund, verbinden raumplanerisches Fachwissen mit sozialwissenschaftlichen Hintergründen zu einer ausgezeichneten, detaillierten Analyse zionistischer Ideologie und Kolonisierung Palästinas von den Anfängen um die Jahrhundertwende bis in die Gegenwart.

Ausgangspunkt der Dokumentation von Jan Metzger (Hg.), **Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung**, West-Berlin 1986, 244 S., 12 DM sind die Forschungsergebnisse des Westbank Data Base Project von 1984 unter Leitung von Dr. Meron Benvenisti. Diese bislang umfangreichste Analyse der demographischen, ökonomischen und landwirtschaftlichen Verhältnisse



in den besetzten Gebieten wird ergänzt durch diverse Diskussionsbeiträge zur politischen Zukunft der besetzten Gebiete. Frauenspezifischen Anliegen im besetzten Palästina gewidmet sind:

Barbara Debus, **Unter Besatzern und Patriarchen. Palästinensische Frauen in der Westbank. Sozialgeschichte und Widerstand, Reihe Internationalismus - Informationen Nr. 14, Gießen 1986, 208 S., 19,80 DM, und**

Autonome Nahostgruppe Nahost (Hg.), **Ich hoffe meine Tochter geht den gleichen Weg wie ich. Eine Palästinenserin berichtet vom Befreiungskampf im Ghaza-Streifen, Libertäre Assoziation, Hamburg 1987, 61 S., 11,40 DM.** Letzteres erzählt die Lebensgeschichte der Widad Al-Awad aus Gaza vor dem Hintergrund des Widerstandskampfes in Gaza, bei dem insbesondere die Rolle der Frauen berücksichtigt wird. Barbara Debus' Buch untersucht die sozialökonomische und politische Situation palästinensischer Frauen in der Westbank, die Herausbildung einer palästinensischen Frauenbewegung und deren Rolle im gesamt-nationalen Widerstand.

Aharon und Amalia Barnea, **Freunde trotz Terror und Tod. Der Israeli und der Palästinenser, rororo-Aktuell, Reinbek bei Hamburg 1988, 254 S., 12,80 DM** erzählt die ungewöhnliche, vom israelischen Gesetz verbotene Freundschaft zwischen der israelischen Familie Barnea und dem führenden Fatah-Mitglied Salah Ta'mari, die in den Wirren des Libanonkrieges von 1982 begann. Die Erzählung ist ein Plädoyer der israelisch-palästinensischen Verständigung. Das gleiche gilt für das Buch von

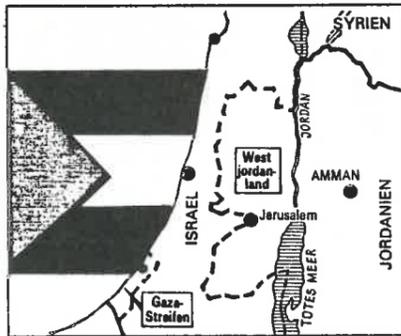
David Grossman, **Der gelbe Wind. Die israelisch-palästinensische Tragödie**, München 1988, 224 S., 28 DM.

Grossman, der bedeutendste israelische Erzähler der Gegenwart, Träger mehrerer Literaturpreise, erzählt einfühlsam seine Beobachtungen und Erlebnisse in den besetzten Gebieten, von Flüchtlingseleid, Unterdrückung und Knechtung der PalästinenserInnen, von der Unbegreiflichkeit der israelischen Eroberungs- und Besatzungspolitik.

Einen plastischen Eindruck von palästinensischer Identität, Kultur, Alltagsleben und Widerstand vermittelt der Photoband von

Georg Stein, **Die Palästinenser. Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes, Pahl-Rugenstein, Köln 1988, 154 S., 48 DM.** Die insgesamt 140 Fotos schildern die Unterdrückung und Zerstörung, zeigen junge und alte Menschen, wie sie leben, feiern und kämpfen, in Palästina und im Libanon. Die äußerst rege Zusammenarbeit Israels mit

reaktionären bzw. faschistischen Regimes wie Südafrika, Chile oder Paraguay und die Einbettung Israels in die Nahoststrategie der USA sind einige Themen, die bei **Benjamin Beit-Hallahmi, Schmutzige Allianzen. Die geheime Geschichte Israels, Kindler Verlag, München 1988, 322 S., 29,80 DM** behandelt werden. Großen Raum nimmt die Darstellung der Zusammenarbeit mit Südafrika, von gemeinsamen militärisch-strategi-



Kenneth M. Lewan
Sechs Tage und zwanzig Jahre

Edition Neue Wege

schen Planungen bis hin zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit, ein. Der israelische Wissenschaftler Beit-Hallahmi besticht durch seinen Detail- und Faktenreichtum. Neuere Einschätzungen zur westlichen Nahostpolitik, voran zur dominanten USA und zur BRD, sind Mangelware. So ist es unumgänglich, die Studie des Bonner Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik heranzuziehen: **Christian Hacke, Amerikanische Nahost-Politik. Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan, Ouldenbourg Verlag, München/Wien 1985, 299 S., 98 DM.**

Zwar ist Hackes einleitende Skizzierung der Grundlagen der US-Nahostpolitik vor 1967 viel zu knapp geraten und bleibt die Studie insgesamt zu sehr an der politisch-diplomatischen Oberfläche. Dennoch bietet sie einen informativen Überblick über die bestimmenden Konzepte und Aktivitäten der Vormacht USA unter den Präsidenten Nixon, Ford, Carter und Reagan (erste Amtsperiode). Hackes Ausblick krankt daran, daß er die von der UNO, der PLO bzw. der UdSSR vorgesehene Alternative für eine politische Verhandlungslösung außen vorläßt.

Nach wie vor konkurrenzlos ist die hervorragende Studie zur Geschichte und dem aktuellen Stand der bundesdeutschen Nahostpolitik **Kenneth M. Lewan, Sühne oder Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Jerusalem International (Vertrieb Arabisches Buch), Ottawa 1984, 152 S., 9,80 DM.**

Im ersten Teil des Buches umreißt Prof. Lewan die Bausteine des Staates Israel: Araber im Judenstaat, zionistische Siedlungskonzept, Vorgehen gegen die PLO, Besatzungspolitik,

zionistische Ideologie und Parteien, Bündnis mit den USA.

Im zweiten Teil des Buches legt Lewan detailliert die Grundlagen und Besonderheiten der Bonner Nahost- und Israelpolitik dar, darunter die vielstrapazierte Schuldfrage und die Wiedergutmachungszahlungen an Tel Aviv. Abschließend entwirft der Autor ein Alternativbild für eine neue BRD-Nahostpolitik.

Ergänzende Aufsätze zu beiden Themenbereichen finden sich in

Kenneth M. Lewan, Sechs Tage und zwanzig Jahre, Edition Neue Wege, West-Berlin 1988, 168 S., 12,80 DM.

Reizvoll ist wieder einmal Lewans Auseinandersetzung mit der einseitigen Nahost-Berichterstattung und der großen Scheu bundesdeutscher Institutionen vor einem kritischen Israel-Bild.

Materialien

Die ersten Monate der Intifada, den Widerstand der „Kinder der Steine“ gegen die israelische Militärmacht, hat die ehemals Jerusalemer, jetzt internationale Musik- und Theatergruppe „In A'd Rifaki“ verfilmt: **„Intifada – Road of Freedom“** Produktion „In A'd Rifaki“, Videofilm, 20 Minuten, VHS, Kaufpreis 100 DM. Anschrift: In A'd Rifaki, Naunynstr. 57, 1000 Berlin 36.



Ein Dokumentarfilm über den dritten Lagerkrieg gegen die palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut, Sabra und Schatila, hat das bittere Schicksal der Belagerten, die vom Oktober 1986 bis Januar 1988 in einem Trümmerfeld standhielten, festgehalten: **„Schatila. Auf dem Weg nach Palästina“** 45 Minuten, 16 mm, Farbe, Lichtton, 1988, Verleihpreis 150 DM, Vertrieb: Zentral Film, Friedensallee 14-16, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-391676. Derselbe Streifen ist auch als Videofilm zu beziehen bei: Medico International, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt/M. 1 Tel. 069-4990041.

„Why?“ BRD/Libanon 1982, Produktion: Monika Maurer/Palästinensischer Roter Halbmond, Dokumentarfilm, 26 Minuten, UNIDOC-Filmverleih, Braunschweigerstr. 20, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231-8380147. Dieser Dokumentarfilm über die monatelange Belagerung von Beirut im Sommer 1982 zeigt



2500 Menschen demonstrierten am 10. 12. 1988 in Hamburg für die Anerkennung des Staates Palästina und der PLO (Foto: M. Meyborg)

sehr eindringlich das brutale Vorgehen der israelischen Armee vor allem gegen soziale Einrichtungen und die Zivilbevölkerung sowie den Einsatz international geächteter Waffen.

Verschiedene Materialien zur Palästina-Solidarität bzw. zum Verschenken vertritt der Solidaritätsshop 3. Welt:

Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkuti, s/w, 6,- DM
Postkarte mit Motiv des palästinensischen Künstlers Burhan Karkuti: „Geburt eines palästinensischen Kindes“, schwarz-weiß, 0,30 DM
Palästinensisches Tuch „Kufia“ rot-weiß oder schwarz-weiß, 15,- DM
Adresse: Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-778863.

Kampagnen, Projekte

Gefangenenhilfe
Konkrete Unterstützungsarbeit für politische Gefangene in Israel/Palästina sowie Öffentlichkeitsarbeit gegen Besatzungspolitik und Menschenrechtsverletzungen in der Westbank und Gaza leistet die „Womens Organization for Political Prisoners“ (WOPPP), gegründet im Mai 1988. Sie ist ein Zusammenschluß palästinensischer und israelischer Frauen. Kontaktadresse: WOPPP, P.O. Box 31811, Tel Aviv 61318, Israel.

Hilfe für Frauenkomitees
Der Verein „Freundinnen des palästinensischen Volkes“, gegründet im September 1987 in Hamburg, betreut neben der Öffentlichkeitsarbeit Projekte in den besetzten Gebieten, darunter einen Kindergarten und ein Frauenzentrum in Yarmouk, Frauen- und medizinische Hilfskomitees. Anschrift: Freundinnen des palästinensischen Volkes, Postfach 304145, 2000 Hamburg 4.

Medizinische Spendenaktionen
Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) unterstützt mit einer Geldsammlung die Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC) in der Westbank und Gaza. Sie sollen vor allem für Rehabilitationsprogramme zugunsten mißhandelter PalästinenserInnen und für Blutspenden eingesetzt werden.

Poster „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“, vielfarbiges Gemälde von Suliman Mansour, Hochglanzpapier, DIN A 1, 10,- DM



Für diese und andere notwendige Ausgaben erbittet das ASK Spenden auf das **Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Konto-Nr. 527 055-602 beim Postgiroamt Frankfurt/M. (BLZ 500 100 60), Kennwort „Palästina“**. Kontakte: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

Verschiedene medizinische **Soforthilfevorhaben** führt auch **medico international**, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069-4990041 durch.

Kühlhausprojekt in Gaza
Die Soziale Hilfsorganisation Najdeh e.V. führt in Zusammenarbeit mit den „Palestinian Women's Work Committees“ im Gaza-Streifen ein Kühlhausprojekt durch.

Das Projekt will helfen, die Versorgung der Region unabhängig von Israel zu verbessern. Gleichzeitig verbessert es die soziale Lage der dort beschäftigten Frauen und ihrer Familien. Die Verwaltung des Projekts soll von dort arbeitenden Frauen in eigener Regie übernommen werden.

Spenden an: SHO Najdeh e.V., Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1, Postgiro Köln, Kto.Nr. 999 07-501, Stichwort: Kühlhausprojekt

Unterschriftenkampagne

Das Palästina-Forum, gegründet 1987 anläßlich des Lagerkrieges im Libanon, setzt nach der Proklamation des Staates Palästina seine Unterschriften-Kampagne unter den symbolischen Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina fort. Mit der Propagierung dieser von jüdischen und arabischen Intellektuellen im Juni 1988 vereinbarten Friedensplattform (siehe Kasten) möchte das Forum hierzulande für eine gerechte, friedliche Nahostlösung werben und den Dialog zwischen Israelis und PalästinenserInnen fördern helfen.



Komitee jüdischer und arabischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker

Symbolischer Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina

Wir, die unterzeichnenden jüdischen und arabischen Schriftsteller, Künstler und Akademiker im Staat Israel und Palästinenser in den besetzten Gebieten nehmen hiermit den folgenden Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina an und machen ihn uns zu eigen. Seine Prinzipien sind die folgenden:

1. Auf dem gesamten von Israel seit dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 in der Westbank und dem Gazastreifen besetzten Gebiet soll ein souveräner und unabhängiger palästinensischer Staat geschaffen werden.
2. Der souveräne palästinensische Staat erkennt das Recht des Staates Israel an, in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen zu existieren, die vor dem 5. Juni 1967 bestanden haben. Gleichzeitig erkennt der Staat Israel das Recht des palästinensischen Staates Palästina an, in Frieden und Sicherheit in seinen eigenen Grenzen zu existieren.
3. Beide souveräne Staaten, Israel und Palästina, werden wechselseitig einen Friedensvertrag und einen Nichtangriffspakt unterzeichnen. Angemessene internationale Sicherheitsgarantien sind notwendig, um die Souveränität

und den Frieden beider Staaten in ihren anerkannten Grenzen zu gewährleisten.
4. Ein entmilitarisiertes Jerusalem mit offenen Grenzen, in dem Bewohner beider Staaten Seite an Seite friedlich miteinander leben, ist die Hauptstadt des Staates Israel wie auch die Hauptstadt des souveränen palästinensischen Staates Palästina.

5. Im Rahmen des Friedensvertrages wird eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden.
6. Alle Schritte, Vorgänge und Verfahren, die zur Gründung des palästinensischen Staates Palästina führen, werden unter internationaler Überwachung erfolgen.
Wir rufen hiermit die israelische Regierung auf, sofort in Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzutreten mit dem Ziel, den oben ausgeführten Friedensvertrag im Rahmen einer internationalen Konferenz oder in jedem anderen Rahmen zu verwirklichen, der für die beiden beteiligten Parteien akzeptabel ist. Alle beteiligten Parteien verpflichten sich zur Einstellung aller Gewaltakte gegeneinander unmittelbar mit dem Beginn der Friedensverhandlungen.
Israel, 13. Juni 1988

In alphabetischer Reihenfolge unterzeichnet von:
Dr. Samir Abdalla (Dozent an der El-Najah-Universität) / Chava Alberstein (Sängerin) / Nabil Annani (Malerei) / Shim'on Bais (Schriftsteller) / Tulli Bauman (Maler) / Mohamed Bakry (Schauspieler) / Ory Bernstein (Dichter) / Gedalya Besser (Schauspieler und Regisseur) / Ya'akov Besser (Dichter und Redakteur) / Shaim Daoud (Dichterin) / Karim Dabach (Maler) / As'ad El-As'ad (Dichter und Vorsitzender der palästinensischen Schriftstellervereinigung in der Westbank und dem Gazastreifen) / Dr. Wasfi El-Kafrie (Dozent an der Bir-Zeit-Universität) / Adnan El-Kashfi (Schriftsteller) / Simikh El Kassem (Dichter und Vorsitzender der arabischen Schriftstellervereinigung in Israel) / Gamil El-Salkhut (Schriftsteller) / Ya'ar Garbutz (Künstler) / Emil Habibi (Schriftsteller und Redakteur) / Dani Horvitz (Dramatiker) / Dr. Thamer Issawi (Dozent an der Bir-Zeit-Universität) / Ibrahim Joohar (Schriftsteller) / Dr. Nissim Kaldoron (Dozent an der Universität Tel Aviv) / Yoram Kanyuk (Schriftsteller) / Dan Kedar (Maler) / Amos Keynan (Schriftsteller) / Geribon Kuspiel (Künstler) / Yael Lotan (Schriftstellerin und Redakteurin) / Suliman Mansour (Maler und Vorsitzender des Verbandes palästinensischer Maler in der Westbank und dem Gazastreifen) / Salman Natoo (Schriftsteller) / Mohamed Chamza-R'anayem (Dichter) / Jamil Salsis (Dichter) / Yehoshua Sobol (Dramatiker) / Yossef Shiloah (Schauspieler und Regisseur) / Ilan Toren (Schauspieler und Regisseur) / Yehoshua Sobol (Maler) / Natan Zach (Dichter)

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Ich unterstütze den symbolischen Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina. (Mit einer eventuellen Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden – ja/nein).

Name Beruf

Wohnsitz Unterschrift

Bitte einsenden an: Palästina-Forum, Jan Müntinga, c/o SHO Najdeh, Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1

Das ganz besondere Angebot

Sie bekommen von uns als Geschenk



Pohl-Rugenstein

Cordelia Dilg
NICARAGUA.
Bilder aus der Revolution. Fotoband
mit etwa 150 Schwarzweißfotos,
Format 23 x 26 cm, 128 S.,
broschiert mit Glanzkarton.



oder

ALLTAG DER APARTHEID



ALLTAG DER APARTHEID
Bilder aus Südafrika. 144 S. mit über
200 Fotos, kart. Großformat. In 7 Bild-
und Textkapiteln zeigt dieser ANC-
Bildband die Lebensbedingungen der
Schwarzen und die ihrer weißen
Herren; Zwangsumsiedlungen in die
Bantustans; Kindheit und Jugend der
Afrikaner, die Arbeit der Frauen und
den Widerstand der Gewerkschaften.



oder

DIE LÄNDER DER ERDE
Politisch-ökonomisches Handbuch.
Zum besseren Verständnis der
täglichen Nachrichtenfülle dient
dieses lexikalische Nachschlagewerk.
Das Wesentliche über Geschichte,
Wirtschaft, Gesellschaft, Parteien
u. v. a. 752 S. mit zahlreichen Tabellen,
Abb. und 168 Karten. Leinen mit
Schutzumschlag.



, wenn Sie

- ein Jahresabonnement der **DRITTE WELT** -Zeitschrift verschenken
- oder
- der **DRITTE WELT** -Zeitschrift ein Jahresabonnement vermitteln.

Dieses einmalige Angebot gilt nur bis zum **15. Januar 1989**

Deshalb am besten gleich Abo-Karte in der Mitte des Heftes ausfüllen, Prämienwunsch eintragen und abschicken. Ca. 14 Tage später erhalten Sie von uns Ihr Wunschbuch.